Heft 105 / 2020

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

› Perspektiven auf die Deutsche Einheit

weitere Themen:
- **Nachruf auf Hans-Jochen Vogel (1926 – 2020)**
- **Rassismus, Antisemitismus und die Aufarbeitung des Kolonialismus**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Die Corona-Pandemie ist trotz erster eiliger Erfolgsmeldungen bei der Suche nach einem Impfstoff keineswegs gestoppt und wird uns zumindest noch eine Zeit lang verfolgen. Neuerdings steigen die Infektionszahlen wieder, was neue Probleme mit sich bringt. Die Pandemie versieht unsere ganze Zivilisation mit einem Fragezeichen und lässt zugleich manche Fragen in einem neuen Licht erscheinen. Im Hinblick auf unsere Demokratie werden manche Missverständnisse deutlich: Die Freiheit des Einzelnen findet in der – auf dem Wertesystems des Grundgesetzes basierenden – Demokratie dort ihre Grenze, wo die Freiheit des Anderen tangiert ist. Bei uns gibt es nicht das unbegrenzte Recht des Stärkeren. Hier hat jeder Mensch ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Es war das Kennzeichen totalitärer Systeme des 20. Jahrhunderts, dass sie darüber entschieden haben, wer ein Lebensrecht hatte und wer nicht. Andererseits aber konkurrieren die diversen Rechte des Grundrechtskatalogs miteinander und müssen immer wieder zu einem Ausgleich gebracht werden. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass bei den Demonstrationen gegen die Corona-Politik nicht wenige Menschen engagiert sind, die eng mit populistischen Strömungen und deren Denkfiguren sowie mit dem Rechtsextremismus verbunden sind, der unsere Demokratie nicht nur symbolisch in Frage stellt. Das fordert die wehrhafte Demokratie heraus.

Verstärkt zum Gegenstand der Debatte wurde nach dem Tod von George Floyd im Mai in den USA auch das Problem des Rassismus. Diese Debatte ist, anders als bei früheren Vorfällen von Polizeigewalt in den USA, auch nach Deutschland und Europa geschwappt. Bei den Protesten werden lange Zeit ausgeblendete Fragen nach der bislang unzureichend aufgearbeiteten kolonialen Vergangenheit und den Verbrechen artikuliert, die in deren Zusammenhang geschahen. Im Vordergrund steht jedoch auch eine Diskussion darüber, wie stark rassistische Einstellungen und Strukturen noch heute in den europäischen Gesellschaften und ihren Institutionen wirken. Damit sind wichtige Probleme angesprochen, die offen erörtert werden sollten. Die Schwierigkeit liegt darin, dass unter „Rassismus" sehr unterschiedliche Phänomene gefasst werden; hier fehlt es oft an einer exakten Einordnung. Zu den besonders in Deutschland erörterten Fragen gehören dabei das Verhältnis von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Strategien, die gegen diese Phänomene helfen können. Zu kurz greift der zum Teil enthistorisierende Versuch, Denkmäler zu stürzen und alle möglichen Orte und Straßen umzubenennen. Es muss um eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen gehen. Unsere Vereinigung wird an diesen Fragen nicht vorbeigehen können.

Die vielfältigen Kontroversen und Aufregungen des Jahres 2020 verdecken, dass wir in diesem Jahr auf 30 Jahre Wiederherstellung der deutschen Einheit zurückblicken, die zu Recht als wesentlicher Fortschritt deutscher und europäischer Geschichte gilt. Diesem Thema widmet sich dieses Heft schwerpunktmäßig. Darin werden auch ungewohnte Perspektiven auf die Einheitsbildung und ihre Folgen dargestellt. Die umfassenden Veränderungen im Leben der Menschen in Ostdeutschland kommen dabei ebenso in den Blick wie die Einheitsbildung und ihre Folgen aus der Sicht von Minderheiten wie türkeistämmigen Migranten oder ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern. Der „postklassische Nationalstaat" (Heinrich August Winkler), dessen Kennzeichen der teilweise Verzicht auf Souveränität und die Vielfalt im Inneren sind, basiert auf der Verarbeitung historischer Erfahrungen in einem Wertesystem, dem Gesellschaft und Staat verpflichtet sind. 150 Jahre nach der Reichsgründung werden wir in den nächsten Monaten über Folgerungen, die aus der Geschichte zu ziehen sind, erneut zu diskutieren haben.

Mit den besten Grüßen und dem Wunsch:
„Bleiben Sie gesund!"

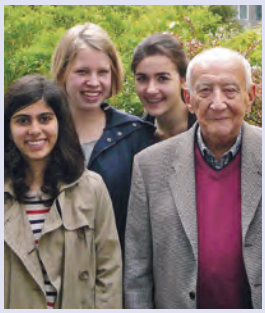
Ihr / Euer Bernd Faulenbach

Die Covid-19-Pandemie hat auch Auswirkungen auf die Vereinsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie: Leider kann die für den 14. November 2020 in Potsdam geplante Mitgliederversammlung nicht stattfinden. Alle Mitglieder erhalten dazu noch ein gesondertes Schreiben.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titel: Karikatur © Thomas Plaßmann, 2020. Bildmotiv der Postkartenaktion: „Und da stand die Mauer" (Ausschnitt mit freundlicher Genehmigung des Autors)

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Wir bemühen uns allgemeinverständlich zu schreiben und verzichten daher zugunsten der Lesbarkeit auf gendergerechte Sprache. Bei Autorenbeiträgen überlassen wir die Entscheidung den Verfasserinnen und Verfassern.
ISSN 2364-0251



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Die lange Geschichte der „Wende“ 4
Der deutsch-deutsche Bilderstreit – ein Stellvertreterkonflikt der Vereinigung 7
Erinnerungskultur als Dialog-Labor? 10
Interview mit Ertekin Özcan: „Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen.“ 12
Eine Zeit der Abschiede 14

NACHRUF

Hans-Jochen Vogel (1926–2020) 16

BLOG DEMOKRATIEGESCHICHTEN.DE

Als es mit der DDR zuende ging 20

ANALYSE UND MEINUNG

Rassismus, Antisemitismus und die Aufarbeitung des Kolonialismus: Der Streit um Achille Mbembe 22
Wie einig ist sich die junge Generation? 24

AUS UNSERER ARBEIT

Wir hatten alles so schön geplant ... 26
Interview mit Hans Sarkowicz: „Zum Dialog gibt es keine Alternative.“ 29
RAG Südhessen: Deutsch-französisches Gedenken virtuell 31
In einer Schleife der Gewalt 32
LAG Baden-Württemberg: Für ein „neues Wir“ 34
RAG Rhein-Main: Olga Benario: Zeugnisse einer Liebe in unmenschlichen Zeiten 35

NAMEN UND NACHRICHTEN

Zum Gedenken an Leslie Schwartz 37
Fatima Haji: Ein Wunsch von Leslie Schwartz 38
Willi-Ohlendorf-Preis für Josef Pröll 39
Im Einsatz für Versöhnung 40

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 41
Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können.
Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute.
Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre
Ein Volk! – Persönliche Buchempfehlungen zum Jahrestag von Lothar Tautz 45

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Kerstin Brückweh

Die lange Geschichte der „Wende“

Ein Potsdamer Team forschte zum ostdeutschen Alltag vor, während und nach 1989

Die Leipzigerin Charlotte Bornemann war zu Beginn der 1990er Jahre ein Kitakind. Angeregt durch die Lektüre der Ergebnisse der Forschungsgruppe „Die lange Geschichte der ‚Wende‘“ schreibt Bornemann: „Mir ist durch das Schriftgespräch noch einmal klar geworden, von wie vielen Umbrüchen mein Leben gerade in diesen ersten zehn Jahren nach der Wende geprägt wurde, wie viel Angst meine Eltern um uns Kinder hatten, wie hilflos und panisch sie manchmal waren.“

Dem Team um Kerstin Brückweh (3.v.l.) war es wichtig, nicht nur ihre Ergebnisse zu präsentieren, sondern gut zuzuhören und die Themen und Eindrücke der Menschen mitzunehmen.

Die „Wende“ traf die verschiedenen Alterskohorten unterschiedlich stark. Und doch veränderte sie das Leben aller Ostdeutschen nachhaltig. Diesen Veränderungen nicht auf der Ebene der politischen Protagonisten, sondern auf der des Alltags nachzugehen, stand am Anfang des Potsdamer Forschungsprojektes „Die lange Geschichte der ‚Wende‘. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989“. Der Alltag ist manchmal banal, dennoch strukturieren gerade die kleinen Routinen das Leben und prägen die Erinnerungen. Wenn in diesen Alltag ein Systemwechsel integriert werden muss, erfordert das vielfältige Anpassungen und bringt Unsicherheiten mit sich. Herauszufinden, wie Menschen einen politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und auch gesellschaftlichen Systemwechsel wahrnehmen, mitgestalten, erleben und erinnern, bildet das Zentrum der Forschungsfragen.

Weniger die großen politischen Zäsuren, die häufig im Zentrum der offiziellen Erinnerung stehen, interessieren aus alltags- und sozialgeschichtlichem Blickwinkel, sondern vielmehr die Übergänge. Die friedliche Revolution von 1989 wird deshalb nicht als „Stunde null“ gedeutet, aber als ein wichtiger Einschnitt. Über die Zäsur von 1989/90 hinweg wird der gesellschaftliche Wandel erkundet, der den Systemwechsel und die Transformation ermöglicht und geprägt hat. Es geht um die lange Alltags- und Gesellschaftsgeschichte von Revolution und Transformation, die das Vor, das Während und das Danach von „1989/90“ gleichermaßen betrachtet.

Wie bereiteten historische Akteure einen Systemwechsel vor und gestalteten ihn mit? Wie bewältigten sie ihn in ihrer alltäglichen Lebenswelt? Wie haben sie ihn erfahren und wie erinnern sie sich daran?

In die Bewertung spielen die Erfahrungen mit dem alten System und der konkreten Umbruchsituation sowie das Wissen aus dieser Zeit gleichermaßen hinein. In der Forschungsgruppe, die von 2016 bis 2020 von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert und unter meiner Leitung am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam angesiedelt war, nahmen meine Kollegen Clemens Villinger, Kathrin Zöller, Anja Schröter und ich verschiedene Bereiche in den Blick: Im Zentrum standen der Konsum, die Schule, die lokale politische Teilhabe und das Wohnen beziehungsweise Wohneigentum sowie dessen Restitution. Möglich wären auch andere Lebensbereiche gewesen; entscheidend für die Auswahl waren zum einen ihre Bedeutung während des Umbruchs 1989 und der folgenden Übernahme der westdeutschen Institutionenordnung und zum anderen ihre Alltagsrelevanz: Sie betrafen potenziell alle Ostdeutschen. Die Spannungen und Dynamiken ostdeutscher Lebenswelten im Umbruch werden von Mitte der 1970er bis zum Anfang der 2000er Jahre untersucht. Dabei variiert die Untersuchungszeit je nach Themengebiet. Der Untersuchungsraum erstreckt sich auf Dörfer, stadtnahe Gemeinden und Städte.

Während wir in den Archiven forschten und mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprachen, wurde das Thema durch die „Alternative für Deutschland“ im Wahlkampf vereinnahmt. „Vollende die Wende“ und „Wende 2.0“ hieß es auf Wahlplakaten. So entstand nach drei Jahren

Forschung die Idee, gegen Meinungsäußerungen und politische Vereinnahmung empirisch belegte Fakten zu setzen und mit den Menschen in verschiedenen Regionen Ostdeutschlands ins Gespräch zu kommen. Aus der daraus entstandenen Dialogreise vom Januar 2020 ist ein gemeinsames Buch hervorgegangen, das Wissenschaft, Zeitzeugenschaft, Journalismus und Kunst verbindet (siehe S. 6).

Die Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten

„Die Dinge entwickelten sich in einem schwindelerregenden Tempo", erinnert sich Andrea Weinrich, die zur „Wende" 22 Jahre alt war und bei der Dialogreise am 23. Januar 2020 in Kleinmachnow auf dem Podium saß. Aus der nüchternen Distanz der Wissenschaft wird manchmal vermutet, dass es 1989/90 und in den folgenden Jahren doch „nur" um sozialen Wandel ging, den man auch zu anderen Zeiten in der Geschichte findet. Dabei wird vergessen, dass die „Wende" von 1989/90 durch ihr enormes Tempo und die gleichzeitige Veränderung aller Lebensbereiche gekennzeichnet war. Das unterschied sie auch von einem Strukturwandel im Ruhrgebiet, der manchmal in Diskussionen von westdeutscher Seite angeführt wird, um die ostdeutschen Besonderheiten zu relativieren.

Graphic recording: 123comics

Die Ergebnisse von Dialogreise und Forschungsprojekt wurden anschaulich in einem Comic-Schaubild festgehalten.

In der Kernzeit des Umbruchs, also der Zeit von der friedlichen Revolution im Herbst 1989 bis zum formalen Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990, erschien viel machbar und wurde ebenso viel festgelegt, was die folgende Zeit bestimmte. Starke Emotionen von Euphorie und Hoffnung bis zu Angst und Erschöpfung charakterisieren diese Zeit. Letztlich ging es in dieser Kernzeit des Umbruchs und in den Folgejahren um alles, das heißt um einen Systemwandel, der Wirtschaft, Politik, Recht und Gesellschaft auf einmal erfasste.

„Das Dilemma der Gleichzeitigkeit" nannte das der Sozial- und Politikwissenschaftler Claus Offe mit Blick auf die Systemebene schon 1991. Dass dies – manchmal mit etwas zeitlicher Verzögerung – den Alltag ebenso prägen würde, war erwartbar, aber die Ergebnisse der Forschungsgruppe zeigen zudem sehr deutlich, wie elementar diese „Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten", wie wir sie nennen, in allen Lebensbereichen sowohl für das Erleben der 1990er als auch für die Erinnerungen an diese Zeit ist.

Ostdeutsche im Kaufrausch?

Ein Beispiel: Im Gedächtnis sind die Bilder vom November 1989 geblieben, als viele Ostdeutsche sich einen persönlichen Eindruck vom westdeutschen Konsumangebot machten. Die Forschungen zeigen, dass aber nur die wenigsten in einen Kaufrausch verfielen. Kaufentscheidungen erfolgten häufig gut überlegt, wobei die Grundlagen dafür erst neu erlernt werden mussten – zum Teil auch unter widrigen Bedingungen wie betrügerischen Haustürgeschäften, die das Gefühl hinterließen, hereingelegt worden zu sein.

Viele Ostdeutsche berichteten in Interviews, dass sie sich vor allem praktische Konsumgüter wie Waschmaschinen kauften, die im Vergleich zu den Produkten aus der DDR nicht nur weniger kosteten, sondern auch in der Qualität höher eingeschätzt wurden. Bei den Kaufentscheidungen und dem Erlernen kapitalistischer Konsumgewohnheiten halfen verschiedene Akteure. Wichtig wurde zum Beispiel die Stiftung Warentest, die schon 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz einen sogenannten Einkaufshelfer verteilte.

Dieses Ergebnis bestätigt aus heutiger Perspektive der Lehrer Wolfgang Fiedler, der als Zeitzeuge in das Forschungsprojekt eingebunden war. Nach ersten Konsumerfahrungen und Fehlentscheidungen abonnierte er nicht nur den „Test" sowie den „Finanztest" und arbeitete sich intensiv in Themenfelder wie Versicherungen und Arbeitsrecht ein, er gab das neu erworbene Wissen auch weiter: Seine Kolleginnen und Kollegen »

» nahmen das Angebot dankbar an und besuchten zahlreich die von Fiedler angebotene Fortbildung.

Es sind diese banal erscheinenden Elemente von Hilfe und Selbsthilfe, von (negativen) Erfahrungen und Neuerwerb von Wissen, die im Alltag Zeit raubten und die Erinnerungen im Nachhinein überdeutlich prägen. Sich nicht nur auf die großen Geschichten, sondern auf die Alltäglichkeiten zu konzentrieren, ermöglicht Ostdeutschen zu sehen, was sie alles in dieser Transformationszeit erreicht haben. Und es ermöglicht Westdeutschen zu verstehen, was Ostdeutsche in kurzer Zeit leisten mussten, um das zu erlernen, wofür andere Jahrzehnte Zeit hatten. ■

Fotos: Forschungsgruppe Die lange Geschichte der „Wende"

Das Forschungsteam ging im Januar 2020 auf Dialogreise zu den Orten, an denen sie geforscht hatten. Hier eine Veranstaltung in Brandenburg.

Herangehensweise und Bedingungen der Forschungsgruppe

Wie haben Menschen in Ostdeutschland die letzten Jahre der DDR und den Systemwechsel erlebt? Wie haben sie die 1990er Jahre bewältigt und gestaltet? Wie erinnern sie sich heute daran? Diesen Fragen ging die Forschungsgruppe „Die lange Geschichte der ‚Wende'. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989" aus mehreren Perspektiven nach. Ausgangspunkt war die Annahme: Wer Ostdeutschland verstehen will, muss sowohl die Zeitebenen rund um den Umbruch von 1989/90 miteinander verbinden als auch mit den Menschen ins Gespräch kommen, die diese Phasen erlebt haben.

Ostdeutschland bietet einerseits exzellente Ausgangsbedingungen für die empirische Untersuchung einer Gesellschaft im Übergang vom Sozialismus zum Postsozialismus. Es kann als Fallbeispiel dafür dienen, wie ein bestimmter Raum und seine Bewohner und Bewohnerinnen einen umfassenden Systemwechsel erleben. Dieser lässt sich in verschiedenen Ländern und Epochen beobachten und auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede befragen.

Andererseits handelt es sich um einen Untersuchungsraum, der in den Forschungen zu ostmitteleuropäischen Gesellschaften zu einer Art Außenseiter geworden ist. Er nimmt eine Sandwich-Position ein, weil er – plakativ gesprochen – vom „Westen" nicht als westlich und vom „Osten" nicht als östlich anerkannt wird. Besonders an Ostdeutschland ist außerdem, dass es hervorragende Archivquellen für die Zeit der DDR gibt und auch die 1990er Jahre gut untersucht werden können. Die Studien zur „langen Geschichte der ‚Wende'" basieren sowohl auf qualitativ-narrativen Interviews als auch auf quantitativen Erhebungen aus dieser Zeit. Zusätzlich wurden ausführliche Oral-History-Interviews geführt und eine Vielzahl von Akten herangezogen.

Dialogreise

Auf einer Dialogreise im Januar 2020 wurden im Sinne des Citizen-Science-Konzepts „Bürger schaffen Wissen" Zeitzeugen aktiv eingebunden. Die Künstlerin Clara Bahlsen und der Journalist Christian Bangel reisten als Beobachtende mit. Das Buch dokumentiert in einer ungewöhnlichen Verbindung von Wissenschaft, Zeitzeugenerinnerung, Fotografie und Journalismus die Forschungsergebnisse, Reiseeindrücke und Erinnerungen an die Transformation in Ostdeutschland.

■ **Buchempfehlung:**

Kerstin Brückweh, Clemens Villinger, Kathrin Zöller (Hg.)
Die lange Geschichte der „Wende".
Geschichtswissenschaft im Dialog.
Ch. Links Verlag, Berlin 2020
Klappenbroschur, 248 Seiten
ISBN 978-3-96289-103-9 • 20,00 €

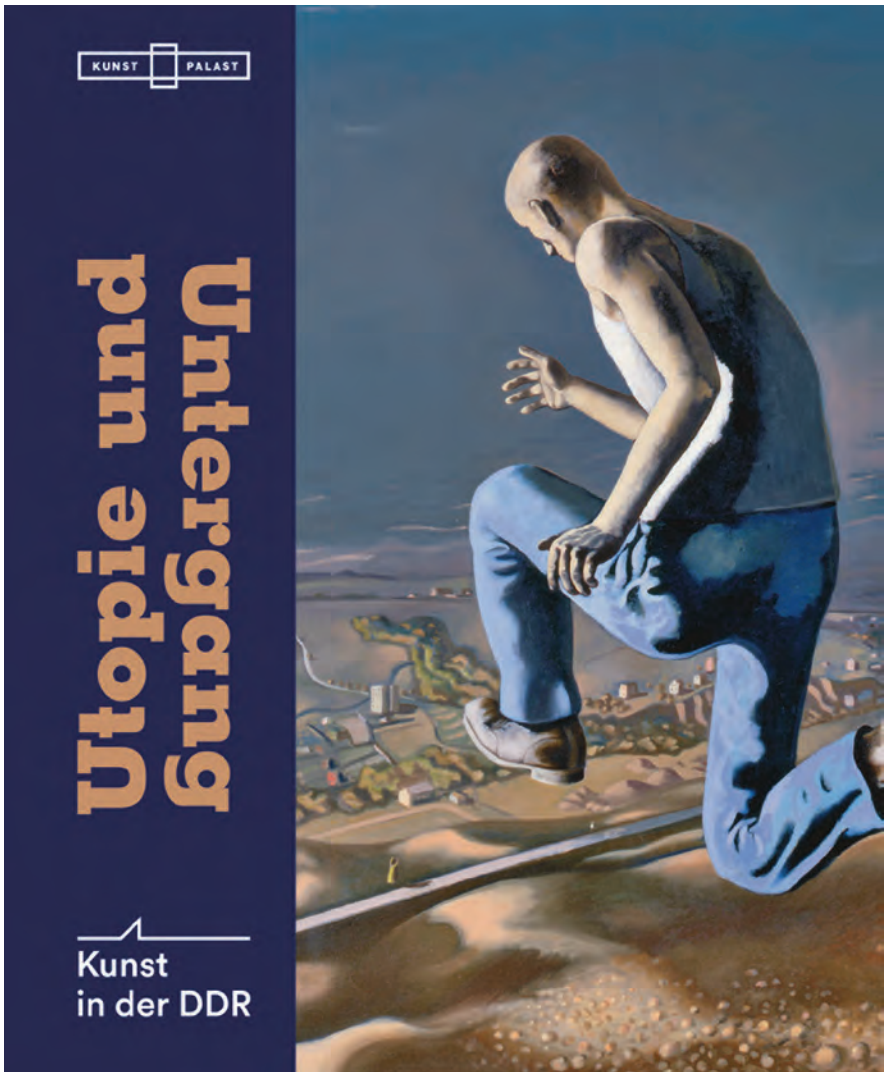
PD Dr. Kerstin Brückweh ist Historikerin und Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt und Privatdozentin an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Sie forscht derzeit vor allem zur Geschichte Ostdeutschlands und zur Eigentumsgeschichte.

Jürgen Vits

Der deutsch-deutsche Bilderstreit – ein Stellvertreterkonflikt der Vereinigung

Im Sommer 1990 urteilte der westdeutsche Maler Georg Baselitz in einem Interview mit der Kunstzeitschrift „art" in provozierender Weise: *„[…] es gibt keine Künstler in der DDR, alle sind weggegangen."* Man stellte ihm die Frage: *„Sind Bernhard Heisig oder Wolfgang Mattheuer etwa keine Künstler?"* Darauf reagierte er mit vernichtender Kritik: *„Keine Künstler, keine Maler. Keiner von denen hat je ein Bild gemalt. Die haben an Wiederherstellungen gearbeitet, an Rekonstruktionen, aber nichts erfunden. Das ist ja alles ganz langweilig. Das sind Interpreten, die ein Programm des Systems in der DDR ausgefüllt haben. Die Künstler sind zu Propagandisten der Ideologie verkommen […]"*

Nach dem politischen Umbruch begann so vor 30 Jahren ein deutsch-deutscher Bilderstreit. Die bis in die jüngste Zeit immer wieder aufflammenden Auseinandersetzungen spiegeln nicht nur divergierende ästhetische Positionen und Kunstauffassungen, sondern auch gesellschaftliche Befindlichkeiten, Verletzungen und Vorurteile aus dem Prozess des kulturellen Zusammenwachsens der beiden deutschen Teilstaaten. Auch die Überlagerung der ostdeutschen Gesellschaft durch westdeutsche Eliten und Strukturen spielt bei dieser Debatte eine wichtige Rolle. In der folgenden Rückschau soll an die wichtigsten Anlässe des innerdeutschen Kunststreits erinnert werden.



Cover-Foto: Sandstein-Verlag

In der Ausstellung *Utopie und Untergang* in Düsseldorf wurde versucht, einen neuen und offenen Blick auf das Kunstschaffen in der DDR zu zeigen.

Nach dem Umbruch: Chronologie eines deutsch-deutschen Bilderstreits

Als Begründung für die pauschale Ablehnung von Kunst aus der DDR bedienten sich Baselitz und andere Künstler der im Kalten Krieg etablierten Haltung, dass es sich bei diesen Werken weitgehend um staatliche „Auftragskunst" und nicht um freie, autonome Kunst handele. Hier schwingt das Diktum der westlichen Kunstkritik mit, „richtige Kunst" könne nur in einem freiheitlichen Umfeld entstehen. Man glaubte sich im Westen auf der Seite von Freiheit, Wahrheit, Fortschritt und Weltläufigkeit. Die Künstlerinnen und Künstler im Osten Deutschlands hatten sich dagegen mit einem totalitären Regime auseinanderzusetzen und mussten ihre künstlerischen Spielräume mühsam zwischen Diktaten, Gängelungen, Überzeugungen, Anpassungen, Fluchten und Repressionen suchen. Die DDR versuchte in ihren ersten, kunstpolitisch rigiden Jahrzehnten, die Kunst für ihre Umerziehungs- und Agitationszwecke dienstbar zu machen. Im Westen bestärkte dies den Verdacht, dass Kunst im Osten politisch manipuliert werde. Aber auch die Kunst des Westens war und ist nicht frei von Deformationen. Dank gründlicher Recherchen der britischen Historikerin Frances Stoner Saunders wurde bekannt, dass die US-Politik im Kalten Krieg massiven Einfluss auf den westeuropäischen Kunstbetrieb nahm. So wurde die abstrakte Kunst als „Weltsprache der Freiheit" und angesagte internationale Nachkriegsästhetik von »

» amerikanischen Kulturagenten und der CIA gefördert. Darüber hinaus beklagen aufmerksame Beobachter bis heute erhebliche Manipulationstendenzen im kommerziellen internationalen Kunstbetrieb.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands erhielten die Künstler im Westen unwillkommene Konkurrenz aus dem Osten. Gleichzeitig mussten die ehemaligen DDR-Künstler nach der Auflösung wichtiger kulturpolitischer Institutionen um Aufträge und Möglichkeiten auf dem freien Kunstmarkt kämpfen. Die neuen Zwänge der Existenzsicherung produzierten Unsicherheiten und Neid. Nicht wenige Künstler einer ostdeutschen „Gegenkultur" verbanden mit dem Ende der DDR die Hoffnung, als Nichtbeachtete endlich aus dem Schatten treten zu können. Als nach dem Umbruch erneut vor allem die „Staatskünstler" der „Leipziger Schule" in den Mittelpunkt öffentlicher Wahrnehmung rückten, fühlten sie sich ungerecht behandelt. Neben dem deutsch-deutschen Bilderstreit trat somit auch eine innerostdeutsche Debatte über das künstlerische Erbe der DDR. Mit dem Umbruch taten sich Konflikte auf zwischen Weggegangenen und Dagebliebenen sowie zwischen Widerständlern und Angepassten. Es ging dabei nicht nur um Kontinuitäten und Brüche in den Biografien, sondern auch um Chancen, nach dem Umbruch in der gesamtdeutschen und internationalen Kunstszene Fuß zu fassen.

Museen, Galerien und Ausstellungen bieten für Kunst und Künstler den wichtigsten Zugang zum kollektiven Gedächtnis. Was nicht (mehr) in der Öffentlichkeit präsentiert wird, entzieht sich der Wahrnehmung und droht dem Vergessen anheimzufallen. In den Jahrzehnten nach dem politischen Umbruch entzündete sich der deutsch-deutsche Bilderstreit daher vor allem an der Ausstellungspraxis ostdeutscher Kunst.

So entbrannte im **April 1994** aufgrund einer Zusammenführung westdeutscher und ostdeutscher Kunst in der **Neuen Nationalgalerie in Berlin** eine geschichtspolitische Auseinandersetzung. Eine Anhörung im Abgeordnetenhaus mündete in einen öffentlichen Streit: War es legitim, Kunstwerke von Willi Sitte, Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer und Werner Tübke in die Ausstellung aufzunehmen? Welche Kunstwerke und Künstler durften ausgestellt werden, um nationales Kulturgut zu

Foto: wikipedia/SpreeTom

Der DDR-Maler Willi Sitte (Foto von 2007) blieb im vereinten Deutschland umstritten wegen seiner Rolle in der DDR. Eine Schau seiner Bilder in Nürnberg wurde 2001 nach einem Streit von Sitte selbst abgesagt.

repräsentieren? Würde die Neue Nationalgalerie zu einer Legitimierung der repressiven Kunstpolitik der DDR beitragen? Eigentlich ging es aber um die Schlüsselfrage: Welchen Platz soll die DDR im nationalen kulturellen Gedächtnis der Deutschen einnehmen? Dass sich die Berliner Politik seinerzeit in museale Entscheidungsprozesse einschaltete, war ein Novum.

Im deutsch-deutschen Bilderstreit ging es vordergründig um die im staatlichen Auftrag der DDR entstandenen Kunstwerke. Diese Wahrnehmung wurde verstärkt durch die Ausstellung **„Auftrag: Kunst" im Jahre 1995 im Deutschen Historischen Museum Berlin**. Die Schau reagierte auf den Umstand, dass im Zuge der Abwicklung von DDR-Institutionen insgesamt rund 12.000 Kunstobjekte aus dem Bestand der Parteien und Massenorganisationen zur Disposition standen, die nun als „Auftragskunst" von der Treuhandanstalt verwaltet wurden. Für nicht wenige Beobachter stellte die Ausstellung einen Versuch dar, sämtliche Kunst aus der DDR mit dem Etikett „Auftragskunst" herabzuwürdigen. Der Fokus auf die „offizielle" Staatskunst führte aus ihrer Sicht dazu, dass die Kunst aus der DDR auf den Aspekt ihrer politischen Indienstnahme reduziert und nicht hinreichend auf den Eigenwillen sowie die subtilen und verschlüsselten Meisterleistungen ostdeutscher Kunst eingegangen wurde.

Dann kam es im **Sommer 1999 in Weimar** zu einem Eklat. Die Ausstellung **„Aufstieg und Fall der Moderne"** in der einst nationalsozialistischen „Halle der Volksgemeinschaft" am früheren „Gauforum" zeigte Malerei aus der DDR gemeinsam mit NS-Kunst. In liebloser Inszenierung und enger Hängung wurde die Kunst der DDR kollektiv als Untergangsphänomen präsentiert. Die Schau erinnerte bewusst an die NS-Propagandaausstellungen „Entartete Kunst". Westliche Kuratoren wollten in Weimar ein Exempel statuieren und die Kunstproduktion aus den zwei deutschen Diktaturen der gleichen Modernitätsfeindschaft überführen. Noch während der Ausstellung entbrannte ein heftiger Streit. Mehrere Künstler forderten die sofortige Rückgabe ihrer Werke oder entfernten diese selbst. Schließlich wurde die Schau vorzeitig abgebrochen.

Ein weiteres Kapitel im Bilderstreit stellte **2001** die Kapitulation des **Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg** dar. Ein halbes Jahr vor der Eröffnung der Ausstellung zur Kunst des DDR-Malers Willi Sitte unterbanden die Verwaltungsräte des Museums die Schau. Erst, so die Begründung, müsse das Verhalten des Künstlers geklärt werden, bevor das Publikum seine Bilder sehen dürfe. Herangezogen wurde damit ein Kunstbegriff, der Maßstäbe wie Tugendhaftigkeit und politische Enthaltsamkeit zur Bedingung von Kunst macht. Legte man diesen Maßstab generell an, müssten große Teile der abendländischen Kunstgeschichte umgeschrieben werden.

20 Jahre nach dem Mauerfall ging der bizarre Bilderstreit im Jahre **2009** in eine neue Runde. Im Berliner Gropius-Bau wurde die **Kunstausstellung „60 Jahre – 60 Werke. Kunst aus der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2009"** gezeigt. Die Ignoranz der westlichen Ausstellungsmacher offenbarte sich darin, dass in der Schau kein einziges Kunstwerk aus der DDR zu sehen war.

Mit der sorgfältig konzipierten, im Kontext eines aus Bundesmitteln geförderten Forschungsprojekts entstandenen **Ausstellung „Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR – neu gesehen" im Neuen Museum Weimar zum Jahreswechsel 2012/13** schien der Bilderstreit beendet. Doch es kam anders. Der vorerst letzte Akt im innerdeutschen Kunststreit sollte **Ende 2017 in Dresden** folgen. Der Kunst- und

Plakat: Buchhandlung Walther König (Verlag)

Mit der Ausstellung *Abschied von Ikarus* in Weimar veränderte sich die Wahrnehmung von DDR-Kunst.

Kulturwissenschaftler Paul Kaiser warf dem **Albertinum** in einem Presseartikel vor, es habe „mit brachialer Geste und ganz ohne Begründung [...] die kunstgeschichtliche Epoche zwischen 1945 und 1990 aus der Schausammlung ins Depot entsorgt". Die Schau sei „von kolonialen Attitüden" durchsetzt, mit denen man „die Ostdeutschen das Sehen lehren wollte". Tatsächlich wurde in einigen Museen der neuen Bundesländer, wo nun vielfach Kuratoren aus dem Westen das Sagen hatten, die Kunst aus der DDR in die Depots verbracht. Diese „Kunstmissionare" wollten mit ihrer „Umerziehungsarbeit" die Häuser möglichst schnell auf den neuesten Stand des Westens bringen. Das kunstaffine Ostpublikum, das einst in großer Zahl in die Ausstellungen strömte, reagierte teilweise mit Unverständnis auf die Verdrängung der vertrauten Bilder aus „ihren" Museen.

Überfällige Anerkennung der Bildkunst aus der DDR

„Es ist dieser Bruch zwischen den verschiedenen Funktionalitäten von Kunst in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, der den Streit grundiert. Denn gerade die Kunst zeugte in der DDR davon, dass Staat und Gesellschaft nicht zusammenfielen. Und sie macht deutlich, dass es vor allem Künstler waren, die Missstände proklamierten, Freiräume erkundeten, den Pinsel in die Wunde legten. Die Kunst aus der DDR spricht in vielgestaltiger Manier vom Anspruch und vom Zerfall einer Utopie […]" Mit diesen Worten stellte Paul Kaiser die besondere gesellschaftliche Bedeutung des facettenreichen Kunstschaffens in der DDR heraus. Das verständliche Anliegen, die Deutungshoheit über die eigene Kunstgeschichte zurückzugewinnen, war und ist wohl eine der wichtigsten Motive der ostdeutschen Akteure im innerdeutschen Bilderstreit.

In jüngster Zeit scheint die Polarisierung im innerdeutschen Kunstdiskurs differenzierteren und um Verstehen bemühten Sichtweisen zu weichen. Auf diesen Wandel ließen **2019 zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution** zwei überaus sehenswerte und aufschlussreiche Kunstausstellungen in Leipzig und Düsseldorf hoffen:
Das Besondere an der **Ausstellung „Point of No Return – Wende und Umbruch in der ostdeutschen Kunst" im Museum der Bildenden Künste in Leipzig** (siehe Literaturhinweis) war, dass neben etablierten, staatspreisgekrönten „Malerfürsten" der DDR vor allem viele ostdeutsche Künstlerinnen und Künstler der verborgenen oder vernachlässigten Kunstszene aus verschiedenen Generationen – teilweise zum ersten Mal – mit wichtigen Arbeiten in der Öffentlichkeit zu sehen waren. Einige dieser Werke dürfen wir im nächsten Vereinsheft abdrucken. Zudem wurde mit dieser Kunstausstellung erstmals die künstlerische und biografische Verarbeitung des Epochenumbruchs 1989/90 aus der Perspektive von über 100 Künstlerinnen und Künstlern in all ihren Ambivalenzen und Ausdrucksmitteln beleuchtet.

Die **Ausstellung „Utopie und Untergang. Kunst in der DDR" im Kunstpalast Düsseldorf** (siehe Literaturempfehlunge) beschränkte sich dagegen bewusst auf exemplarische Werke von 13 ausgewählten Künstlerinnen und Künstlern. Kunstpalast-Direktor Felix Krämer versuchte mit diesem ersten Überblick ostdeutscher Kunst in einer namhaften Kunstinstitution Westdeutschlands seit 1989 einen „neuen und offenen Blick auf das Kunstschaffen in der DDR".

Ob der innerdeutsche Bilderstreit und die teilweise polemischen Debatten damit endgültig beigelegt sind, werden die kommenden Jahre erweisen. Nach 30 Jahren deutscher Einheit würde eine Fortsetzung befremden. Das gesamtdeutsche Kunstpublikum hat in den jüngsten Ausstellungen entschieden: Die Bildkunst aus der DDR gehört unbestritten zum Kanon deutscher Kunst. ■

Literaturempfehlungen

Steffen Krautzig (Hg.)
Utopie und Untergang. Kunst in der DDR.
Sandstein Verlag, Dresden 2019 (Ausstellungskatalog)
Gebundene Ausgabe, 200 Seiten
ISBN 978-3-9549-8495-4 (nur noch antiquarisch erhältlich)

Alfred Weidinger, Paul Kaiser, Christoph Tannert (Hg.)
Point of No Return. Wende und Umbruch in der ostdeutschen Kunst.
Hirmer Verlag, München 2019 (Ausstellungskatalog)
Softcover, 440 Seiten
ISBN 978-3-7774-3408-7 • 45,00 €

Dem Beitrag liegen neben der empfohlenen Literatur Recherchen aus der Wissenswerkstatt zur DDR-Kunst (*https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/*) zugrunde.
In der *November-Ausgabe 106/2020* von Gegen Vergessen – Für Demokratie lesen Sie von Jürgen Vits: **40 Jahre Bildkunst in der DDR. Zwischen Utopie, Rebellion und Umbruch.**

Jürgen Vits ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Deniss Hanovs

Erinnerungskultur als Dialog-Labor?

Zur Perspektive der russischsprachigen Community in Deutschland

Politische Umbrüche bieten spannende Erfahrungsräume für kollektive Emotionen und Handlungen. Der Umbruch als eine abrupte Änderung der bestehenden kulturellen Ordnung, der politischen Herrschaft und des Alltags mobilisiert diese Emotionen und prägt den gesellschaftlichen Diskurs über die Legitimation der neuen Machtverhältnisse. Er kreiert auch neue Räume für die Deutung der Realität.

Diese Elemente charakterisieren auch die Erfahrungen der sogenannten Russischsprachigen in Deutschland. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der ruckhafte Übergang zur Marktwirtschaft, die Etablierung des demokratischen Parteiensystems und die Entdeckung der „verbotenen" Geschichte vor der Oktoberrevolution 1917 sowie die Dekonstruktion der sowjetischen Machtherrschaft – das alles erzeugte einen gewaltigen kulturellen Druck auf die ehemaligen Sowjetbürger. Sie wurden mit einer enormen Beschleunigung der Moderne und einem mehrschichtigen „Einbruch" der Vergangenheit konfrontiert. In einer solchen blitzartigen Umwandlung eines scheinbar stabilen politischen Systems wurden Erinnerungsinhalte zum wichtigen Element der Stabilisierung einer „neuen Welt" nach 1990/91.

Erinnerungen gegen Unsicherheit

In dieser Zeit entstanden zahlreiche politisch aktuelle kollektive Erinnerungen, die der Gruppe der „Betroffenen" wichtiges Vokabular lieferten. Sie boten Erklärungen für das Geschehen und ermöglichten Szenarien der Integration oder Nicht-Integration in eine neue politische, wirtschaftliche und soziale Kultur.

Diesen Erinnerungen kommt erhebliche Bedeutung zu, weil zahlreiche Verluste, Wunden und Traumata sowie das Verschwinden des etablierten, sicher gedachten kulturellen und politischen Raums generell dazu führen, dass das kollektive Gedächtnis als Faktor gesellschaftlicher Entwicklungen wichtiger wird (Pierre Nora). Dies gilt übrigens ebenso für andere Transformationsperioden im Europa des 20. Jahrhunderts. Mit der Bedeutung in turbulenten Zeiten steigen aber auch die Manipulationspotenziale an gemeinsamen Erinnerungen.

Erinnerungsräume der Russischsprachigen

In der Gruppe der Russischsprachigen in Deutschland spielen nun Erinnerungsinhalte aus verschiedenen Perioden und politischen Formationen eine Rolle für ihre Positionierung in der modernen deutschen Gesellschaft. Hierbei sind auch die zahlreichen Herkunftsländer der Gruppe als alte und zugleich neue Erinnerungsräume seit 1991 zu berücksichtigen. Es gibt also nicht den einen Bezugsraum. Hinter den kollektiven Erinnerungen dieser Gruppe steht vielmehr ein kompliziertes Geflecht, das die Vielfalt der Transformationsprozesse in Europa seit Anfang der 1990er Jahre widerspiegelt.

Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow gibt einen Eindruck von der großen Bedeutung, welche der Sieg über Deutschland 1945 in der kollektiven Erinnerung einnimmt.

Fotos: Jan Schapira

Screenshot: Liane Czeremin

Mehr Informationen zum Bundesverband russischsprachiger Eltern finden Sie unter *www.bvre.de*. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der BVRE arbeiten im Rahmen des Kompetenznetzwerkes „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft" gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!" zusammen.

Kompliziert wird es schon bei der Definition der Gruppe, die sich kollektiv an etwas erinnert. Die Russischsprachigen sind eine ethnisch, kulturell, sozial und religiös extrem diverse Gruppe. Deren Mitglieder stammen aus verschiedenen Ethnien der ehemaligen UdSSR. Sie erleben und pflegen Russisch als Sprache sowie russische Literatur und Alltagskultur als gemeinsames Erbe im heutigen Deutschland. Dabei können ethnische Teilgruppen wenig oder keinen direkten Bezug zur russischen Ethnie haben und sich trotzdem der russischen Kultur zugehörig fühlen. Dies erklärt sich teilweise durch die historisch national geprägte Politik des Zarenreichs und später auch der Sowjetunion. Zum Teil fördert aber auch die Unterhaltungskultur des heutigen Russland die Identifikation, indem das sowjetische kulturelle Erbe politisch instrumentalisiert und medial intensiv vermittelt wird.

Russifizierungstendenzen waren seit der Regierungszeit von Zar Alexander III. ständig Teil des politischen Diskurses. Die Oktoberrevolution von 1917 und die Internationalismuspolitik der frühen bolschewikischen Regierung haben daran nichts Wesentliches geändert. Bereits in den späten 1930er Jahren war die Kulturpolitik Stalins Ausdruck eines nationalen Bolschewismus. Dieser wurde während des Zweiten Weltkriegs und besonders kurz nach 1945 erneut für die Mobilisierung der Gesellschaft intensiviert. Als Ergebnis verschmolzen das Russische und das Bolschewikische im sowjetischen Erinnerungsraum zusammen. Der Sieg über den Nationalsozialismus wurde als kollektive Heldentat des sogenannten sowjetischen Volkes konstruiert und wird so bis heute in Russland politisch und medial gefeiert.

Deutungskluften zwischen Deutschland und Russland

Das Phänomen der Vergangenheitsbewältigung ist in der Russischsprachigen Community hingegen kaum präsent. Daher sind viele „Leichen" (Alexander Etkind) aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts weiterhin nicht begraben, nicht beweint und nicht hinreichend besprochen. Durch eine erfolgreiche multimediale Propaganda aus dem heutigen Russland werden hingegen Formen einer hierarchischen, unkritischen Erinnerungskultur direkt und intensiv nach Deutschland transponiert.

Es sind spürbare Unterschiede in der Wahrnehmung der demokratischen Politik und der europäischen Geschichte entstanden, die in den vergangenen Jahren immer augenfälliger wurden. Eine ganze Reihe von Begriffen wie Menschenrechte, Minderheitenpolitik, Anerkennung von Homo- und Transsexuellen sowie politischer Pluralismus werden in den beiden Gesellschaften durchaus unterschiedlich wahrgenommen und dementsprechend in der Politik anders behandelt. Diese Deutungskluften führen bis hin zu konstruierten parallelen Realitäten, die durch Mediengebrauch und Alltagspraktiken aus dem Herkunftsland intensiviert werden: Man existiert gleichzeitig in Deutschland und im russischsprachigen Politik- und Unterhaltungsraum. Dadurch entstehen Spannungen, die nicht immer leicht kommunizierbar sind. Eine Interpretation der modernen Demokratie, in der die Akzeptanz von Minderheitenkulturen einen hohen Stellenwert genießt, kann unter Umständen mit den traditionellen, lange Zeit im Herkunftsland geübten Einstellungen, Meinungen und Tabus in Konflikt geraten. Hinzu kommt die oft dramatische und anstrengende eigene Einwanderungserfahrung in Deutschland, die nicht selten den radikalen Bruch mit dem bisherigen beruflichen und finanziellen Status sowie den kulturellen Gewohnheiten bedeutet. In einer glorifizierten sowjetischen Vergangenheit wird hier mitunter eine Art Aufwertung der eigenen Position gesucht. Das Sehnen nach Stabilität und Klarheit in der neuen Ankunftsgesellschaft wird in die Vergangenheit projiziert, in der das ruhmreiche, Imperial-Russische und das Sowjetische zu einem hybriden Erinnerungsraum vermischt werden.

Dabei kann die Geschichte der sowjetischen Diktatur und besonders des Stalinismus fragmentiert wahrgenommen werden. Der unkritische Umgang mit der Geschichte der Sowjetmacht schafft Räume für Nostalgien und ein Sich-Einkapseln in der ausgewählten Vergangenheit des Herkunftslandes, ohne dessen historische und aktuelle Herausforderungen wahrzunehmen. Dabei muss die mangelnde Erfahrung einer pluralistisch geprägten Debatte über die Vergangenheit in der Sowjetunion als ein wichtiger Faktor erwähnt werden: Abgesehen von verfolgten Dissidenten führte kaum jemand eine öffentliche Debatte über die Geschichte. Die kurze und turbulente Perestroika-Periode von 1985 bis 1990 war zu kurz, um eine Pluralisierung der postsowjetischen Gesellschaften langfristig zu verankern.

Doch in der russischsprachigen Community gibt es auch andere, mehr auf die Integration in die deutsche Demokratie ausgerichtete Ansätze. Erinnerungen werden hierbei als Potenzial und Labor für einen Dialog über Zugehörigkeitsfragen betrachtet. Immer mehr Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem Milieu machen von ihren Erinnerungen Gebrauch und betrachten diese als wesentliches Element einer Projekttätigkeit. Zu ihnen gehören auch die Mitglieder des Bundesverbands russischsprachiger Eltern (BVRE), die Instrumente für einen Dialog über Erinnerungen und politische Mythen aus der Sowjetzeit entwickeln. ■

Dr. art. Deniss Hanovs ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Riga Stradins Universität und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern (BVRE). Der Artikel gibt die persönliche Meinung des Autors wider und vertritt nicht die Meinung aller Mitglieder des BVRE.

Interview

„Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen.“

Ertekin Özcan lebt seit 1973 in (West-) Berlin. Der promovierte Rechts- und Politikwissenschaftler hat sich seitdem in zahlreichen deutsch-türkischen Verbänden engagiert und ist Gründungsvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD). Vor der deutsch-deutschen Vereinigung war er unter anderem Geschäftsführer des Türkischen Elternvereins in Berlin e.V. Im Interview berichtet er über seine Sicht auf die Vereinigung und die Zeit danach.

Über welche Themen wurde in der türkeistämmigen Community kurz vor dem Mauerfall viel diskutiert?
Themen waren für uns VerbandsvertreterInnen zum Beispiel gerade die doppelte Staatsangehörigkeit und die Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens, das Niederlassungsrecht und ein kommunales Wahlrecht für nichtdeutsche StaatsbürgerInnen. Außerdem die interkulturelle und antirassistische Erziehung und Bildung sowie der mutter- und herkunftssprachliche Unterricht an den Schulen. Des Weiteren forderten wir gleiche Rechte und Behandlung für alle und die Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland. Noch vor dem Mauerfall beschloss die Hamburger Bürgerschaft ein Gesetz über das kommunale Wahlrecht für EinwanderInnen und setzte sich gemeinsam mit Bremen und Berlin auch bundesweit für die Umsetzung ein.

Auf der anderen Seite bereitete der ehemalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Anfang 1989 eine Neufassung des Ausländergesetzes vor, die das Erlangen eines Visums und des Aufenthaltsrechts erschwerte. Dagegen formierte sich breiter Widerstand.

Darüber hinaus gab es eine große Debatte über die Arbeitszeit. Bis zur Vereinigung hatten ArbeitnehmerInnen 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit, Gewerkschaften forderten die 35-Stunden-Woche. Dies wurde auch in der türkeistämmigen Community breit diskutiert.

Wie haben Sie selbst den Mauerfall erlebt?
Der Hitit Verlag hatte am 9. November 1989 für die Vorstellung meines Buches „Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland“ eine Veranstaltung in Kreuzberg organisiert. Mein erster und mein zweiter Doktorvater wollten das Buch vorstellen. Die Veranstaltung sollte um 19 Uhr beginnen. Wir warteten auf meinen ersten Gutachter Prof. Dr. Jürgen Fijalkowski, aber er kam nicht. Mit etwa 50 Minuten Verspätung erschien er doch und sagte: „Leute, die Mauer ist gefallen. Die Straßen sind voller Menschen und Autos. Ich brauchte 90 Minuten, um mit dem Auto von Zehlendorf hierherzukommen.“

Foto: privat

Ertekin Özcan

Ich habe den Mauerfall zuerst positiv gesehen und begrüßt. Das Wetter damals war sehr kalt. Die Straßen, Kneipen, Cafés, Restaurants und Geschäfte waren überfüllt wegen der vielen ostdeutschen BesucherInnen. Monatelang öffneten wir als Türkischer Elternverein unsere Räume für sie und boten gegen die Kälte Tee und Kaffee an.

Eine so schnelle Vereinigung Deutschlands hatte ich allerdings nicht erwartet.

Was hat sich dann verändert?
Zum einen wurde die wirtschaftliche Situation für viele schwieriger. Durch den Wegfall der Berlin- und Kindergeldzulage traf die Vereinigung in West-Berlin vor allem sozial schwächere Leute.

Wurde vor der Vereinigung noch über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich diskutiert, fror man nun die Gehälter ein und fing stattdessen an, über die Verlängerung der Wochenarbeitszeit zu reden. Da EinwanderInnen grundsätzlich im Verhältnis geringere Gehälter erhielten, traf diese Entwicklung sie besonders stark. Zudem galt damals der Paragraf 19 des Arbeitsförderungsgesetzes, nach dem zuerst deutsche StaatsbürgerInnen, dann EG-BürgerInnen, danach erst ImmigrantInnen bei Bewerbungen für eine Arbeitsstelle berücksichtigt wurden. In der neuen Situation wurde es sehr schwierig, als „Ausländer“ einen Job, Ausbildungsplatz oder eine Wohnung zu finden.

Auch große Teile der Mittel für Integrationsmaßnahmen der ImmigrantInnen wurden nun zusammengestrichen. Das Geld wurde nach der Vereinigung für die neuen Bundesländer und die deutschen StaatsbürgerInnen im Osten gebraucht.

Hinzu kamen weitere Rückschläge. So wurde das von Hamburg initiierte kommunale Wahlrecht für EinwanderInnen vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Der größte Teil der Ostdeutschen hatte zuvor keine Erfahrungen mit ImmigrantInnen und TürkInnen aus Westdeutschland gemacht. Vorurteile waren verbreitet, etwa, dass „die Ausländer“ ihnen die Arbeit wegnähmen. Es ging nicht nur um allgemeine Ausländerfeindlichkeit. Die Vorbehalte trafen insbesondere TürkInnen als größte Minderheitsgruppe.

Ich erinnere mich genau, dass ich von OstberlinerInnen in dieser Zeit öfter gehört habe, dass wir ImmigrantInnen jetzt nach der Einheit in unsere Heimat zurückgehen müssten. Dies kam sogar von Mitgliedern der SPD, deren Mitglied ich auch bin. Dabei hatten wir seit Jahrzehnten für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland

viel geleistet und unseren Lebensmittelpunkt hier aufgebaut.

Unser Eindruck war: Nach der Vereinigung mussten wir in den Diskussionen um Integration, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder ganz von vorn anfangen. Als Türkischer Bund in Berlin e.V., dessen Sprecher ich war, haben wir in Ostberlin Veranstaltungsreihen durchgeführt und versucht, gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Doch stattdessen nahmen rassistische und rechtsextreme Gewalttaten zu.
Ja. Viele sagen heute, die Mauer ist uns MigrantInnen auf den Kopf gefallen. Es gibt auch einen Dokumentarfilm, der so heißt.

Der DDR-Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa aus Angola wurde in Eberswalde eines der ersten Todesopfer der Wiedervereinigung. Am 30. Oktober 1991 wurde der 19-jährige Mete Ekşi aus der Türkei in Berlin in einer heftigen Auseinandersetzung mit Jugendlichen, die aus dem Ostteil Berlins gekommen waren, durch Baseballschläge schwer verletzt. Er lag 15 Tage im Koma. Am 13. November 1991 starb er.

Nach den Angaben der Amadeo Antonio Stiftung gab es 1990 sieben, 1991 acht und 1992 bereits 27 Todesopfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt in Deutschland.

Rassistische und rechtsextreme Angriffe auf Flüchtlingswohnheime setzten sich überwiegend in den ostdeutschen Bundesländern fort, aber zahlreiche schreckliche Überfälle geschahen dann auch in Westdeutschland.

Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen sind bis heute Synonyme für rassistische Gewalt in Deutschland. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl reagierte darauf überhaupt nicht. Er lehnte es ab, vor Ort Präsenz zu zeigen, lehnte Terminvorschläge der ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Liselotte Funcke ab. Funcke trat aus Protest dagegen von ihrem Amt zurück.

Die Bundesregierung hat viele Jahre über die wahre Zahl der Todesopfer und Verletzten durch Rassismus und rechte Gewalttaten geschwiegen. Hinzu kam später der verheerende Umgang mit der rechtsterroristischen Anschlag- und Mordserie des sogenannten NSU. Nach den Mordattentaten in Halle und Hanau erhöhte sich die Zahl der Todesopfer nach Wikipedia-Daten seit der Vereinigung auf 209.

Wie reagierte die türkeistämmige Community auf die Entwicklung seit 1990?
Es entstanden mehrere neue Verbände, die gegen Rassismus und für eine bessere Integration etwas beitrugen, etwa am 21. Januar 1990 „Das Aktionsbündnis türkischer Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen in Berlin“ und am 1. Dezember 1991 auf Landesebene der TBB, der Türkische Bund in Berlin e.V. Am 20. März 1994 folgte die TGD, die Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. Im Juni 1993 startete der Türkische Bund in Berlin eine Aktion, in der türkische Geschäfte und Betriebe aus Protest gegen die rassistischen Anschläge für eine Stunde geschlossen waren – auch um zu zeigen, welche Bedeutung TürkInnen für die Stadt haben.

1992 sollte die zweisprachige Erziehung an Berliner Schulen abgeschafft werden. Durch eine Unterschriftenkampagne sowie Protestaktionen des Türkischen Elternvereins und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin wurde die Abschaffung der „zweisprachigen Erziehung“ in 18 Grundschulen zunächst verhindert. Nach und nach wurden die Mittel trotzdem gekürzt und die Anzahl der zweisprachigen Schulen auf inzwischen vier reduziert.

Meine Töchter besuchten das Rückert-Gymnasium, eines der zwei Berliner Gymnasien, in denen Türkisch als zweite Fremdsprache angeboten wurde. Ich war stellvertretender Vorsitzender der Gesamtelternvertretung der Schule. Obwohl wir als türkische Eltern vehement für die Fortsetzung des seit über zehn Jahren praktizierten Türkischangebots eintraten, wurde Türkisch nach dem Abitur meiner Töchter zugunsten eines erweiterten Angebots für Französisch abgeschafft. Als ich in der Gesamtelternvertretung versuchte, für die Beibehaltung des Türkisch-Angebots zu argumentieren und juristisch Widerspruch einzulegen, wurde ich im Laufe der Diskussion und später telefonisch vom Vorsitzenden der Gesamtelternvertretung darauf hingewiesen, dass man „in Deutschland lebe“.

Es wurden zudem finanzielle Kürzungen beschlossen, die sich auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und SozialpädagogInnen sowie Lehr- und Lernmaterialien für EinwanderInnenkinder auswirkten.

Warum sind diese Erinnerungsperspektiven wichtig?
Alle Generationen müssen aus den schrecklichen Übergriffen und Morden, aber auch aus den anderen Fehlentwicklungen nach der deutsch-deutschen Vereinigung eine Lehre ziehen.

Seit Beginn der Immigration aus Italien sind 65 Jahre vergangen. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund lag am 31. Dezember 2017 bei 19,3 Millionen, davon hatten 10,6 Millionen einen ausländischen Pass. Die Menschen müssen mit ihren verschiedenen Kulturen, Sprachen und Religionen Akzeptanz, Toleranz und Respekt finden können. Die Regierung muss die entsprechenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen schaffen, damit ein friedliches Zusammenleben gewährleistet ist. Das gilt auch für die Schulgesetze der Bundesländer und für die Kindertagesstätten.

Dies liegt mir besonders am Herzen: Die Schule sollte ein Ort der Diskussion und Bearbeitung von Konflikten sein, damit zugleich wirksame und konstruktive Formen der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung gelernt werden. Daher muss man vor allem interkulturelle und antirassistische Erziehung und Bildung für alle SchülerInnen einführen. Erziehungs- und Lehrkräfte müssen dementsprechend aus-, fort- und weitergebildet werden. SchülerInnen zumindest der größten Minderheitengruppen sollten außerdem endlich die Möglichkeit haben, neben der deutschen Sprache auch ihre Herkunfts- und Muttersprache als zeugnisrelevantes Fach zu erlernen. ■

Die Fragen stellte Dr. Cihan Sinanoğlu, Pressesprecher der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD). Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und die TGD arbeiten im Rahmen des Kompetenznetzwerkes „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zusammen.

Tran Thu Trang

Eine Zeit der Abschiede

Ein Porträt

1990 war ich noch nicht auf der Welt, ich wurde erst zwei Jahre später in der neuen Bundesrepublik geboren. Darum erinnere ich mich selbst nicht an die Zeit der politischen Wende in Deutschland. Ich kann weder von eigenen Erlebnissen als vietnamesische Staatsbürgerin in der DDR noch in der neuen BRD berichten. Von klein auf erzählte mir aber mein Vater von seinen Ankünften in Deutschland, zunächst 1974 in Gotha, dann erneut 1988 in Berlin.

Beide Male lernte er Freunde und Freundinnen kennen, die sowohl sein, aber auch mein Leben jahrzehntelang begleiteten. Auf Festen und gemeinsamen Abendessen tauschten er und die anderen Anekdoten von damals aus. Und wir, Töchter und Söhne dieser Wahlverwandtschaft, die mal besser, mal schlechter vietnamesisch verstanden, hörten immer wieder gespannt und amüsiert zu.

Mein Onkel H. sagte mir, nachdem wir knapp eine Stunde lang über seine Erinnerungen an die Wende sprachen: „Nimm mir das bitte nicht übel, aber eins muss ich klarstellen: Egal, wie eng dein Verhältnis zu deinem Vater sein mag, du wirst sein Leben nie in Gänze verstehen. Genauso wenig wirst du mein Leben verstehen können." Wir saßen im Wohnzimmer meiner Eltern, mein Vater hatte Onkel H. zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Onkel H. war kein Vertragsarbeiter. Er kam wie mein Vater 1974 für eine Ausbildung in Ingenieurspädagogik in die DDR und musste nach deren Absolvierung 1981 nach Vietnam zurückkehren. Dies war so zwischen den sozialistischen Brüderstaaten ausgemacht. Nicht vereinbart wurde jedoch, dass Bürgerinnen und Bürger der beiden Staaten sich ineinander verlieben konnten.

Fotos: Privatarchiv Tran

Tran Thu Trangs Vater im Jahr 1990 mit seinen Kollegen. Sie verabschiedeten sich am Flughafen Schönefeld feierlich mit Sekt voneinander.

So war es jedoch bei Onkel H., weshalb er direkt nach seiner Rückkehr einen Ausreiseantrag bei den vietnamesischen Behörden stellte. Seine Partnerin war zu dem Zeitpunkt bereits hochschwanger, aber es mussten noch drei weitere Jahre vergehen, ehe die Familie in Berlin zusammengeführt wurde. Onkel H. zufolge wurden solche Beziehungen von der DDR und der sozialistischen Republik Vietnam nicht gefördert, aber auch nicht verboten, damit der Anschein internationaler Solidarität gewahrt blieb.

Hergekommen, um Wurzeln zu schlagen

In der DDR angekommen, konnte Onkel H. seine erlernte Tätigkeit in einem Kombinat für Oberbekleidung fortsetzen. Er war dort zuständig für die Koordination „ausländischer Werktätiger" des gesamten Kombinats, das sich über zahlreiche Standorte in der DDR erstreckte. Seine Aufgabe war es, sich im Namen des Kombinats um sämtliche Angelegenheiten vietnamesischer Vertragsarbeiter zu kümmern. Durch diesen Beruf erlangte er Einsicht in unzählige Schicksale seiner Landsleute. Privat stand er mit ihnen nicht in Kontakt. Sein Freundeskreis umfasste Vietnamesinnen und Vietnamesen mit ähnlichen Erfahrungen, etwa der binationalen Ehe oder der Auswanderung aus Vietnam.

„Ich bin hierhergekommen, um bei meiner Familie zu sein und Wurzeln zu schlagen. Als ausgewanderter Vietnamese habe ich ganz andere Erfahrungen gemacht als die Vertragsarbeiter", erklärte mir Onkel H.

seine Geschichte. Ich nahm an, dass der Mauerfall für ihn einen großen Schock bedeutet hatte, da er schließlich in die DDR und nicht in die BRD eingewandert sei. Auf mein Fragen entgegnete er sachlich, dass er zwar sehr überrascht gewesen sei, es ihn aber emotional nicht sonderlich getroffen habe. Im Vergleich zu den DDR-Bürgern hatte er keinerlei persönliche Verbindungen nach Westdeutschland, und so fühlte sich die Wiedervereinigung keineswegs wie ein besonderer Moment in seinem Leben an. Da er durch die Ehe und den Einwanderungsprozess über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügte, musste er keine existenziellen Ängste ausstehen.

Existenzielle Ängste

Ganz anders erging es meinem Vater. Seine zweite Ankunft in der DDR fand im Rahmen des bilateralen „Abkommens zur Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte" mit Vietnam statt. Ein Jahr vor dem Mauerfall setzte er erneut seinen Fuß auf DDR-Boden, diesmal reiste er nicht mit der transsibirischen Eisenbahn an, sondern mit dem Flugzeug. Er wurde als Übersetzer für den VEB Fernsehkolbenwerk Friedrichshain-Tschernitz in Brandenburg eingesetzt. Dort lebte er im Wohnheim mit seinen allesamt männlichen Kollegen aus Vietnam, zusammen waren sie etwa 30 Personen.

Mein Vater bemerkte schon Monate vor dem Mauerfall eine angespannte Stimmung. Menschen gingen friedlich demonstrieren, aber auch jugendliche Neonazis begannen hier und da zu randalieren. „Als ich wenige Monate nach dem Mauerfall am Hauptbahnhof Cottbus ausstieg, breitete sich ein Meer an jungen kahlgeschorenen Männern vor mir aus. Sie alle riefen ‚Ausländer raus' oder ‚Deutschland den Deutschen' und bedrohten mich und andere mit abgeschlagenen Flaschenhälsen. Sie haben uns Ausländer gejagt." So schilderte mir mein Vater seine Eindrücke von der Wende. Er fügte hinzu, dass er auch Jahre nach der Wiedervereinigung auf der Straße immer wieder angepöbelt wurde, mit mir als Kleinkind an der Hand.

Da der Arbeitsvertrag meines Vaters noch bis 1993 wirksam war, hatte er nicht unmittelbar nach der Wiedervereinigung um seine Zukunft zu bangen. Der Betrieb wurde

Tran Thu Trang

zwischenzeitlich von Samsung übernommen, und Diskussionen über den weiteren Verbleib der Vertragsarbeiter wurden laut. Mein Vater erzählte mir, dass an einem Tag sein deutscher Vorgesetzter zu ihm kam und in bedauerlichem Ton die geplante Entlassung von 15 Vertragsarbeitern mitteilte: Man würde gerne alle behalten, jedoch befürchte man einen Aufruhr der deutschen Kollegen, sollte der Verdacht aufkommen, Vietnamesen würden „bevorzugt". Die Zeit der deutschen Wiedervereinigung bedeutete für meinen Vater also eine Zeit des Abschieds. Lieb gewonnene Kollegen packten ihre Koffer und kehrten zurück in die Heimat, auf die mein Vater noch auf unbestimmte Zeit zu verzichten beschloss.

Nur noch ein paar Jahre ...

Mein Vater nahm sich vor, noch ein paar Jahre in Deutschland zu bleiben, um ausreichend Startkapital für sich, seine Eltern und seine Geschwister in Vietnam zu verdienen. Er träumte von einem Neustart in seiner Heimatstadt als Elektromechaniker, der in seinem Geschäft Reparaturen anbietet. „Aber so wie das Leben eben ist", sagte er mit einem Schmunzeln, „man schuftet und schuftet und irgendwann kommt man in ein Alter, in dem man feststellt, dass man sich eigentlich auch eine Familie wünscht."

1991 heirateten er und meine Mutter, sie lernten sich in Deutschland kennen. Ein Jahr darauf war ich auf der Welt. Selten liefen die Dinge nach Plan, so mein Vater: „Mit einer kleinen Tochter im Arm konnte ich mir das Leben in Vietnam wieder abschminken. Hier geboren und dann zurück in ein Land, das gerade von einer massiven Wirtschaftskrise betroffen war – das konnte ich dir nicht antun." Mein Vater blieb also weiterhin hier mit der Absicht zurückzukehren, sobald ich mein Abitur hätte.

Nach dem Ende des Vertrages mit Samsung musste er gezwungenermaßen in die Selbstständigkeit gehen. Seitdem sind fast 30 Jahre vergangen. Wir sind immer noch hier. Ein Enkelkind kündigt sich nächstes Jahr an und für meinen Vater verblasst die Heimat in ihrer gefühlten Intensität: „All die Jahre dachte ich, meine Familie und mein Zuhause lägen in Vietnam", sagt er heute. „Die Zeit verfliegt schnell, ich war oft wieder dort und merke nun, dass in Vietnam zwar meine Heimat liegt, aber nicht mehr mein Zuhause. Meine Oma war mein Zuhause. Sie ist in den 1980ern gestorben. Jetzt bin ich hier."

Wie Onkel H. schon bemerkte, werde ich die Leben dieser Menschen nie in ihrer Gesamtheit verstehen können. All die hier nur angedeuteten biografischen Abzweigungen könnten Bibliotheken mit Geschichten füllen. Die Vietnamesinnen und Vietnamesen in Deutschland waren nicht alle Vertragsarbeiter. Sie kamen auf unterschiedlichsten Wegen und ich denke, es wird Zeit, diese vielfältigen Lebensläufe umfassender zu würdigen. ■

Tran Thu Trang ist Sozial- und Kulturanthropologin und freischaffende Dramaturgin. Seit 2013 ist sie Teil des Berlin Asian Film Network, einer Plattform für asiatisch diasporische Film- und Kunstschaffende. Seit 2017 ist sie ehrenamtliches Vorstandsmitglied im Migrationsrat Berlin e.V. Außerdem ist sie Gründungsmitglied des neuen Vereins Connected Differences, der sich für marginalisierte Gruppen in Medien, Kunst und Kultur engagiert.

Bernd Faulenbach

Hans-Jochen Vogel (1926 – 2020)

Zu Biografie und Vermächtnis des Gründungsvorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Hans-Jochen Vogel ist am 26. Juli im Alter von 94 Jahren in München gestorben. Zu Recht wurde er in den vergangenen Wochen vielfältig gewürdigt: Er gehörte über Jahrzehnte zu den profiliertesten Politikern unseres Landes und blieb bis zuletzt eine politisch-moralische Instanz unserer Demokratie.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verliert mit Hans-Jochen Vogel den Menschen, der die Gründung und Entwicklung der Vereinigung wie kein anderer prägte. Deshalb ist es naheliegend, hier nach dem zu fragen, was Hans-Jochen Vogel ausmachte und für uns wegweisend bleibt.

Der Gründungsvorsitzende

Verschiedene Anliegen trafen bei der Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie zusammen: die Absicht der Verfolgten des NS-Regimes und von Gegnern des kommunistischen Regimes, ihre Erfahrungen an die folgenden Generationen weiterzugegeben; die Empörung über fremdenfeindliche Mordaktionen in den frühen 1990er Jahren; der verbreitete Wunsch, die demokratische politische Kultur des vereinigten Deutschlands nachhaltig zu stabilisieren. Diese Motive führten zur Gründung einer überparteilichen Vereinigung, die historische Erfahrungen aus der NS-Zeit wachhalten und daraus Folgerungen für die Gegenwart ziehen sollte: durch Bildungsarbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Austausche, öffentliche Stellungnahmen und Erinnerungsprojekte. Es war vor allem Hans-Jochen Vogel, der die verschiedenen Motive zusammenführte, zahlreiche Persönlichkeiten zu Beitritt oder Unterstützung bewegte, Grundsätze formulierte, die Schaffung des organisatorischen Rahmens leitete, seinen persönlichen Einfluss und sein Netzwerk für den Verein einsetzte und nicht zuletzt durch seine Person und sein Engagement dem Slogan „Gegen Vergessen – Für Demokratie" politisches und gesellschaftliches Gewicht verlieh. Von Anfang an gab es selbstverständlich auch andere wichtige Akteure im Verein: den ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Heinz Westphal, den Vorsitzenden der Vereinigung verfolgter Sozialdemokraten Heinz Putzrath, die frühere Berliner Senatorin Hanna-Renate Laurien (CDU), den FDP-Politiker Burkhard Hirsch, den Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer und andere.

Foto: Archiv GVFD

Hans-Jochen Vogel bei der Gründungsveranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dennoch war es nicht ganz falsch, wenn manchmal etwas despektierlich, doch auch zutreffend von „Vogels Verein" gesprochen wurde: Er leitete den Verein und seine Sitzungen mit Umsicht, Akribie und Gestaltungswillen und repräsentierte ihn in der deutschen Öffentlichkeit. Der Verein wuchs, gründete Regionalgruppen, nahm zu wichtigen Fragen der Geschichtspolitik Stellung und – falls nötig – auch auf den politischen Entscheidungsprozess Einfluss.

Bis ins Jahr 2000 amtierte Hans-Jochen Vogel als Vorsitzender, doch er blieb für den Verein auch später noch engagiert: Er warb Mitglieder, bemühte sich um Spenden, formulierte Anregungen, Wünsche und Mahnungen – bis in die allerletzte Zeit seines Lebens.

Politische Anliegen und persönliche Erfahrungen

Hans-Jochen Vogel hat häufig betont, dass es im vereinigten Deutschland darum gehe, die Erfahrungen der deutschen Geschichte, besonders aber die Erinnerungen an die NS-Zeit wachzuhalten, der Opfer des Holocausts und der anderen NS-Verbrechen zu gedenken, den Widerstand zu würdigen. Dies schloss für ihn ein, sich für Überlebende der verschiedenen Opfergruppen einzusetzen, etwa für Euthanasieopfer oder Zwangsarbeiter. Konsequenz der Erinnerungsarbeit war für ihn, allen Tendenzen zur Weiterführung des Nazismus im Rechtsextremismus sowie allen Versuchen zu Apologetik oder Verharmlosung des Nationalsozialismus entschieden entgegenzutreten. Die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus – übrigens auch mit dem der SED-Diktatur – sah Vogel eng verknüpft mit dem Einsatz für Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit. Ex negativo begründeten die Erfahrungen der NS-Zeit die demokratische Grundordnung mit Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Herrschaft auf Zeit, Sozialstaatlichkeit und so weiter.

Hans-Jochen Vogel leiteten nicht nur geschichtspolitische, sondern auch persönliche Motive. Darin war er ein charakteristischer Vertreter der sogenannten „1945er", das heißt der um 1930 Geborenen, die als Kinder und Jugendliche die NS-Zeit erlebt hatten und auch noch in den Krieg hineingezogen worden waren: als Flakhelfer oder sogar Soldaten, wie dies bei Vogel der Fall war, der noch im März 1945 in Italien schwer verwundet wurde. Verantwortlich war diese Generation für Hitler nicht, doch Vogel hat es sehr beschäftigt, dass er als Funktionsträger in der Hitlerjugend Teil dieses Systems geworden war. Obwohl ihm manches missfiel, hatte er das Regime nicht durchschaut und sich angepasst verhalten.

Fotos: Archiv GVFD

Hans-Jochen Vogel im Jahr 2003 bei der Verleihung des Marion-Samuel-Preises (l.) und am 9. November desselben Jahres bei der Grundsteinlegung für das Jüdische Zentrum in München.

Vogel hatte die Macht der Verführung des Systems an sich selbst erlebt und wollte nun die Fähigkeit zu Kritik und demokratischem Verantwortungsbewusstsein fördern, das seiner Generation gefehlt hatte.

Bemerkenswerterweise war es die Generation der „1945er", diese erste nicht wirklich für den Nationalsozialismus verantwortliche Generation, die bei den Zeithistorikern wie keine andere den Aufarbeitungsprozess in der Nachkriegszeit vorantrieb. Hans-Jochen Vogel war einer der namhaftesten Repräsentanten seiner Generation, die ein Programm geschichtspolitischer Konsequenzen aus der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zu ziehen versuchten.

Sein Beitrag lag nicht nur in der Förderung des Wissens um die Geschehnisse und seiner Verbreitung, sondern auch in der Stärkung eines Bewusstseins dafür, dass die Demokratie in der Gegenwart anhaltend gefährdet ist und dies konkretes Handeln erfordert.

Vogels politische Prinzipien

Zu den Konsequenzen, die Hans-Jochen Vogel aus NS-Zeit und Kriegserfahrungen zog, gehörte sein Eintritt in die SPD im Jahre 1950. Diese Partei hatte aus seiner Sicht am glaubwürdigsten eine Linie der Demokratie und der Menschlichkeit als Alternative zum Nationalsozialismus verfolgt. Dass er auf die Dauer in besonderer Weise die Sozialdemokratie verkörpern würde, war ihm freilich nicht an der Wiege gesungen worden.

Der Jurist mit blendenden Examina und Promotion (Studium 1946–48) war der Sohn eines Professors der Zoologie und damit alles andere als ein „geborener" Sozialdemokrat, was übrigens auch dadurch unterstrichen wird, dass sein sechs Jahre jüngerer Bruder Bernhard zu einem prominenten christdemokratischen Politiker avancierte. Die Vorfahren waren überwiegend Beamte, einer war sogar bayrischer Minister gewesen. Bei seiner Entscheidung leiteten Hans-Jochen Vogel politisch ethische Motive. Retrospektiv konstatierte er 2007: „Je mehr das Ausmaß der Katastrophe und der materiellen Zerstörungen deutlich wurde, umso mehr kam ich zu dem Ergebnis: Du musst Dich auch für das Gemeinwesen engagieren und Dich am Wiederaufbau politischer Strukturen beteiligen, die eine Wiederholung des Geschehens unmöglich machen und Deutschland in den Kreis der Völker- und Staatengemeinschaft zurückführen."

Bei der Entscheidung für die Sozialdemokratie, aus der ein lebenslanges Engagement für sie erwuchs, spielte neben der Übereinstimmung mit den Grundwerten und Prinzipien der Partei die Begegnung mit Persönlichkeiten eine wichtige Rolle, die sich im Kampf mit dem Nationalsozialismus in Widerstand und Emigration ausgezeichnet hatten, so mit Kurt Schumacher 1949. Allerdings strebte Vogel – wie der bayrische SPD-Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen – eine modernisierte SPD an, die weltanschaulich pluralistisch legitimiert war.

Als Modernisierer wirkte er zunächst in München, wo er 1960 zum jüngsten Oberbürgermeister einer westdeutschen Großstadt gewählt wurde und entscheidenden Anteil an der Schaffung einer modernen Verkehrsinfrastruktur und an den olympischen Sportstätten hatte. Später, als Minister unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, kämpfte er zum Beispiel für ein modernes Bodenrecht (für das er sich bis an sein Lebensende einsetzte) und setzte ein modernes Scheidungsrecht durch.

Im Übrigen sorgte er für die – im Hinblick auf die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen relevante – endgültige Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord. Als Justizminister trug er zudem einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der RAF. Dabei achtete er sorgfältig darauf, dass die Maßnahmen zum Schutz des Grundgesetzes nicht ihrerseits das Grundgesetz verletzten. Und nach dem Machtwechsel 1982 in Bonn verhinderte er als SPD-Chef und Oppositionsführer eine tiefergehende Krise seiner Partei, sorgte aber auch dafür, dass Anliegen der neuen sozialen Bewegungen Eingang in die Programmatik der SPD fanden.

Maßstäbe demokratischer Kultur

Hans-Jochen Vogel war ein Pflichtmensch, der in jeder Leitungsfunktion von seinen Mitarbeitern viel, von sich selbst jedoch noch mehr verlangte. Dies war aber nur ein Zug seiner vielschichtigen Persönlichkeit, zu der seine Pünktlichkeit ebenso gehörte wie bürokratische Ordnung. Zugleich war er ein Kümmerer, der sich im Dienst für andere sah. Seine Bürgerbüros in Berlin und München waren wichtige Einrichtungen, an die sich viele Menschen wandten. Vogel setzte sich für Schwache, Bedrängte und Zukurzgekommene ein.

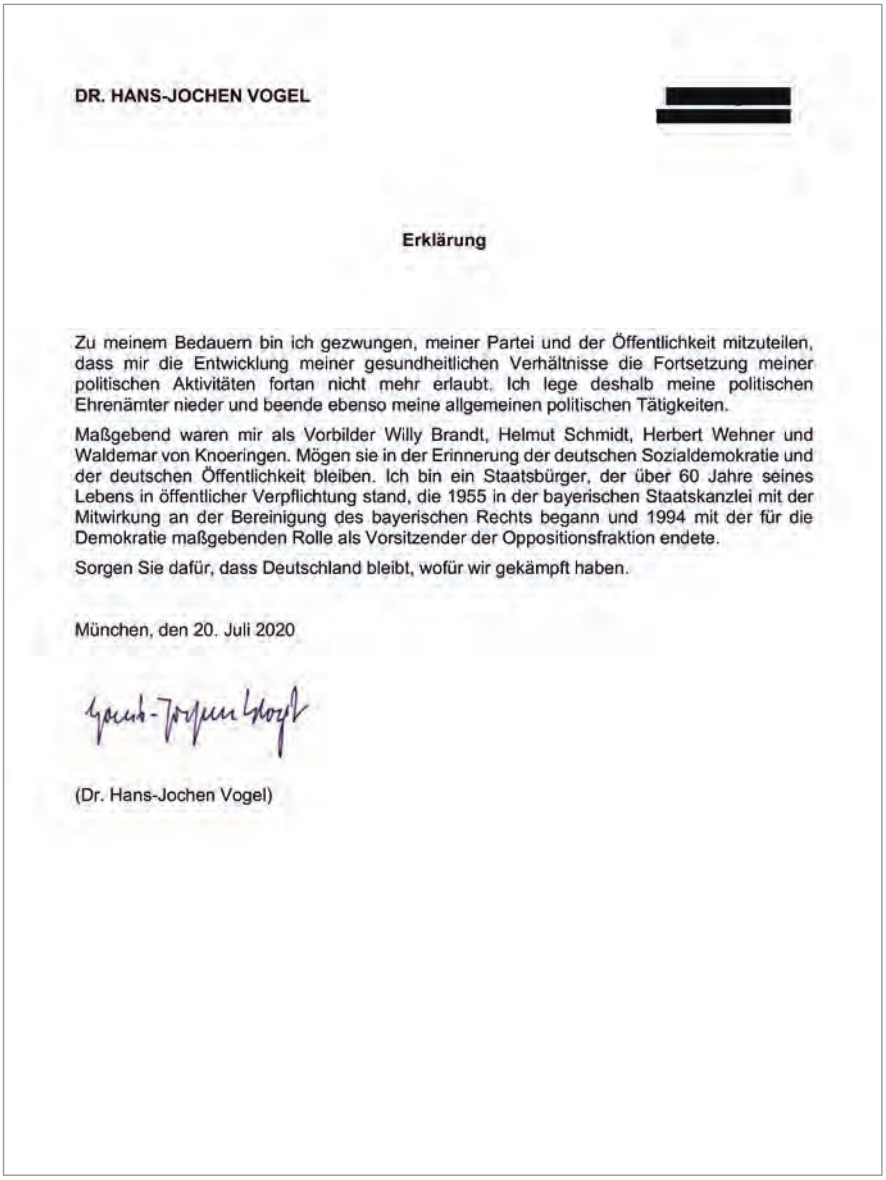
In der Auseinandersetzung mit den Vertretern anderer Parteien gab es bei ihm – trotz »

Foto: Conny Baeyer

Eine kleine Delegation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dem Internationalen Auschwitz-Komitee dankten Hans-Jochen Vogel an seinem 90. Geburtstag mit einem großen Plakat in der Münchener Innenstadt. Auf *www.demokratiegeschichten.de* finden Sie einen Beitrag über den vorbildhaften Demokraten Hans-Jochen Vogel.

» Schärfe – nie Entgleisungen, was seiner Selbstdisziplin wie seinen Vorstellungen von demokratischen Formen entsprach. Er sah eine über die Grenzen der einzelnen Parteien hinausreichende Verantwortung der Demokraten, die ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie fand. Um diesen Verein hat er sich buchstäblich immer wieder gekümmert. Wenn der Vorsitzende oder der Geschäftsführer ihn besuchte, so hatte er auch in den letzten Jahren und Monaten eine ganze Liste von Fragen, Anregungen und Bitten, nahm solche aber auch bereitwillig entgegen.

Keine Frage, dass Hans-Jochen Vogel – besonders vor dem Hintergrund der Erfahrungen seiner Generation – sich Sorgen machte über Extremismus und Populismus, ja über den Zustand der westlichen Demokratien und um Europa. Wenige Tage vor seinem Tod teilte er den Einrichtungen und Persönlichkeiten, die ihm wichtig waren, das Ende seiner politischen Tätigkeit mit. Er blickte in diesem Text noch einmal auf Vorbilder und seine Arbeit zurück. Bescheiden bezeichnete er sich als „Staatsbürger, der über 60 Jahre seines Lebens in öffentlicher Verpflichtung stand, die 1955 in der bayrischen Staatskanzlei begann und 1994 mit der für die Demokratie maßgeblichen Rolle der Opposition endete". Die Erklärung gipfelte in der Aufforderung an uns und andere: „Sorgen Sie dafür, dass Deutschland bleibt, wofür wir gekämpft haben." Unser Verein wird alles daransetzen, dieses Vermächtnis zu erfüllen. ■



DR. HANS-JOCHEN VOGEL

[redacted]

Erklärung

Zu meinem Bedauern bin ich gezwungen, meiner Partei und der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass mir die Entwicklung meiner gesundheitlichen Verhältnisse die Fortsetzung meiner politischen Aktivitäten fortan nicht mehr erlaubt. Ich lege deshalb meine politischen Ehrenämter nieder und beende ebenso meine allgemeinen politischen Tätigkeiten.

Maßgebend waren mir als Vorbilder Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner und Waldemar von Knoeringen. Mögen sie in der Erinnerung der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Öffentlichkeit bleiben. Ich bin ein Staatsbürger, der über 60 Jahre seines Lebens in öffentlicher Verpflichtung stand, die 1955 in der bayerischen Staatskanzlei mit der Mitwirkung an der Bereinigung des bayerischen Rechts begann und 1994 mit der für die Demokratie maßgebenden Rolle als Vorsitzender der Oppositionsfraktion endete.

Sorgen Sie dafür, dass Deutschland bleibt, wofür wir gekämpft haben.

München, den 20. Juli 2020

(Dr. Hans-Jochen Vogel)

Quelle: GVFD

Faksimile des letzten Briefes von Hans-Jochen Vogel an Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Herzlichen Dank an alle, die im Gedenken an Hans-Jochen Vogel gespendet haben

In der Traueranzeige der Familie Vogel wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, an den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zu spenden. Viele Menschen sind diesem Aufruf gefolgt und würdigen damit auch das Anliegen Vogels, die Erfahrungen der NS-Zeit wachzuhalten, der Opfer zu gedenken, den Widerstand zu würdigen, den Überlebenden Gerechtigkeit zuteilwerden zu lassen und allen menschenfeindlichen und antidemokratischen Bestrebungen in der Gegenwart entschieden entgegenzutreten. Für ihn verband sich dieser Kampf eng mit dem Engagement für demokratische Werte, Prinzipien und Institutionen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist Hans-Jochen Vogel zu tiefem Dank verpflichtet: mit seiner Leidenschaft, Tatkraft und Glaubwürdigkeit bleibt er uns Vorbild. Wir danken herzlich auch allen Spenderinnen und Spendern. Bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift sind rund 7.300 Euro bei uns eingegangen. Wir werden Ihre Spende nutzen, um in seinem Sinne unsere Arbeit fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

Bei der Trauerfeier zitierte Vogels Witwe Liselotte aus seinem letzten Brief an die Einrichtungen, in denen er sich engagiert hatte.

Michael Nagy/Presseamt der Stadt München

Hermann Vinke

Als es mit der DDR zuende ging

Ein Reporter als Zeitzeuge der Friedlichen Revolution und der Einheit Deutschlands

Den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 habe ich verpasst. Ich wohnte damals wieder in Washington D.C., wo mein regulärer Arbeitsplatz als Radio-Korrespondent des NDR und des WDR war. Allerdings pendelte ich seit Spätherbst 1989 bereits zwischen der amerikanischen Bundeshauptstadt und dem noch geteilten Berlin, das sich gerade anschickte, Weltgeschichte zu schreiben. Denn in Washington wurde ich kaum noch gebraucht. Das ging meinen Kolleginnen und Kollegen, die in den USA für deutsche Medien berichteten, ähnlich. Die Musik spielte gegen Ende der 1980er-Jahre in Moskau mit *Glasnost* und *Perestroika*, von Michael Gorbatschow intoniert, und eben in Berlin, wo eine kraftlose DDR-Regierung die Zügel nicht mehr in der Hand hielt und wo ich wochenweise das ARD-Studio der DDR verstärken durfte.

Wir, die sonst so viel beschäftigten Berichterstatter über Nord- und Mittel-Amerika, waren kaum noch gefragt. Höchstens dann, wenn etwa Hermann Axen anreiste, der Architekt für die Außenbeziehungen der DDR, um den Besuch von SED-Chef Erich Honecker in den USA vorzubereiten; wozu es dann aus den bekannten historischen Gründen nicht mehr kam. Dann durften wir berichten oder eine Stellungnahme von US-Seite abgeben, wenn Gorbatschow wieder einmal eine Abrüstungsinitiative startete und der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan nicht wusste, wie er darauf reagieren sollte.

Gratuliere zur Wiedervereinigung!

Beim Mauerfall war ich also nicht dabei, was meinen Status als Zeitzeuge der Friedlichen Revolution etwas schmälert. Ich erinnere mich noch gut, wie an diesem 9. November 1989 in Arlington unser Nachbar Bill, Rechtsanwalt von Beruf, mir über die Gartenhecke fast triumphierend zuwinkte, als er mich draußen sah, und dann ganz laut rief: *Die Mauer ist gefallen! Die Einheit kommt!*

Mit einiger Mühe hatten wir, meine Frau und ich, während der Demonstrationen in der DDR Bill davon zu überzeugen versucht, dass eine Wiedervereinigung nicht zwingend geboten sei; das sei auch viel zu gefährlich, weil Hunderttausende sowjetischer Soldaten in der DDR stünden. Eine österreichische Lösung, also zwei Staaten, genüge. Hauptsache Demokratie statt Diktatur. Bill nickte zwar, aber er verstand offenbar nicht, wieso wir Deutsche nicht wieder in einem Staat leben wollten.

Abends in unserem Supermarkt in Arlington geschah an diesem 9. November 1989 noch etwas Besonderes. Die Kassiererin, die uns kannte – bei meinem heavy German accent kein Wunder – unterbrach ihre Arbeit, als wir an der Reihe waren, stand auf, schüttelte uns die Hand und gratulierte uns zur Wiedervereinigung, die ja jetzt, wo die Mauer offen sei, unbedingt kommen müsse, wie sie sagte.

Warten auf das Glücksgefühl

Ach ja, noch etwas aus dieser „Nacht der Nächte", als sich die Deutschen in den Armen lagen: Während die Telefonleitungen in Deutschland zusammenbrachen, gelang der Anruf von Arlington/USA zu den Verwandten in Hörnitz bei Zittau reibungslos. *Wir sind frei! Wir sind frei!* jubelten sie aus der Ferne. Und *Wahnsinn! Wahnsinn!*

Als ich mich Anfang 1990 nach vier Jahren US-Aufenthalt von den Kolleginnen und Kollegen in Washington verabschiedete und einige uns zum Dulles Airport begleiteten, war der Tenor ihrer Abschiedsbekundungen einhellig: *Du hast ein verdammtes Glück, dorthin zu gehen, wo gerade Geschichte stattfindet!*

Ich gebe zu, es hat etwas gedauert, bis das Glücksgefühl sich dann tatsächlich einstellte. Im Studio an der Schadowstraße in Berlin-Ost gegenüber der amerikanischen Botschaft in der Noch-DDR und unweit des Brandenburger Tores gab es keinen Arbeitsplatz für mich. Auf dem Flur im zweiten Stock richtete ich mir in einer Ecke ein Provisorium ein. Allerdings herrschte auf dem Gang hektische Betriebsamkeit. Alle waren wahnsinnig beschäftigt, Tontechniker*innen, Cutter*innen, Reporter, Besucher. Im eigentlichen Aufnahmestudio war es zwar ruhig, aber nur so lange, bis jemand kam und entschuldigend sagte, er oder sie wolle mal kurz etwas aufnehmen. Ich möge so lange den Raum verlassen.

Irgendwann hatte Studioleiter Wolfgang Hauptmann, dessen Nachfolger ich ein Jahr später wurde, Mitleid mit mir. In seinem Büro ließ er einen zweiten Schreibtisch aufstellen, für den eigentlich gar kein Platz war. Endlich konnte ich halbwegs konzentriert meine Tonbänder abhören und Texte schreiben.

Zurück in Berlin – aber wohin?

Das nächste Problem: Es gab keine bezahlbaren Wohnungen mehr in Berlin. Gleichsam über Nacht war der Immobilienmarkt explodiert. Eine Wohnung zu suchen, das kostete Zeit und Nerven. Wenn es überhaupt Angebote gab, dann nur noch zu horrenden Preisen. Zwei Mal landete ich im Ostteil der Stadt in Prachthäusern, die Größen aus Volksarmee und Staatssicherheit gehörten: Bungalows in schöner Lage, ausgestattet mit modernster West-Technik, von der Heizung bis zur Kücheneinrichtung. Die Mietvorstellungen der Eigentümer pendelten zwischen 5.000 und 7.000 DM pro Monat.

Drei Monate wohnte ich im Hotel „Metropol" an der Friedrichstraße, also gleich

Foto: pixabay / Grafik: GVFD

um die Ecke. Da die Diktatur der Oberkellner noch etwas länger andauerte als die der SED-Oberen, musste man sich mit der Bedienung gut stellen, wenn nach einem arbeitsreichen Tag spätabends der Hunger sich meldete. Irgendwann war ich das Hotel-Leben satt. In Güterfelde bei Potsdam mieteten wir uns an einem See eine Datsche. Es war Sommer, und endlich wohnte unsere vierköpfige Familie wieder unter einem Dach.

Die Datsche hatte allerdings einen Nachteil. Die sanitären Anlagen funktionierten nicht. Also musste eine mobile WC-Einheit gemietet werden, „Big John" oder so ähnlich nannte die Fima das Ersatz-Stück. Als es dann bald mit einem riesen Kranwagen auf unser Grundstück gehoben wurde – es war eines der größeren Exemplare –, erregte es bei den benachbarten Datschen-Bewohnern einiges Aufsehen. Typisch Wessi, werden sie gedacht haben.

Der frühe Vogel …

Noch mehr Irritationen erregte es, wenn ich morgens in aller Frühe meinen Bericht für die Morgenmagazine über ein Ereignis vom Vorabend, z. B. eine Sitzung der Volkskammer, an die ARD durchgeben wollte. Ich tat das draußen, es war ja Sommer, und zwar mit einem drahtlosen Telefon schwedischer Bauart, vom Schwergewicht her kein Vorläufer des Handy, wohl aber der Funktion nach. Also legte ich los: *Hier ist … mit einem Bericht über …: Achtung, bitte schneiden, bitte schneiden …*

Eines frühen Morgens öffnete sich beim Übersprechen eines Berichts die Tür der gegenüberliegenden Datsche, und heraus kam ein Mann, der mich völlig entgeistert ansah, gewissermaßen mein erster Hörer an diesem Tag. Mit Mühe brachte ich meinen Bericht zu Ende. Dann erklärte ich ihm, was ich da in den frühen Morgen gesprochen hatte. Unser Nachbar meinte verständnisvoll, er habe sich nur gewundert, um diese Uhrzeit draußen einen Vortrag zu hören.

Auf Sendung 24/7

Die Wohnungsfrage wurde schließlich im Spätsommer 1990 mit einer Bleibe in Berlin-Hermsdorf gelöst. Die Arbeit selbst nahm von Monat zu Monat immer weiter zu. Manchmal überschlugen sich die Ereignisse: Stasi-Enthüllungen über Politiker, Pressekonferenzen, Treuhand-Skandale, Massenarbeitslosigkeit, Streiks, Betrügereien, Gewaltaktionen. Die Kapazität unseres Aufnahmestudios reichte nicht mehr. Auf der Schadowstraße wurde ein Dauerparkplatz für einen Übertragungswagen eingerichtet, der über dicke freischwebende Kabel mit unserem Übertragungssystem im zweiten Stock verbunden war. Unsere Arbeitswoche dauerte inzwischen sieben Tage. Die Anfragen aus den Redaktionen hörten einfach nicht auf.

Längst hatte ich mir abgewöhnt, mit Kolleginnen oder Kollegen in den ARD-Sendern, die Beiträge bestellten wollten, über die Sinnhaftigkeit einer Reportage oder eines Kurzbeitrages zu diskutieren. In Washington hatte ein Kollege manchmal über die *Diktatur des Volontariats* in den Funkhäusern geschimpft und sich auf ein Streitgespräch eingelassen, um ein schon vielfach behandeltes Thema nicht noch einmal behandeln zu müssen. Das kostete Zeit und Nerven. Also fragte ich immer nur nach dem Thema, nach der gewünschten Länge des Beitrages und der Überspielzeit. Ein Korrespondent ist in erster Linie Dienstleister, dachte ich.

Hat sich einer der Kolleginnen und Kollegen über den Stress und die nicht endenden Belastungen beklagt? Nein, niemand. Unsere Beiträge liefen sozusagen rund um die Uhr. In fast jeder tagesaktuellen Hörfunksendung war ein Stück aus dem ARD-Studio Berlin vertreten, manchmal sogar zwei. Es gab Situationen, da blieben für das Abfassen eines Beitrages nur noch wenige Minuten, gelegentlich auch gar keine Zeit mehr. Auf der Autofahrt von einem Ereignis zum Studio lief unterwegs der Kassetten-Rekorder, um aus dem Mitschnitt O-Töne zu filtern. Vor der Aufnahme erging an die Cutterin noch kurz der Hinweis, schnell an bestimmten Stellen Original-Töne – möglichst am Satzende mit der Stimme nach unten – zu schneiden. Im Studio blinkte schon das Rotlicht, die Überspielung musste beginnen. Einmal durchatmen und dann volle Konzentration!

Cut durch die Geschichte

Eigentlich müsste ich mich bei einzelnen Cutterinnen in den ARD-Rundfunkanstalten heute noch entschuldigen. Nicht immer spielte das Nervenkostüm mit, dann häufte sich die Zahl der Versprecher, die aus dem Band geschnitten werden mussten. Tonbänder waren unser Medium. Nein, niemand hat sich beklagt. Jeder wusste: Fast täglich fand Geschichte statt und wir hatten das Privileg, darüber aktuell berichten zu dürfen. Später dachte ich manchmal: Wir haben in dieser Zeit fast nur von Adrenalin gelebt. Ja doch, wir waren journalistische Zeitzeugen der Friedlichen Revolution und der Einheit Deutschlands, die dann allerdings zum Teil einen ganz anderen Verlauf nahm, als die Menschen in Ostmitteldeutschland sich das gewünscht und erträumt hatten. ■

Hermann Vinke ist Journalist und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Bremen/Unterweser von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Bernd Faulenbach

Rassismus, Antisemitismus und die Aufarbeitung des Kolonialismus: Der Streit um Achille Mbembe

Die Einladung an Achille Mbembe, die Eröffnungsrede bei der Ruhrtriennale 2020 zu halten, war Anlass für einen Streit um den renommierten schwarzafrikanischen Intellektuellen, der als einer der bekanntesten Protagonisten der „postcolonial theory" gilt. Mbembe wurde vorgehalten, dass er das Existenzrecht des Staates Israel infrage stelle, das Apartheitsregime in Südafrika und den Holocaust auf einer Stufe sehe und die BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) zum Boykott Israels unterstütze, kurz: dass er ein Antisemit sei. Deshalb wurde seine Ausladung gefordert. Zu seiner Verteidigung wurden von anderer Seite nicht nur die Vorwürfe bestritten, sondern seine wissenschaftlichen und politischen Leistungen bei der Analyse des Kolonialismus sowie im Kampf mit dem davon geprägten Rassismus hervorgehoben.

Foto: wikipedia/Heike Huslage-Koch

Achille Mbembe (m.) 2015 bei der Entgegennahme des Geschwister-Scholl-Preises, zwischen Michael Then, dem Vorsitzenden des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern (l.) und dem Münchner OB Dieter Reiter (r.).

So ist ein vielschichtiger Streit entstanden, in dem es um politisch-ideologische Fragen, kulturelle Gegensätze und wissenschaftliche Auseinandersetzungen geht, um Kolonialismus, Anti- und Postkolonialismus und ihre universale Bedeutung, um die Beurteilung des Zionismus und der Politik Israels, doch auch um den Antisemitismus und den Holocaust, letztlich um das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus, vor allem im Hinblick auf den deutschen und den europäischen Zusammenhang.

„Kritik der schwarzen Vernunft"

Achille Mbembe, der aus Kamerun stammt und heute in Johannesburg lehrt, vertritt eine interdisziplinäre Forschungsrichtung, die die Interpretation von Kolonialismus als geradezu konstitutivem Geschehen der Neuzeit in Europa mit einer Vision für Gegenwart und Zukunft verbindet. In seinem Werk „Kritik der schwarzen Vernunft" (Berlin 2014) arbeitet der Historiker und Politikwissenschaftler Mbembe heraus, dass die europäisch-atlantische Welt seit dem 17. Jahrhundert ein Bild von Afrikanern gezeichnet hat, mit dem Schwarze „in den Kategorien des Animalischen" gesehen und gleichsam an der Grenze von Mensch und Tier angesiedelt werden. Dieses jahrhundertelang überlieferte Bild stelle Schwarze als von Trieben geprägt und kaum von Vernunft geleitet dar. Für Mbembe war dieses Bild, durch das die Afrikaner dehumanisiert wurden, Voraussetzung für die Versklavung der Schwarzen und für die Kolonialisierung des afrikanischen Kontinents.

Besonderen Wert legt Mbembe auf die Gleichzeitigkeit der Erklärung der Menschenrechte und der Sklaverei, die er beide als Ausdruck der Moderne sieht. Kapitalismus und Rassismus rückt er ebenfalls eng zusammen. Kaum eine Berücksichtigung finden bei ihm hingegen Bewegungen von Weißen gegen die Sklaverei, welche auch als Konsequenz aus der Deklaration allgemeiner Menschenrechte entstanden. Mbembes Perspektive ist eher politologisch ausgerichtet und tendiert mitunter zu pauschalisierenden „philosophischen" Allgemeinaussagen. Eine differenzierende historische Analyse und Darstellung des Kolonialismus in seinen vielfältigen Ausformungen stehen bei ihm nicht im Mittelpunkt. Am Ende steht die Hoffnung auf die eine Welt, in der „die Gemeinsamkeit" der Menschen dominiert.

Mbembe thematisiert jedoch sehr wohl eine wichtige Dimension der europäischen (und selbstverständlich der afrikanischen) Geschichte, die häufig unterschätzt wird und deren kritische Ausleuchtung deshalb ihre Berechtigung hat. Für ihn ist sie – soweit ich sehe – vorrangig Ausgangspunkt einer Geschichts- und Politikphilosophie.

Jüdische Zionisten als Vertreter einer Kolonialmacht?

Mbembe äußert nicht nur erhebliche Kritik an der gegenwärtigen Politik Israels, etwa der Siedlungspolitik der Regierung Netanjahu im Westjordanland, sondern er hegt wohl auch prinzipielle Vorbehalte gegenüber der Gründung des Staates Israel, die er dem westlichen Kolonialismus zuordnet. Dies ist in zweifacher Weise abwegig. Zum einen kamen die Juden nicht – wie die israelische Soziologin Eva Illouz hervorhebt – wie die Kolonialmächte nach Palästina, „um Land und Reichtümer an sich zu reißen", zum anderen wird diese Sicht der in vieler Hinsicht tragischen Geschichte der Juden nicht gerecht, die schließlich im Zionismus nach einer Heimstatt suchten, in der sie in Sicherheit leben und ihre religiös-kulturelle Identität entwickeln konnten. Erstaunlich, dass Mbem-

be diese Geschichte ignoriert. Und wenn er das Apartheitsregime in Südafrika und die Vernichtung der europäischen Juden als „zwei emblematische Manifestationen des Trennungswahns" bezeichnet, so ist dies eine groteske Verkennung des Holocausts. In der NS-Judenpolitik ging es nicht nur um Segregation, sondern letztendlich um die physische Vernichtung der Juden in Europa.

Nun ist Kritik an Israel und seiner heutigen Siedlungspolitik, auch Kritik am Zionismus nicht per se antisemitisch. Allerdings sind – wie die Diskussion um Mbembe zeigt – die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus schwer zu ziehen. Jedenfalls sind mit dem Streit um Mbembe zwei weitere Debatten verschränkt, einerseits um den Charakter der BDS-Boykottbewegung, andererseits um die Definition von Antisemitismus heute.

Ausweitung des Antisemitismus-Begriffs

Mbembe identifiziert sich keineswegs in jeder Hinsicht mit der BDS-Bewegung, die im Übrigen – wie er selbst – auch Verteidiger bei israelischen Intellektuellen findet. Jedoch bleibt die Frage offen, inwieweit die Bewegung das Lebensrecht Israels anerkennt. Nicht nur die Regierung Netanjahu, sondern auch der Deutsche Bundestag sieht in der BDS-Bewegung den Ausdruck einer prinzipiell gegen den Staat der Juden gerichteten Haltung, was sie als einen Ausdruck von „Antisemitismus" kennzeichne. Dies zeigen der Bundestagsbeschluss von 2019 und seitdem mehrmals wiederholte Äußerungen des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung Felix Klein.

Problematische Aspekte dieser Ausweitung des Antisemitismus-Begriffs auf einen israelbezogenen Antisemitismus haben der frühere israelische Botschafter Schimon Stein, der Jerusalemer Historiker Moshe Zimmermann und der Zeithistoriker Wolfgang Benz (Streitfall Antisemitismus, Berlin 2020) hervorgehoben. Vorwürfe sind dabei ein instrumentaler Umgang mit dem Begriff „Antisemitismus" durch die Regierung Netanjahu und anderer, die gleichzeitige Unterstützung islamophober Tendenzen und eine Diffamierung jeder Kritik an Israel. Die Auseinandersetzungen um das Jüdische Museum in Berlin lieferten dazu Beispiele.

Ohne auf die verschiedenen Aspekte des Streits eingehen zu wollen, sei hier nur noch einmal an die deutsche Grundposition erinnert. Auf unabsehbare Zeit wird der Holocaust im Zentrum der ansonsten differenzierten deutsche Erinnerungskultur stehen. Der Holocaust und die Auseinandersetzung damit sind – wie Joachim Gauck als Bundespräsident formuliert hat – konstitutive Bestandteile des deutschen Identitätsbewusstseins. Dies hat nicht nur Konsequenzen für die deutsche politische Kultur, sondern auch für das politische Handeln, indem die Bundesrepublik aktiv für das Existenzrecht Israels eintritt. Kanzlerin Angela Merkel hat dieses Eintreten als Komponente der „deutschen Staatsräson" bezeichnet. Dies aber schafft Sensibilitäten, die in der Arbeit des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein ihren Niederschlag finden, jedoch der Diskussion bedürfen.

Bedeutung postkolonialer Studien für die Aufarbeitung des Kolonialismus

Die im sogenannten „Historikerstreit" der 1980er Jahre festgestellte und seitdem in Deutschland von einem breiten Konsens in den politischen Führungsschichten und breiten Teilen der Bevölkerung getragene Annahme einer Einzigartigkeit des Holocausts darf – so ist heute zu betonen – nicht die Folge haben, andere genozidale und weitere Großverbrechen der Weltgeschichte zu verharmlosen oder gar zu ignorieren. Dies gilt nicht nur für Ereignisse wie den Völkermord an den Tutsi in jüngster Zeit, sondern auch für historische Geschehnisse im Kontext des Kolonialismus. Dieser ist in Europa, vor allem in den Ländern, die früher Kolonialmächte waren, selbstkritisch aufzuarbeiten und zu erinnern, was die Frage politischer Konsequenzen einschließt.

In diesem Zusammenhang erhalten – neben der internationalen Historiographie, die sich dem Kolonialismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen widmet und dabei eben auch die Erfahrungen der indigenen Völker einbeziehen muss – die postcolonial studies, nicht zuletzt Achille Mbembes Sichtweisen, besondere Bedeutung, weil sie Impulse für eine kritische Auseinandersetzung mit wichtigen Teilen der europäischen Geschichte liefern, die allerdings wiederum in einen universalgeschichtlichen Zusammenhang zu stellen sind.

Das Deutsche Reich gehörte nicht zu den klassischen Kolonialmächten, die über einen langen Zeitraum hinweg überseeische Kolonialreiche aufbauten. Die Ostsiedlung der Deutschen auf dem Kontinent ist ein anderes historisches Phänomen. Erst spät erwarb der neu gegründete deutsche Nationalstaat Kolonien, das Kaiserreich war auch in dieser Hinsicht eine „verspätete Nation". Mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges büßte es diese Kolonien dann sofort wieder ein. Damit war Deutschland sowohl von den Dekolonisierungsprozessen im 20. Jahrhundert als auch von den Migrationsbewegungen aus den kolonisierten Staaten nach Europa weniger tangiert als andere westeuropäische Länder.

Doch auch in den deutschen Kolonien gab es Verbrechen wie die Niederschlagung des Herero-Aufstandes und die Verfolgung der Hereros, die lange Zeit unzureichend aufgearbeitet war. Zudem hatte man auch in Deutschland das rassistische Bild Schwarz-Afrikas verinnerlicht, das Mbembe so pointiert kennzeichnet und attackiert. Es ist deshalb sinnvoll, ihn als Wissenschaftler nach Deutschland einzuladen. Es gilt allerdings nicht, ihn nur zu ehren und auf ein Podest zu stellen, sondern auch, mit ihm über seine Theorien zu diskutieren – auch über sein anfechtbares Israel-Bild.

Aktuelle Schlussfolgerungen

Nimmt man die aktuellen Ereignisse hinzu, die mit dem Slogan „Black lives matter" verbunden sind, bleibt in der gegenwärtigen Konstellation dreierlei festzuhalten:

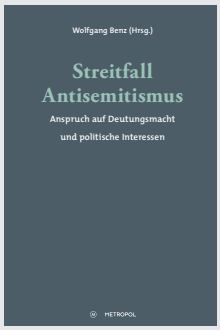
(1) Der Holocaust steht nach wie vor im Zentrum der deutschen Erinnerungskultur, ist damit ein wesentlicher Faktor des deutschen Selbstverständnisses und impliziert „ex negativo" eine besondere Begründung für unsere demokratische Kultur, die die anderen Begründungen überwölbt und verstärkt. Für die Bundesrepublik Deutschland hat der Holocaust zudem eine besondere politisch-moralische Verantwortung im Hinblick auf Israel und das Schicksal von Juden zur Konsequenz, was die ebenso entschiedene wie differenzierte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in seinen verschiedenen Varianten einschließt.

(2) Die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Kolonialismus, erscheint in der euro- »

» päisch-atlantischen Welt dringlich. Eine der Wurzeln des Rassismus liegt im Kolonialismus und seinen Bildern von Schwarzen begründet. Postcolonial studies sind dementsprechend für die Öffentlichkeit von erheblicher Bedeutung. Obgleich Deutschland nicht zu den traditionellen Kolonialmächten gehört, haben sich auch die Deutschen, neben der Auseinandersetzung mit dem nationalen kolonialen Erbe, an dieser europäisch-atlantischen Aufgabe zu beteiligen und den Rassismus-Begriff historisch zu dimensionieren.

(3) Antisemitismus und Rassismus sind von uns zu bekämpfen. Die Auseinandersetzungen mit beiden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt oder als Alternativen betrachtet werden. Sie sind differenziert in den Blick zu nehmen und zu unterscheiden, obwohl nicht zu übersehen ist, dass im modernen Antisemitismus, wie er etwa im Nationalsozialismus seine mörderische Steigerung erfuhr, eine starke rassistische Komponente enthalten ist. Rassismus und Antisemitismus sind nicht nur historisch gravierend, sondern auch Gegenwartsphänomene, mit denen sich unsere demokratische Gesellschaft nicht abfinden kann und darf. Sie sind in ihren spezifischen Erscheinungsformen sorgfältig zu untersuchen und durch politisch-gesellschaftliches Handeln ebenso wie durch Bildungsarbeit zu überwinden. ■

Literaturhinweise:



Wolfgang Benz (Hg.)
Streitfall Antisemitismus
Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen.
Metropol Verlag, Berlin 2020
Gebundene Ausgabe, 328 Seiten
ISBN 978-3-86331-532-0 • 24,00 €

Achille Mbembe
Kritik der schwarzen Vernunft
Suhrkamp Taschenbuch, Berlin 2017
Taschenbuch, 332 Seiten
ISBN 978-3-518-29805-3 • 18,00 €

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Liane Czeremin

Wie einig ist sich die junge Generation?

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verteilt zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit eine Postkarte mit einer Karikatur, auf der ein Vater seinen Kindern zeigt, wo auf einem freien Feld früher die Mauer war. Der Schatten, den die Tochter wirft, fällt dabei so, als ob diese Mauer dort noch immer stünde (siehe Titelbild). Diese Postkarte soll einen Nachdenkmoment ermöglichen. Eine Frage könnte dabei sein, wie groß die Unterschiede zwischen Ost und West heute wirklich noch sind und in welchem Maße die viel zitierte „Mauer in den Köpfen" auch die jüngeren Generationen noch prägt.

Der Soziologe Steffen Mau zieht aus seinen Feldforschungen den Schluss, dass sich Unterschiede zwischen Ost und West in der politischen Kultur, in den Mentalitäten und in den Sozialstrukturen bis heute erhalten haben. Andere Studien bestätigen das. Die Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich ihre neue „Zusammenhalt"-Studie veröffentlicht und festgestellt, dass die strukturellen Differenzen weiterhin nicht zu übersehen sind: *„[...] der Unterschied zwischen den beiden Landesteilen hat im 30. Jahr nach der Einheit [gegenüber 2017, Anm. d. A.] sogar noch etwas zugenommen. Am deutlichsten gilt dies für die Dimension „Akzeptanz von Diversität": Hier weichen vier der fünf ostdeutschen Länder mit sechs bis neun Punkten vom Mittelwert für Deutschland ab. Illustriert am Indikator heißt dies beispielsweise, dass in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern rund 30 Prozent der Befragten ungern einen Ausländer als Nachbarn hätten. Im Schnitt sagen dies in Deutschland nur 17 Prozent und in den Metropolen Berlin und Hamburg sind es sogar nur sieben Prozent. Wir haben in der Studie wenig Hinweise auf die vielfach diskutierte gesellschaftliche Polarisierung gefunden. Die regionale Spreizung bei der Akzeptanz von Diversität kann aber als ein Indiz hierfür gelesen werden."*

Fridays for Future bewegt junge Menschen, egal ob aus Ost- oder Westdeutschland

Die Ergebnisse der aktuellen Shell Jugendstudie von 2019 zeigen, dass die Unterschiede zwischen Ost und West in der jungen Generation indes eher kleiner als größer werden. Junge Menschen in Deutschland machen sich demnach große Sorgen um den Klimawandel, egal, wo sie wohnen. Ebenso spielen digitale Kom-

munikationsmittel und Medien für sie eine größere Rolle. Gegenseitiger Respekt und Achtsamkeit in der eigenen Lebensführung, ein starker Sinn für Gerechtigkeit sowie ein wachsender Drang, sich für diese Belange aktiv einzubringen, sind ihnen quer durch die Republik wichtig.

Allerdings fühlen sich viele junge Menschen nicht hinreichend gefragt und einbezogen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Das beeinflusst laut Studie die Kritik, die viele dieser Heranwachsenden am sogenannten Establishment in Politik und Gesellschaft üben. Auch eine Affinität zu populistischen Einstellungen lässt sich bei einer größeren Gruppe finden. Die Shell-Jugendstudie unterscheidet zwischen Jugendlichen als „Kosmopoliten", „Weltoffenen", „Nicht-eindeutig-Positionierten", „Populismus-Geneigten" und „Nationalpopulisten". Zwischen den Kosmopoliten und den Natonalpopulisten lasse sich demnach eine klar erkennbare Polarisierung feststellen, beide Gruppen machten zusammengenommen aber lediglich etwa ein Fünftel der Jugendlichen aus. Die „Nicht-eindeutig-Positionierten" stellten mit 28 Prozent die größte Gruppe. Fasst man die Gruppen der Populismus-Geneigten und Nationalpopulisten zusammen, unterschieden sich Ost und West wahrnehmbar. Die Studie teilt 42 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen in diese Kategorie ein und 31 Prozent im Westen.

Zufriedenheit mit der Demokratie steigt

Unterschiede zwischen Ost und West zeigen sich auch in Bezug auf Mediennutzung. So bringen Jugendliche in Ostdeutschland überregionalen Zeitungen mit 68 Prozent deutlich weniger Vertrauen entgegen als in Westdeutschland mit 83 Prozent. Anders sieht es aber aus, wenn es um die Zufriedenheit mit der Demokratie und um gesellschaftliches Engagement geht. In der Zusammenfassung der Studie heißt es:
„War es im Jahr 2015 nur etwa jeder zweite, der sich im Osten eher oder sehr zufrieden mit der Demokratie in Deutschland zeigte, so sind es heute bereits zwei von dreien. Die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen bleiben damit zwar noch bestehen, gleichen sich hinsichtlich der Bewertung der deutschen Gesellschaft aber zunehmend an. [...] Jungen und Mädchen sind übrigens gleichermaßen engagiert, Jugendliche in Ost- und Westdeutschland ebenfalls.

Junge Thüringer weniger anfällig für rechtsextreme Einstellungen

Der Thüringen-Monitor für 2019 kommt zu interessanten Ergebnissen, was die Zustimmung in der Bevölkerung zu klassisch rechtsextremen Einstellungen betrifft. Grundsätzlich gibt es hier steigende Werte in der Zustimmung der Bevölkerung. Jedoch betreffe dies vor allem Menschen in einem mittleren Alter mit mittlerem Bildungsgrad, die in kleinen oder mittelgroßen Kommunen leben. Jüngere Menschen dagegen seien deutlich weniger anfällig für rechtsextreme Thesen:
„Unter den 18- bis 24-jährigen Thüringer_innen ist die Unterstützung aller rechtsextremen Aussagen nicht nur nicht angestiegen, sondern fällt zudem erheblich geringer aus als unter den älteren Befragten. Die Zustimmungswerte sind im Vergleich zu den älteren Befragten bei nahezu allen Aussagen mindestens um die Hälfte reduziert, oft noch um mehr. Lediglich die Aussage zum „harten Durchsetzen deutscher Interessen" weicht davon ab. Aber selbst diese Aussage findet mit 39 Prozent noch immer ein Drittel weniger Zustimmung unter den jungen als unter den älteren Befragten. Besonders selten ist die Zustimmung in den jüngsten Alterskohorten bei dem antisemitischen Ressentiment: diesem stimmt keiner bzw. keine der jüngeren Befragten zu."

Spannend: Das höchste Niveau an rechtsextremen Einstellungen weist die mittlere Altersgruppe auf. Bei Menschen über 60 Jahren sinkt die Zustimmungsrate wieder. Außerdem schreiben die Autoren:
„Bemerkenswert ist [...], dass die jungen Thüringer_innen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren eine deutlich positivere und konsistentere Bewertung der Demokratie abgeben: Mit den älteren Altersgruppen teilen sie hohe Werte bezüglich Demokratieunterstützung und -zufriedenheit. Sie zeigen jedoch im Vergleich zu älteren Befragten eine größere Bereitschaft zu politischem Engagement, z. B. in Parteien oder bei Demonstrationen, sehen seltener eine Responsivitätslücke zwischen politischen Eliten und Bevölkerung und sind deutlich seltener positiv gegenüber nichtdemokratischen Gesellschaftsalternativen und historischen Diktaturen in Deutschland eingestellt, was insbesondere für die DDR und den Sozialismus gilt. Insgesamt kann den 18- bis 24-jährigen mit Blick auf die Einstellungen zur Demokratie somit ein positives Zeugnis ausgestellt werden."

Diese hohe Bereitschaft zum Engagement sollte endlich dazu führen, dass der Perspektive junger Menschen mehr Raum gegeben wird, in Ost wie in West. Das gilt auch für die Rückschau auf die Deutsche Einheit und die Entwicklung danach. Die Prägungen sind andere, aber diese sollten ebenso relevant sein wie die Erfahrungen älterer Generationen. Schon nach den Einheits-Feierlichkeiten vor zehn Jahren hatte sich ein Netzwerk „Dritte Generation Ost" gegründet, in denen die Jahrgänge 1975 bis 1985 vertreten waren. Die Mitglieder des Netzwerks, die sich als „Wendekinder" bezeichnet haben, waren genervt davon, dass in der offiziellen Rückschau oft nur die Perspektive von (westdeutschen) Vertretern älterer Generationen berücksichtigt wurden. Eines ihrer Ziele war es, Klischees aufzubrechen und die eigenen Sichtweisen stärker in die Debatte einzubringen.

Hier sollte man unbedingt weiterdenken. Spannend wären etwa Generationengespräche mit Ost-West-Beteiligung. Sicherlich hätten viele Jüngere auch Interesse daran, mehr über die Prägungen ihrer Eltern und Großeltern in DDR und Bundesrepublik zu erfahren. So wie auf der Dialogreise, die Kerstin Brückweh in diesem Heft im Zusammenhang mit der Studie „Die lange Geschichte der ‚Wende'" beschreibt, könnte auch für die Zeit davor ein Blick nicht nur auf das große politische Geschehen, sondern auf einen Austausch über unterschiedliche kulturelle und alltagspolitische Erfahrungen zu einem echten Dialog führen. ■

Die zitierten Studien sind im Internet zu finden unter:
www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020

www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie.html

www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für De-mokratie e. V.

Wir hatten alles so schön geplant ...

Die Corona-Pandemie hat vor allem die ehrenamtliche Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppen (RAG) von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. stark beeinträchtigt, aber auch die geplanten Veranstaltungen der Geschäftsstelle zur Makulatur gemacht. Doch gerade in gesellschaftlich so unsicheren und belasteten Zeiten war allen Beteiligten klar: Genau jetzt dürfen die Erinnerungsarbeit und das Engagement für Demokratie nicht Pause machen.

Bei einigen Projekten der Geschäftsstelle war es nicht so schwierig, einfach weiterzumachen. Der Demokratiegeschichten-Blog zum Beispiel, die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus und auch die Vereinszeitschrift konnten fast wie gewohnt laufen. Doch bei allem, was mit direkter Interaktion zu tun hat, wurde es problematisch. Hier berichten die Organisatorinnen und Organisatoren selbst aus ihrer Sicht, was in den vergangenen Wochen und Monaten online trotzdem funktioniert hat. Die Übersicht ist nicht vollständig, kann aber zur Nachahmung anregen.

Screenshot: Andreas Dickerboom

Ein weiteres ausprobiertes Format war die Online-Diskussion im Juni mit zwei Experten vom interdisziplinären Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld zum Thema Umgang mit Demokratie-Skepsis. Auch hier beteiligten sich viele RAGs.

Große Bereitschaft in den RAG, sich digital zu beteiligen

Foto: privat

Andreas Dickerboom, Sprecher aller RAG von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., berichtet: „Die Corona-Pandemie hat die Aktivitäten unserer Regionalgruppen mit rund 500 Veranstaltungen pro Jahr anfänglich komplett lahmgelegt. Umso mehr habe ich mich gefreut, wie groß die Bereitschaft vieler Regionalsprecherinnen und -sprecher war, sich an digitalen Formaten zu beteiligen. An der virtuellen Sprecherkonferenz im Mai haben sich etwa 30 Vertreter aus über 20 Regionen beteiligt, manche nahmen damals zum ersten Mal überhaupt an einer Videokonferenz teil. Die Resonanz auf dieses Treffen war sehr positiv. Wir alle waren natürlich enttäuscht, dass wir unsere Freunde in Nordhausen nicht persönlich beim Regionalsprechertreffen begrüßen konnten, und möchten dies unbedingt im kommenden Jahr nachholen. Bis sich die Corona-Situation entspannt hat, sehe ich aber die Möglichkeit, über solche Videokonferenz-Systeme Seminare, Workshops, Lesungen oder Vorträge durchzuführen, auch als eine Chance an, jüngere Zielgruppen zu erreichen. Die Organisation von Arbeitsgruppen wird aufgrund unserer bundesweiten Vernetzung durch Konferenzsysteme wie Zoom sogar vereinfacht, denn es entfällt eine aufwändige Termin- und Reiseorganisation."

Zwei Online-Veranstaltungen der RAGs aus den vergangenen Wochen werden in diesem Heft noch gesondert aufgegriffen: ein Interview zur Kunst des Zuhörens (siehe Seite 29) und eine deutsch-französische Gedenkveranstaltung zum Internierungslager Camp de Gurs (siehe Seite 31). Bei diesen zeigt sich ein weiterer Vorteil, den Online-Formate haben können: Beide Veranstaltungen sind weiter im Internet aufrufbar. So können manchmal sogar mehr Menschen erreicht werden als bei einer Präsenzveranstaltung.

BeInterNett nun ganz im Netz

In der Geschäftsstelle waren vor allem die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Theresa Ostertag und Larissa Bothe sehr schnell dabei, neue digitale Wege der Vermittlung zu gehen. Theresa Ostertag leitet das Projekt „BeInterNett", bei dem ein junges Netzwerk gegen Hassreden im Internet aufgebaut und begleitet wird.

Theresa Ostertag: „Wir hatten alles so schön geplant und dann kam Corona ..." Dies war ein Satz, den das Projektteam von BeInterNett im April dieses Jahres häufig verwendet hat. BeInterNett ist ein Projekt, in dem mit jungen muslimischen Erwachsenen neue Strategien gegen Hate Speech im Internet entwickelt werden sollte. Der Projektauftakt war für Mitte April im schönen Weimar geplant. „Und dann kam Corona ..." Nach einer kurzen Phase der Verzweiflung nahmen wir Kontakt mit Heldenrat auf. Das sind Expertinnen und Experten in der Konzeption und Moderation von Online-Veranstaltungen, die uns von Anfang an gut unterstützten. Sie gaben uns neuen Mut und Vertrauen, dass wir unsere aufwendige Veranstaltung mit hohem partizipativen Charakter, bei der die Teilnehmenden selbst ein Workshop-

Konzept entwickeln sollten, auch online umsetzen können.

Im Nachhinein können wir sagen: So schwer war es nicht. Die Unterschiede zwischen Offline- und Online-Veranstaltungen sind nicht so groß, wie wir vorher gedacht hatten. Die wichtigsten Tricks und Kniffe waren schnell erlernt, die Technik war relativ günstig und nach kurzer Zeit vertraut. Den größten Schritt haben wir damit gemacht, die Hürde in unseren Köpfen zu überwinden, indem wir das vertraute Terrain der Präsenzveranstaltung verließen und etwas Neues wagten. Dem Projekt hat es nicht geschadet – ganz im Gegenteil. Sein inhaltlicher Fokus lag bereits vorher auf dem Internet, jetzt haben wir unsere Methodik dem angepasst."

Kommunikationstraining online? Ein hartes Brett

Beim ARGUTRAINING WIeDERSPRECHEN FÜR DEMOKRATIE sah das anders aus. Das Kommunikationstraining für den Umgang mit diskriminierenden und ausgrenzenden Äußerungen war in den vergangenen Jahren von zahlreichen Schulen und weiteren Einrichtungen gebucht worden, viele Coaches und Peercoaches wurden ausgebildet, um Trainings vor Ort umzusetzen. Das Projektteam um Larissa Bothe stand und steht hier vor besonderen Herausforderungen. Larissa Bothe aber fand Werkzeuge, die wichtige Kommunikationsfähigkeiten online vermitteln können. Unterstützung erhielt sie aus dem Team auch von Julia Wolrab, die aus einem anderen Projekt schon viele Erfahrungen mit „Blended Learning" gesammelt hat, also einer Kombination aus Präsenz- und Online-Bildungsformaten.

Foto: fotostudioneukoelln.de

Julia Wolrab: Es waren nur wenige Tage nach dem Corona-Lockdown im März vergangen, da erreichten uns die ersten Anfragen: Aufgrund der Corona-Situation mussten viele Vereine und Einrichtungen

Screenshot: Liane Czeremin

Christoph Heubner in seiner Live-Lesung.

Veranstaltungen und Workshops absagen, die zu den Themen „Demokratieförderung" und „Kommunikationstraining" vor Ort geplant waren. Wie sollten sie mit dieser Unsicherheit umgehen, ob und wann die Veranstaltungen nachgeholt werden können? „Kann die Arbeit für uns nun überhaupt weiter gehen?" „Gibt es digitale Alternativen?" Wir haben uns daraufhin auf den Weg gemacht und das Argutraining ins Digitale „übersetzt". Das Argutraining ist ein Kommunikationstraining, das, ursprünglich für Jugendliche konzipiert, eigentlich an einem ganzen Schultag vor Ort stattfindet. Wir mussten nun überlegen, welche Methoden aus dem Training sich überhaupt für den digitalen Raum eignen. Wie könnten wir es schaffen, den Online-Workshop so interaktiv zu gestalten, dass die Teilnehmenden auch nach 90 Minuten noch aufmerksam dabei sind und sich in die Diskussionen einbringen können?

Anfang Juni fand das erste „Schnupper-Training" online statt – eine verkürzte Form des Online-Trainings zum Kennenlernen des Ansatzes und der Vorgehensweise. Bald darauf folgten erste Durchgänge, die wir modulartig in drei mal 120 Minuten für eine überwiegend erwachsene Zielgruppe realisierten. Positive Rückmeldungen und der Wunsch, noch mehr digitale Methoden zu kennen, motivierten uns zum Weiterdenken und -entwickeln. Mit jedem neuen Online-Workshop werden wir gelassener, denn eines ist klar: Irgendetwas klappt meistens nicht. Da wir gerade in diesen Zeiten jedoch alle Lernende sind, können die Teilnehmenden und wir einander prima unterstützen.

Online-Austausch und Ideenfindung

Im Fachbereich Geschichte und Erinnerung bilden in diesem Jahr die Themen Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft (wieder) Schwerpunkte in der Arbeit. Es waren mehrere Fachgespräche geplant, die dazu dienen sollten, einen Überblick über die wissenschaftliche Forschung anderer Einrichtungen zu vermitteln und gemeinsam Ideen zu entwickeln.

Die wissenschaftliche Referentin Ruth Wunnicke berichtet: „Kann man ein mehrstündiges, moderiertes Fachgespräch mit Expertinnen und Experten auch online durchführen? Ja, es geht! Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" sollten im April und Mai in vier Fachgesprächen je vier bis sechs Experten aus ganz Deutschland miteinander über Migrationsgesellschaft, Transformation und demokratische Kommunikation in den Austausch treten. Die Idee dieser Gespräche ist das Zusammentragen verschiedener Expertisen zu einem Thema, intensiver Austausch in einer geschlossenen Gruppe von Fachleuten und die (Weiter-) Entwicklung neuer Ideen. Die Verlegung der Gespräche ins Netz verlief problemlos. Zu jedem Zeitpunkt waren bereits alle Teilnehmenden und Moderatoren mit Online-Konferenzen sowie dem Umgang mit digitalen Kommunikationsräumen vertraut. Die geplanten sechs Stunden pro Gespräch wurden auf zwei bis drei Stunden gekürzt und wir erlebten digital engagierte und ertragreiche Diskussionen. So engagiert, dass sich eine Expertengruppe auf eigenen Wunsch bereits ein zweites Mal traf – digital.

Im September stehen wir vor einer weiteren Herausforderung: dem jährlichen Vernetzungstreffen. Da Tagungen mit 50 Teilnehmenden in geschlossenen Räumen entweder noch verboten oder mit besonderen Hygienevorschriften belegt sind, entschieden wir uns schon im Juni für eine hybride Variante des Treffens. 30 Menschen werden sich im September zwei Tage lang vor Ort in Leipzig wie gewohnt zu Vorträgen, Debatten und Workshops treffen. Parallel dazu treffen sich rund »

» 40 Teilnehmende digital in moderierten Chats. Punktuell werden beide Gruppen im Live-Chat miteinander verbunden sein, können gemeinsam an Vorträgen und Podien teilnehmen und miteinander diskutieren. Für uns als Organisatoren bedeutet es, in zwei Vorbereitungsgruppen zu arbeiten. Die einen bereiten das Treffen vor Ort in Leipzig vor. Die anderen testen technische Möglichkeiten und Methoden zur digitalen Durchführung und Begleitung von Vernetzung, Austausch und inhaltlichen Workshops. Sie profitieren bereits von den verschiedenen Erfahrungen, die wir in den vergangenen Monaten gesammelt haben. Dieses Team wird nicht in Leipzig sein, sondern vom Büro in Berlin aus die digital Teilnehmenden begleiten. Für die Schnittstellen zwischen Leipzig und der digitalen Gruppe – die erwähnten Podien und Diskussionen via Live-Chat – bekommen wir Unterstützung durch die Berliner Medienfirma ‚digitale pfade'.

Die bereits vorliegenden Anmeldungen zum Vernetzungstreffen zeigen überwiegend den Wunsch nach persönlicher Teilnahme. Der digitale Raum ersetzt eben doch kein persönliches Treffen. Aber im Augenblick hilft er uns, Hürden zu überwinden und wenigstens virtuelle Brücken zu bauen."

Auch Lesungen funktionieren online

Dies galt auch für eine gemeinsame Veranstaltung von Geschäftsstelle und Regionalen Arbeitsgruppen in Kooperation mit dem Internationalen Auschwitz Komitee (IAK).

Foto: privat

Liane Czeremin, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit, sagt: „Mit einer Vorlaufzeit von nur zwei Wochen von der Idee bis zur Umsetzung wurde eine Online-Lesung aus dem aktuellen Buch ‚Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen' von Christoph Heubner organisiert (siehe Rezension Heft 104/2020). Heubner ist Exekutiv-Vizepräsident des IAK und Mitglied im Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Hier wurde die Flurnachbarschaft beider Einrichtungen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand genutzt, um aus mehreren Büroräumen – sowie aus Frankfurt am Main, wo Andreas Dickerboom zugeschaltet war – live auf Youtube zu streamen. Das positive Fazit: Auch online kann das Gefühl entstehen, bei einer Veranstaltung wirklich dabei zu sein. Und dennoch, die Erfahrung einer realen Begegnung bleibt etwas anderes. Und so zeigten nach der Lesung Regionale Arbeitsgruppen gleich Interesse, mit Christoph Heubner vor Ort Lesungen zu veranstalten, wenn dies wieder möglich ist."

Auch die Lesung ist online noch abrufbar unter *youtube.de/gegenvergessen*. Gern sind die Mitglieder der Geschäftsstelle bereit, ihre bisherigen Erfahrungen weiterzugeben, wenn Interesse an ähnlichen Veranstaltungen besteht. ■

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog. Lassen Sie sich inspirieren von den bisher erschienenen Texten auf www.demokratiegeschichten.de und wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle: Annalena Baasch, *baasch@gegen-vergessen.de*

DER BLOG
demokratiegeschichten.de

Interview

„Zum Dialog gibt es keine Alternative."

Hans Sarkowicz ist Programmleiter bei hr2 vom Hessischen Rundfunk und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zuhören. Für sein Feature „Geheime Sender – der Rundfunk im Widerstand gegen Hitler" erhielt er 2017 den Deutschen Hörbuchpreis. Zuletzt erschien unter seiner Herausgeberschaft „Es lebe unsere Demokratie. Deutsche Reden von 1945 bis heute". Andreas Dickerboom befragte ihn im Mai im Live-Video über die Kultur des Zuhörens. Das Interview wurde über den YouTube-Kanal von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. übertragen und ist dort weiterhin abrufbar. Hier finden Sie eine gekürzte schriftliche Version des Gesprächs.

Herr Sarkowicz, Sie sind Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zuhören. Schirmherr ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Was ist das Ziel der Stiftung?
Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass die Fähigkeit zuzuhören abnimmt. Zuhören ist eine Kulturtechnik, die es aus unserer Sicht zu fördern gilt. Zuhören darf man nicht mit Hören verwechseln. Wir hören den ganzen Tag. Dabei sortieren wir aus. Das heißt, wir hören vieles nicht mehr. Zuhören ist hingegen eine bewusste Hinwendung. Ich trete mit einem Menschen in einen sozialen Kontakt, ich nehme ihn ernst. Ich kann aber zum Beispiel auch einem Konzert bewusst zuhören. Das heißt, Zuhören ist ein aktiver Akt, während Hören oft passiv stattfindet. Die Stiftung Zuhören plädiert dafür, sich das Zuhören wieder bewusster zu machen, und fördert dies mit verschiedenen Initiativen und Projekten für Kinder, zum Beispiel mit Hörclubs oder dem Programm „Lilo Lausch".

Zuhören in der zwischenmenschlichen Kommunikation hat viel mit Empathie zu tun. Ist uns die Fähigkeit des Zuhörens ein Stück weit verloren gegangen?
Bewusstes Zuhören konkurriert heute mit vielen Formen des Hörens, des Sehens und der Medienwahrnehmung. Wir merken aber, wenn wir in den Hörclubs mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, dass man dieses Zuhören trainieren kann und dass sich dadurch eine Welt öffnet, die sonst verloren zu gehen scheint. Die Erfahrung eines gelungenen Dialogs ist auch für Kinder und Jugendliche sehr schön. In Kommunikationskanälen wie Twitter, SMS oder WhatsApp kann man die aber immer seltener machen.

Im aktuellen Buch von Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun – „Die Kunst des Miteinander-Redens" –

Foto: © hr/S. Reimold

Hans Sarkowicz, Programmleiter von hr2

spricht Pörksen von der *„Empörungsdemokratie des digitalen Zeitalters"*. Die neuen Formen der Medienrezeption scheinen das Zuhören nicht unbedingt zu fördern. Sie sind Programmleiter beim Hörfunk des Hessischen Rundfunks. Nimmt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Verantwortung noch ausreichend wahr?
Mein Eindruck ist, dass gerade die öffentlich-rechtlichen Medien diese Empörung eben nicht mitmachen, sondern versuchen, möglichst sachlich und genau zu informieren. Interessanterweise werden wir, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, in Corona-Zeiten als zuverlässig und neutral wahrgenommen und gewinnen beim Publikum an Zustimmung. Bei uns wird gerade jetzt alles doppelt und dreifach geprüft, damit wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen müssen, Fake News zu senden.

Welche Rolle spielen Fake News für den Akzeptanzverlust von Medien?
Die AfD hat hier in der Vergangenheit Themen gesetzt, die der Überprüfung nicht immer standhielten. Es gab einen Akzeptanzverlust der klassischen Medien, aber ich glaube, das ändert sich momentan ein bisschen. Die Menschen sind gerade jetzt daran interessiert, Nachrichten zu erhalten, denen sie glauben können. Im Moment sehe ich also eher eine positive Entwicklung. Aber natürlich wissen wir nicht, was in den Zeiten nach Corona sein wird.

Nun erleben wir seit Jahren einen Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Dieser äußert sich nicht nur verbal, sondern zunehmend durch physische Gewalt. Muss man mit allen reden, auch mit Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten?
Beim Zuhören differenzieren wir nicht nach politischer Haltung. Die Politikwissenschaftlerin Andrea Römmele hat dazu in der Frankfurter Rundschau (Mai 2019) einige bemerkenswerte Äußerungen getätigt. Nach Römmele polarisiert sich unsere Gesellschaft zunehmend und verliert ihre Diskursfähigkeit. Die Bereitschaft, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, sinkt. Stattdessen zieht man sich in eigene Echokammern zurück. Verlässt man diese, setzt man nicht auf die Waffe des Arguments, sondern versucht den politischen Gegner zum Schweigen zu bringen. Das sagt Römmele. Auch ich denke, wir können den Diskurs mit einer solch großen Gruppe der Bevölkerung nicht einfach verweigern, sondern brauchen das Gespräch mit den Sympathisanten der AfD. Ich glaube schon, dass wir eine Chance haben, Menschen mit politischen Sympathien nach rechts dazu zu bringen, Menschen mit anderen Meinungen zumindest anzuhören. Das wird natürlich nicht bei jedem gelingen. Als Martin Buber 1953 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, hat er über das Gespräch aus der Erfahrung nach Auschwitz geschrieben: *„In ihren menschlichen Menschen müssen die Völker ins Gespräch kommen, wenn der große Friede erscheinen und das verwüstete Leben der Erde sich erneuern soll.* »

» *[…] Der Krieg hat von je einen Widerpart, der fast nie als solcher hervortritt, aber der still sein Werk tut: die Sprache – die erfüllte Sprache, die Sprache des echten Gesprächs, in der Menschen einander verstehen und sich miteinander verständigen."* Also ein klares Plädoyer von Buber für das Miteinander-Sprechen auch mit denen, die man nicht mag! Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als den Dialog zu suchen.

Macht es denn einen Unterschied, ob man es mit offiziellen Vertretern rechter Gruppierungen zu tun hat oder mit deren Wählern und Sympathisanten?
Ich mache da keinen Unterschied. Man muss sich in der Diskussion auch einem Alexander Gauland aussetzen. Das muss man, und das kann man auch aushalten. Man muss sich die Biografien dieser Leute anschauen, um zu sehen, wo man ansetzen kann. Viele Leute sind aus einer bestimmten Form von Enttäuschung heraus in die AfD gegangen.

Ich halte die Stigmatisierung Andersdenkender auf der rechten Seite als „Nazis" für gefährlich. Zum einen ist sie pauschal und unhistorisch, zum anderen führt sie nur zu Abwehr und verhindert jeden Dialog.
Was soll die Alternative zum Dialog auch sein? Die Alternative wäre dann noch stärkere Abgrenzung!

Ist unsere Gesellschaft nicht schon so weit auseinandergedriftet, dass eine auf gegenseitiger Wertschätzung basierende Dialogkultur gar nicht mehr möglich ist? Sind die hehren Ansprüche der Kommunikationswissenschaftler überhaupt praxistauglich?
Wenn man nicht bereit ist, auf die Argumente des anderen einzugehen, funktioniert das nicht. Wenn ich aber darauf eingehe, muss ich mich vorher sehr intensiv damit auseinandergesetzt haben, sonst gehen solche Diskussionen schief. Ich finde es daher gut, dass der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. dazu Argumentationstrainings anbietet. Wir dürfen bei unseren Bestrebungen natürlich nicht von einer hundertprozentigen Erfolgsquote ausgehen. Wenn wir aber von den AfD-Wählern einige erreichen, die sich danach vielleicht doch Gedanken machen, dann ist schon etwas erreicht. Militante Neo-Nazis können wir aber sicher nicht bekehren.

Müssen wir in unserem eher linksliberal geprägten Umfeld ein Stück weit von unserem hohen Ross herunterkommen? Tun wir nicht oft so, als seien wir wunderbar dialogfähig, glauben aber in Wirklichkeit genau zu wissen, was richtig und was falsch ist?
Das ist genau das Problem. Wenn ich die Wahrheit schon gepachtet habe und sie nur noch weitergebe, wird es schwierig. Ich muss mich auf das einlassen, womit ich konfrontiert werde, und mich damit auseinandersetzen. Das andere ist eine Missionarstätigkeit. Sich einzulassen ist schwer und wird auch zu Frustrationen führen. Aber noch einmal mit Verweis auf Martin Buber: Was ist die Alternative zum Dialog? Ausgrenzung wird bei einer Partei wie der AfD mit zweistelligen Wahlergebnissen nicht funktionieren.

Was Sie gesagt haben, möchte ich durch ein Zitat des ehemaligen Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Joachim Gauck bekräftigen. Dieser wurde für sein jüngstes Buch „Toleranz – einfach schwer" zum Teil stark kritisiert. Gauck schrieb in der ZEIT vom 22. April 2020: *„Ich will warnen. Wer diesem Denken folgt, nimmt der offenen Gesellschaft einen ihrer Grundpfeiler: den Pluralismus. Demokratie darf nicht jene ausgrenzen, die von einer Elite, welche sich selbst als progressiv versteht, als nicht progressiv eingestuft werden."*
Ist Gaucks Toleranzbegriff nach rechts zu weit offen?
Gauck kommt ja aus dem kirchlichen Bereich, wo der Toleranzbegriff sehr viel weiter ist als im politischen Bereich. Dort, wo der Extremismus kriminell wird, hört die Toleranz auf. Es muss also Grenzen der Toleranz geben. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dieser hat die Mittel dafür und muss sie auch anwenden. Aber da, wo Diskussionen noch möglich sind, müssen Gespräche geführt werden, und da müssen wir auch einiges aushalten können. Demokratie heißt ja nicht, dass man nur in der Mitte, halb-rechts oder halb-links denken darf. Demokratie lässt das erstmal zu, solange es im Rahmen unseres Grundgesetzes ist. Solange wir uns im demokratischen Spektrum bewegen – und das tun wir auch mit der AfD –, müssen wir miteinander reden können.

Führt die Corona-Krise Politikern vor Augen, dass mehr Zeit fürs Zuhören wichtig ist? Und ist die Krise somit auch eine Chance für die gesamte Gesellschaft, wieder zu einem anderen Modus des Miteinander zu finden?
Ich bin hier auch eher optimistisch. Bei den Demonstrationen rund um „Widerstand 2020" handelt es sich um sehr diffuse politische Vorstellungen, und was dort beschrieben wird, findet bei uns so gar nicht statt. Die Beschränkungen der Freiheit waren in anderen Ländern, etwa Italien, Spanien oder Frankreich, zum Teil viel strikter als in Deutschland. Ich sehe bei Corona eher eine positive Auswirkung. Wir waren vorher in einem unheimlichen Beschleunigungsprozess. Nun wird einem bewusst, was vorher als selbstverständlich verfügbar erschien und nun plötzlich fehlt. Das hat schon bei vielen zu einem Umdenken geführt. Ich hoffe, dass die Politik dies als Chance nutzt, auch was die Ökologiebewegung betrifft. Ich glaube, dass für die Menschen jetzt elementare Dinge, und dazu gehört auch das Gespräch, wieder an Gewicht gewinnen werden. ■

Hans Sarkowicz im live-Interview mit Andreas Dickerboom

Screenshot: Andreas Dickerboom

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main und der Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Südhessen

Linda Mehdi und Lea Speith

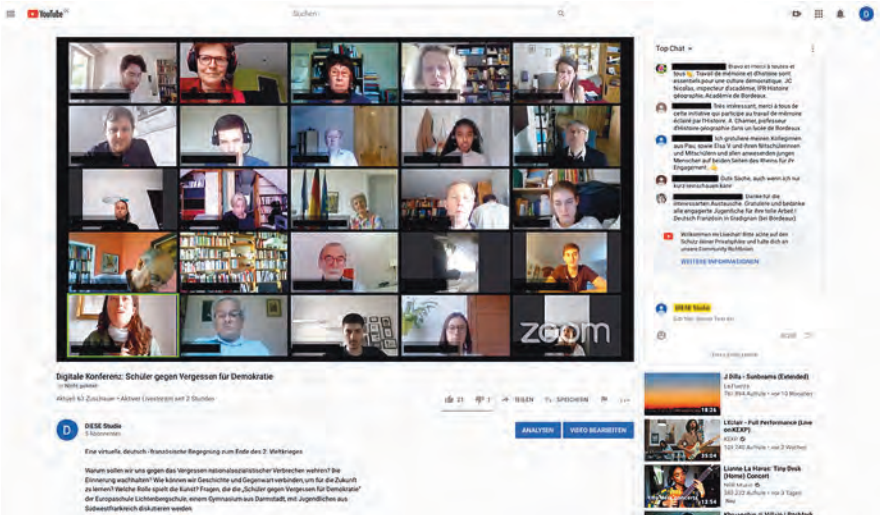
Deutsch-französisches Gedenken virtuell

Zum Jahrestag des Weltkriegsendes fand im Mai eine virtuelle deutsch-französische Vernissage statt – als internationaler Beitrag zu 75 Jahren Kriegsende und zur diesjährigen Europawoche in Corona-Zeiten.

Unter dem Motto „Flucht in die Freiheit. Kunst und Musik im Camp de Gurs (1939–45)“ kamen deutsche und französische Jugendliche aus Hessens Partnerregion Nouvelle-Aquitaine, aus Darmstadt und Erfurt sowie Experten aus beiden Ländern zusammen. Der Titel stammt von einem Gesprächskonzert der Pianistin und Deutsch-Französin Mélina Burlaud mit den Kompositionen der Häftlinge von Gurs.

Die Jugendlichen stellten Auszüge aus ihrer Projektarbeit vor und setzten sich mit dem heutigen und zukünftigen Wachhalten der Erinnerungen und der Rolle der Kunst für die Widerstandskraft von Menschen in schwierigen Lebenslagen auseinander. Zu den Veranstaltern zählte neben dem Begegnungszentrum Château d'Orion die Projekt-Initiative „Schüler Gegen Vergessen – Für Demokratie“ (SGVFD) der Lichtenbergschule Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Koordinierungsrat und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Darmstadt. Gefördert wurde die Konferenz aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Das Camp de Gurs war das größte Internierungslager in der Pyrenäenregion. 1939 wurde es zunächst zur Unterbringung spanisch-republikanischer Flüchtlinge errichtet. Im Rahmen des Zweiten Weltkriegs nutzten die Nationalsozialisten und das Vichy-Regime das Gelände jedoch auch für die Inhaftierung deportierter deutscher Jüdinnen und Juden sowie anderer Gegner des Vichy-Regimes. Nach Schließung des Lagers 1945 geriet es für viele Jahre in Vergessenheit – wortwörtlich wuchs Gras über die Sache. Erst mit der Gründung der Amicale du camp de Gurs änderte sich dies. Heute ist das Gelände eine Gedenkstätte, welche die Erinnerungen an diese Zeit und die dort Internierten wachhält.



Screenshot: Margit Sachse

Screenshot von der Youtube-Seite mit der deutsch-französischen Videovernissage vom 8. Mai 2020.

Moderiert wurde die Vernissage von Elke Jeanrond-Premauer und den Abiturienten Daniel Stjepanovic, Annika Mühlhäuser und Bastian Farag. Technischer Regisseur war Tobias Schafroth. Die Schülerinnen und Schüler der Lichtenbergschule Darmstadt, darunter Ehemalige (Fatima Haji), stellten Projektarbeiten wie ihre App „Jewish Footprints“ (Niklas Huthmann) und die zusammen mit der TU Darmstadt entwickelte Webapp „Digitale Spurensuche“ (Dr. Florian Müller) vor. Aus Erfurt berichtete die Schülerin Emilia Mönch von den „Synagogenguides“ des Evangelischen Ratsgymnasiums. Die mit dem Camp de Gurs befassten Vertreter des Lycée Jules Supervielle in Oloron sowie die Abibac-Schülerinnen und -Schüler des Lycée Louis-Barthou im französischen Pau berichteten eindrucksvoll über ihre Arbeit und Ausbildung.

Im Laufe der virtuellen Begegnung gaben Experten wie der Historiker Prof. Claude Laharie oder die Künstlerin Mélina Burlaud Auskunft über ihre langjährige Arbeit, zeigten Ausschnitte aus dem genannten Gesprächskonzert und aus Filmen von Pierre Vidal und Anatoli Nat Skatchkov. Sie führten den Teilnehmenden vor Augen, welche Rolle die Kunst für den Überlebenswillen der Gefangenen im Internierungslager spielte. Auch stellten die Akteure ihre Motivation für das persönliche Engagement vor, betonten die Bedeutung der länder- und generationenübergreifenden Zusammenarbeit zur Aufarbeitung der Geschehnisse und präsentierten die Geschichte von Verfolgten wie Liese Juda (präsentiert von Hasset Gessese), Lisa Fittko und Hannah Arendt.

Die Zeitzeugen Hanna Skop und Dr. Bernhard Posner aus Dänemark, die deut- »

» sche Generalkonsulin Verena Gräfin von Roedern in Bordeaux, die Senatorin Denise Saint-Pé sowie die hessische Staatsministerin Lucia Puttrich (mit Videobotschaft) waren Ehrengäste der virtuellen Begegnung. Bernhard Posner, der zusammen mit seiner Familie als Kind nach den Novemberpogromen aus Darmstadt fliehen musste, machte deutlich, dass für ihn das Vermitteln und Wachhalten der Geschichte durch junge Menschen die wichtigste Aufgabe bei der zukünftigen Stärkung und Sicherung der Demokratie sei. Alle Mitwirkenden sollen sich dieser Aufgabe stellen und andere dazu motivieren, sich aktiv zu beteiligen.

Gelobt wurde besonders, dass sich trotz der aktuellen Situation so viele Menschen aus verschiedenen Wirkungskreisen, Generationen und Ländern live miteinander austauschen konnten. Ursprünglich war ein mehrtägiges Treffen im Chateau d'Orion und im Camp de Gurs geplant. Aufgrund der Gefahr durch Covid-19 musste diese Jugendbegegnung am Gedenkort abgesagt werden. Zur nächsten Europawoche ist ein Jugendkongress vor Ort geplant, um dies nachzuholen.

In Zukunft soll es weitere Konferenzen geben, in denen transnationale und interkulturelle Aspekte der Erinnerungskultur und der Geschichte beleuchtet werden.

Der Videokongress am 8. Mai war eine gelungene Einladung für viele Jugendliche und Experten, sich aktiv an der Diskussion über die Zukunft der Erinnerungen zu beteiligen. Als Zuschauerinnen und Zuschauer möchten wir uns dafür bei den Veranstaltern, Beitragenden, Moderatoren, Filmemachern und der Simultandolmetscherin Gabrielle Wennemer bedanken. Ein besonderer Dank geht an Elke Jeanrond-Premauer und Margit Sachse für die Organisation dieses internationalen Videokongresses unter Pandemie-Bedingungen. ■

Lea Speith und **Linda Mehdi** sind Abiturientinnen der Lichtenbergschule Darmstadt und Mitglieder in der Projektinitiative „Schüler Gegen Vergessen – Für Demokratie".

Lea Speith, Margit Sachse und Carolin Willershausen

In einer Schleife der Gewalt

Grit Poppe und Kathrin Begoin beeindrucken an zwei hessischen Schulen mit Lesungen, Musik und Zeitzeugengespräch zum DDR-Jugendwerkhof Torgau.

Bereits ihre Lektüreerfahrungen mit dem Jugendbuch „Weggesperrt" von Grit Poppe beurteilten Realschüler der neunten Klasse der Paul-Gerhardt-Schule in Hanau (PGS) als „voll krass". Als sie zum Abschluss der Lektüresequenz die Autorin Grit Poppe und die Zeitzeugin Kathrin Begoin dann persönlich erleben konnten, waren die Jugendlichen sichtlich beeindruckt. So ein Vorgehen war Neuland für Schüler wie Lehrkräfte – das hatte es in der Schulgeschichte noch nicht gegeben. Es wurde möglich durch die tatkräftige Unterstützung von RAG-Sprecher Andreas Dickerboom aus Rhein-Main und über die Kooperation mit der Lichtenbergschule in Darmstadt (LuO), in der die beiden Zeitzeuginnen ebenfalls zu Gast waren.

Foto: SGVFD, Margit Sachse

Schülermoderator*innen Lea Speith und Daniel Stjepanovic

Im Vordergrund an der Paul-Gerhardt-Schule standen die Lesung der Autorin und eine anschließende Begegnung mit Kathrin Begoin. Beteiligt waren Schülerinnen und Schüler von neunten und zehnten Klassen des Gymnasiums und der Realschule sowie begleitende Lehrkräfte. An Kathrin Begoins Bericht erstaunte die Offenheit, mit der sie über ihre traumatischen Erlebnisse berichten konnte. „Ich hätte nicht den Mut, über solche Erfahrungen in der Öffentlichkeit zu erzählen", bekannte ein Schüler am nächsten Tag. Weitere Jugendliche aus anderen Klassen meldeten zurück, von solchen Heimen in der DDR, wie sie im Buch Erwähnung finden, gar nichts gewusst zu haben. „Cooler als Geschichts-

Foto: SGVFD, Margit Sachse

Blick in das Plenum der Lichtenbergschule Darmstadt: Lesung und Zeitzeugengespräch mit Grit Poppe und Kathrin Begoin

unterricht", war ein häufig geäußertes Fazit genauso wie das Bedauern, für Gespräch und Fragen nicht noch mehr Zeit gehabt zu haben. Eine gelungene Premiere also, die den Schülern Appetit auf mehr macht – und bei einer Lehrkraft Mut und Motivation weckt, eine solche Veranstaltung wieder zu wagen!

Wiedersehen an der Lichtenbergschule

An der Lichtenbergschule war Poppe bereits 2014 im Rahmen der Europawoche mit dem Zeitzeugen Stefan Lauter zu Gast gewesen. Durch Kooperation mit der Hanauer Schule, dank Vermittlung durch Andreas Dickerboom und mit Unterstützung des koordinierenden Zeitzeugenbüros der Gedenkstätte Hohenschönhausen konnte erneut eine Veranstaltung für mehrere Geschichtsgrundkurse des Abschlussjahrgangs und für eine achte Klasse angeboten werden. Mittelpunkt bildeten hier die Lieder der Zeitzeugin Begoin, die ihr und anderen geholfen hatten, menschenunwürdige Haftbedingungen im Jugendwerkhof Torgau zu überstehen. Deren Bedeutung hob sie wiederholt in Wort und Musik deutlich hervor.

Mitglieder der Projektinitiative „Schüler gegen Vergessen – Für Demokratie" der Lichtenbergschule moderierten die Veranstaltung, die mit einem musikalischen Beitrag der Zeitzeugin begann. Nach der eingebetteten Lesung von Grit Poppe übergaben die Moderatoren Daniel Stjepanovic und Lea Speith das Mikrofon an drei Achtklässlerinnen, die das Jugendbuch gelesen und, angeleitet von Lehrerin Rieke Wierig, Fragen an die Autorin formuliert hatten. In ihren Antworten beschrieb Grit Poppe ihre intensive Zusammenarbeit mit ehemaligen Inhaftierten. Deren Geschichten reicherte sie später fiktional an und gab so den Opfern eine Stimme.

Berührende Leidensgeschichte

Abiturientin Lea Speith erläuterte, wie sehr sie es berührte, die Leidensgeschichte von Kathrin Begoin zu erfahren: *„Kathrin Begoins Eltern sorgten sich um ihre pubertierende Tochter und suchten Hilfe bei offiziellen Institutionen, der sogenannten ‚Jugendhilfe' der ehemaligen DDR. Statt ihr zu helfen, kam Kathrin in eine Schleife der Gewalt, die sie schlussendlich in den Jugendwerkhof Torgau brachte. [...] Dort angekommen, wurde sie mit dem Kopf zur Wand gedreht und musste stundenlang warten. Nur eine von vielen Methoden, wie die jugendlichen Häftlinge systematisch gebrochen wurden. In Einheitskleidung in ihrer Zelle angekommen, bekam sie einen Zettel, den sie auswendig lernen musste, um Essen zu bekommen. Noch heute kann sie den Text frei aufsagen. Es hatte etwas Schauriges an sich, als sie dies vor uns wiederholte. [...] Erst viele Jahre nach dem Ende der DDR begann Kathrin Begoin über ihre Zeit in Torgau […] zu sprechen. Viele andere schaffen es aufgrund des erlittenen Traumas nicht. […] Kathrin Begoin beweist großen Mut, indem sie ihre Geschichte erzählt und ihre Lieder singt. Im Duo mit der Autorin, die als Mitbegründerin von ‚Demokratie Jetzt!' ebenfalls Wissenswertes über die DDR zu berichten hat, hält sie die Erinnerung an die unzähligen, heute vielleicht noch sprachlosen Opfer wach."*

Der Abiturient Christian Glaser zeichnete Lesung, Songs und Zeitzeugengespräch sowie das anschließende vertiefende Gespräch am runden Tisch mit mehreren Kameras auf. Er produzierte zum Torgaulied „Mauern" von Kathrin Begoin ein Musikvideo, das er auf der Webseite der Schule veröffentlichen wird, um die Geschichte der Opfer des Jugendwerkhofs Torgau auch dort sichtbar zu machen. ■

Lea Speith ist Abiturientin der Lichtenbergschule Darmstadt und Mitglied in der Projektinitiative „Schüler Gegen Vergessen – Für Demokratie". **Margit Sachse** ist Mitglied in der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Fachsprecherin Geschichte an der Lichtenbergschule Darmstadt, Gymnasium Europaschule. **Carolin Willershausen** ist Fachsprecherin Geschichte an der Paul-Gerhardt-Schule Hanau und unterrichtet in der Realschule und am Gymnasium der christlichen Privatschule.

LAG Baden-Württemberg

Annette Simminger

Für ein „neues Wir“

Historiker diskutiert in Schulen über Deutschland als Migrationsgesellschaft

„Jeder ist Migrant“. Mit diesem plakativen Statement warben die Schüler des Carlo-Schmid-Gymnasiums in Tübingen für ihre Veranstaltung mit Jan Plamper. Der Historiker und Professor am Londoner Goldsmiths College stellte sich den Fragen der Schüler zu seinem Buch „Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen“.

In dieser anderen Geschichte erzählt er von deutscher Emigration im 18. und 19. Jahrhundert vor allem nach Amerika und nach Osteuropa. Und er erzählt von den Menschen, die in unterschiedlichen Phasen und Zusammenhängen nach 1945 in Deutschland ankamen. Er benennt mit den Ost-Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg die unglaublich hohe Zahl von 12,5 Millionen Menschen, die innerhalb von sechs Jahren beim Aufbau von BRD und DDR integriert wurden. Dann richtet er das Augenmerk auf die Arbeitsmigration nach Westdeutschland und Ostdeutschland sowie auf den Umgang mit Asyl. Die deutsche Einheit im Jahr 1990 ist eine weitere historische „Epochenschwelle“. Die Öffnung der EU nach Osten macht neue Wanderungen möglich.

Mit dieser breit angelegten historischen Darstellung von Auswanderung und Einwanderung, die aber gleichfalls auch persönliche Einzelschicksale in den Fokus nimmt, untermauert Plamper seine Argumentation und seine Vorschläge, wie wir mit heutiger Migration umgehen könnten. Er lädt dazu ein, gemeinsam Neues zu denken und auszuprobieren.

Die Tübinger Schüler der Kursstufe mit ihrem Lehrer Leo Bader hatten sich Jan Plampers Thesen im Unterricht erarbeitet und wollten wissen: Warum präferiert er das amerikanische Modell der „Salatschüssel“ als Metapher für eine mögliche Form des Zusammenlebens? Was versteht er unter dem Begriff Plus-Deutsche? Wie stellt er sich eine geglückte Willkommenskultur vor? Was ist „das neue Wir“?

Foto: Annette Simminger

Angeregte Diskussion in Tübingen über die Migrationsgesellschaft mit dem Historiker Jan Plamper.

Genau das sind die Fragen, über die der Autor ins Gespräch kommen wollte: mit den Schülern am Carlo-Schmid-Gymnasium in Tübingen am Abend des 2. März 2020 und am Folgeabend mit Schülern am Otto-Hahn-Gymnasium in Nagold.

Auch hier hatten die Schüler der Kursstufe eine Podiumsdiskussion vorbereitet. Auch hier stellte sich der Autor den Fragen der Schüler, las außerdem aus seinem Buch und fragte das Publikum nach persönlichen Erfahrungen. Plamper ist es wichtig zu betonen, dass überall auf der Welt Situationen entstehen können, die eine Flucht notwendig machen. So könnten zum Beispiel Klimaveränderungen dazu führen, dass unsere Kinder oder Enkel einmal zu Flüchtenden werden. Sollten wir nicht allein deshalb versuchen, anständig mit den Menschen umzugehen, die als Migranten zu uns kommen?

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hatte gemeinsam mit den Schulen zu diesen öffentlichen Veranstaltungen kurz vor den Corona-Einschränkungen eingeladen. Für unsere Gesellschaft heute und auch für kommende Generationen wird es eine Herausforderung bleiben, Migration so human wie möglich zu gestalten. ■

Buchenpfehlung:
Jan Plamper
Das neue Wir
Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen
S. Fischer, Frankfurt/Main, 2019
Broschiert , 400 Seiten
ISBN 978-3-10397-283-2 • 20,00 €

Annette Simminger ist Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Rhein-Main

Andreas Dickerboom

Olga Benario: Zeugnisse einer Liebe in unmenschlichen Zeiten

„Die Unbeugsame" heißt ein neues, außergewöhnliches Hörbuch über die kommunistische Freiheitskämpferin Olga Benario. Das Besondere: Es stellt persönliche Briefe Benarios aus der Haft an ihren Lebensgefährten den Akten gegenüber, die die Gestapo über sie angelegt hatte. Ein Kontrast, wie er schärfer nicht sein könnte.

Das Hörbuch-Projekt entstand nach einer szenischen Lesung, die im Frühjahr 2018 im Rahmenprogramm der Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet" über NS-"Euthanasie" im Frankfurter Gallus-Theater stattfand. Die Schauspielerinnen Ute Kaiser, Gabriela Börschmann und der Schauspieler Martin Molitor lasen dort aus den Briefen der Münchner Jüdin und Kommunistin und Gestapo-Dokumenten über sie. Olga Benario hatte fast sechs Jahre in Gestapo-Gefängnissen und Konzentrationslagern verbracht, bevor sie in der „Euthanasie"-Tötungsanstalt Bernburg ermordet wurde.

Nach dieser Lesung habe ich beschlossen, Ute Kaiser bei der Realisierung eines Hörbuchs über diese gleichermaßen bewegenden wie bedrückenden Dokumente mit Fundraising-Aktivitäten zu unterstützen. Zwei Jahre später ist „Die Unbeugsame" nun bei Nemu Records erschienen. Zu den Unterstützern des Projekts zählen neben Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auch die Holger-Koppe-Stiftung, die BGAG-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Olga Benario wurde 1908 in München als jüngstes Kind einer jüdischen Anwaltsfamilie geboren. Schon früh politisch aktiv, wurde sie während der Weimarer Republik als Kommunistin verhaftet und gelangte später mit ihrem damaligen Partner Otto Braun nach Moskau. Dort lernte sie 1934 den brasilianischen Hauptmann und Exilanten Luiz Carlos Prestes kennen, den berühmten Anführer der „1920er tenente Rebellion". Im Auftrag der Komintern reisten Benario und Prestes nach Brasilien und

Quelle: Anita Leocadia Prestes

Das letzte existierende Foto von Olga Benario, von der Gestapo aufgenommen.

wurden schließlich ein Paar. 1936 verhaftete man die beiden nach einem gescheiterten Aufstand gegen das autoritäre Regime in Brasilien.

Die inzwischen schwangere Olga Benario wurde gegen geltendes Recht nach Deutschland ausgewiesen, wo sie im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin ihr Kind Anita Leocádia Prestes zur Welt brachte. Anfang 1938 übergab die Gestapo die Tochter der Großmutter Leocádia Prestes, während Olga Benario ins KZ Lichtenburg verlegt wurde. Von dort ging es 1939 weiter ins KZ Ravensbrück. 1942 wurde sie in der Tötungsanstalt Bernburg vergast. Dies geschah im Rahmen der „Aktion 14f13", bei der nach Beendigung der „Euthanasie"-Morde die entsprechenden Tötungsanstalten genutzt wurden, um sogenannte „arbeitsunfähige Häftlinge" umzubringen. Auch die Mutter und der Bruder Benarios starben in der NS-Zeit in Konzentrationslagern.

Dem Schriftsteller und Filmregisseur Robert Cohen ist es zu verdanken, dass der einzigartige Briefwechsel zwischen Benario und ihrem Partner Luiz Carlos Prestes, Vater des gemeinsamen Kindes, im Buch „Die Unbeugsamen" (Wallstein-Verlag, 2013) veröffentlicht wurde. Wenige Jahre später veröffentlichte der Benario-Biograf unter dem Titel „Der Vorgang Benario" (edition berolina, 2016) Teile ihrer Gestapo-Akte. Laut Robert Cohen ist die knapp 2.000 Blatt umfassende Akte die vermutlich umfassendste Sammlung von Dokumenten zu einem einzelnen Opfer des Holocaust. Die Akten waren erst 70 Jahre nach Kriegsende in Moskau für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Ute Kaiser konzipierte aus den Briefen und Gestapo-Akten das nun vorliegende Hörbuch. Geschickt kontrastiert es den äußerst bewegenden Briefwechsel zwischen Benario und Prestes mit den Akten, die an Kälte und Zynismus kaum zu überbieten sind und von Gabriela Börschmann auch so vorgetragen werden. Im Mittelpunkt der Briefe, die sich beide aus der Gefangenschaft schrieben und die nun Ute Kaiser und Martin Molitor lesen, steht natürlich das Schicksal des gemeinsamen Kindes. Es sind ergreifende Zeugnisse einer Liebe in einer unmenschlichen Umgebung, bis zuletzt von Hoffnung getragen. Was man hört, ist gerade wegen der Konzentration »

Foto: Dr. Holger Koppe

Szenische Lesung mit Ute Kaiser, Gabriela Börschmann und Martin Molitor im Frankfurter Gallus-Theater 2018.

Foto: Guito Moreto

Anita Leocádia Prestes.

auf spröde „76 vollständig unverzierte Minuten" (Frankfurter Rundschau) besonders eindringlich. Das Hörbuch wird durch das 40-seitige Booklet mit Bildern und einem Begleittext von Robert Cohen noch wertvoller.

Ute Kaiser stand für die Konzeption und Realisierung des Hörbuchs nicht nur mit Robert Cohen, sondern auch mit Anita Leocádia Prestes im regen Austausch. Die Tochter von Olga Benario und Luiz Carlos Prestes ist Historikerin, heute 83 Jahre alt und lebt in Brasilien. Besonders bewegend war deshalb die Präsentation des Hörbuchs im Rahmen einer Videokonferenz des Goethe-Instituts Tel Aviv am 6. Juli 2020, bei der Anita Leocádia Prestes zugeschaltet wurde. Dem Hörbuch „Die Unbeugsame" ist in jedem Fall eine weite Verbreitung zu wünschen, zeigt es doch, so Robert Cohen im Begleitheft, nicht nur ein einmaliges Leben, sondern verbindet es zugleich mit den vielen namenlosen Opfern des Holocaust. ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main und der Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Für Fragen, Bestellungen sowie Anfragen zu Lesungen und Rezensionen steht Ute Kaiser zur Verfügung: *utekaiser@gmx.net, www.olgabenario.com*

Die Unbeugsame. Olga Benario in ihren Briefen und in den Akten der Gestapo.
Eine Produktion des deutsch-israelischen Olga-Benario-Projektes.
Mit einem 40-seitigen Booklet und einem Begleittext von Prof. Dr. Robert Cohen.
Nemu Records, Köln 2020
ISBN 978-3-00-064887-8 • 19,00 €
www.olgabenario.de

Klaus Müller

Geschichte einer Heilung

Zum Gedenken an Leslie Schwartz

Am 12. Mai 2020 ist László (Leslie) Schwartz in seinem letzten Wohnort in Miami im Alter von 90 Jahren gestorben. Am 21. Mai wurde er auf dem Mount-Hope-Cemetery in New York beigesetzt. Der am 12. Januar 1930 in der ostungarischen Kleinstadt Baktalórántháza geborene László Schwartz war 14 Jahre alt, als er nach der Besetzung Ungarns durch die Wehrmacht mit seiner ganzen Familie im April 1944 nach Auschwitz deportiert wurde.

KZ-Arbeitssklave mit 14 Jahren

An der Selektionsrampe in Auschwitz belügt er Dr. Mengele über sein Alter, hat Glück und wird nicht ins Gas geschickt. Seine Mutter, seine beiden Schwestern und seinen Stiefvater verliert er aus den Augen und sieht sie nie mehr wieder. Gemeinsam mit seinem etwas älteren Freund Sandor Grosz gelingt es ihm nach kurzer Zeit, mit einem Transport nach Dachau zu entkommen. In den Außenlagern Allach, Mühldorf-Mettenheim und Mittergars muss er bei schlechter Ernährung Schwerstarbeit leisten und magert bis auf 34 Kilogramm ab. In positiver Erinnerung bleiben ihm nur wenige Menschen, darunter Agnes Riesch, die er in Dachau um ein Stückchen Brot bittet. Riesch kann nicht glauben, dass ein 14-Jähriger ein politischer Gefangener sein soll, bis Schwartz ihr die Auschwitz-Häftlingsnummer 71253 auf seinem Arm zeigt. Sie gibt ihm ein Stück Brot („bigger than any slice of bread I had ever seen in a concentration camp", sagt er 2015 in Dachau) und tut dies fortan jede Woche für ein halbes Jahr.

Foto: Ruth Massoth, Darmstadt

Leslie Schwartz umringt von Schülerinnen der Projektgruppe Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie der Lichtenbergschule Darmstadt.

Im Todeszug nach Tutzing

Mehr als 3.600 Häftlinge verfrachtet die SS am 25. April 1945 in Züge, um die Lager zu leeren, bevor die US-Armee eintrifft. Der Zugteil, in dem Leslie eingepfercht ist, bleibt zwei Tage später in Poing stehen, die Wächter öffnen die Türen und sagen den Gefangenen, sie seien frei. Leslie flieht in ein Bauernhaus und trifft auf die Bäuerin Barbara Huber. Sie gibt ihm ein Butterbrot und Milch. Er wird das nie vergessen. Die „Freiheit" in Poing ist aber eine Täuschung. Plötzlich tauchen Hitlerjungen auf und erschießen über 50 von ihnen. Leslie Schwartz erfährt von hinten einen Nackendurchschuss. Die Kugel tritt am Mund wieder aus. Stark blutend wird auch er in den Zug zurückgejagt, der noch bis zum 30. April weiterfährt. In Tutzing öffnen sich die Türen endgültig und Soldaten der US-Armee befreien alle noch Lebenden. In einem Militärlazarett wird Leslie Schwartz operiert, bevor er in das Displaced-Persons-Lager Feldafing eingewiesen wird.

Orientierungslos über seine Zukunft fährt er mit seinem ungarischen Freund Sandor Grozs noch einmal nach Baktalórántháza („my Kuhdorf") – auf der Suche nach Spuren seiner Familie. Es gibt sie aber nicht mehr. Durch einen Glücksfall gelingt es ihm, die Adresse des Bruders seines Vaters in den USA ausfindig zu machen. Im Juni 1946 fährt er mit dem Zug nach Bremen, nimmt von dort ein Schiff in die USA und beginnt mit 16 Jahren ein neues Leben.

Max Mannheimer als Vorbild

Im Jahre 1972 nimmt Leslie Schwartz wieder Kontakt nach Deutschland auf. Er will sich vor allem mit den Menschen treffen, die ihm in der größten Not geholfen haben – zum Beispiel Agnes Riesch, die sich gut an ihn erinnern kann. Menschen wie sie waren für ihn „das kleine Licht im Dunkeln", das ihm Hoffnung gab.

Als er 2010 in Poing an der Einweihung eines Denkmals teilnimmt, das an die 54 ermordeten Häftlinge erinnert, erfährt er, dass sich Heinrich Mayer – Geschichtslehrer am Franz-Marc-Gymnasium in Markt Schwaben – mit seinen Schülerinnen und Schülern mit der Geschichte dieses Todeszuges beschäftigt. So entsteht zwei Jahre später ein 45-minütiger Dokumentarfilm des Bayerischen Rundfunks „Der Mühldorfer Todeszug" mit Leslie Schwartz als Zeitzeugen. »

» 2010 trifft Leslie Schwartz auch Max Mannheimer nach 65 Jahren erstmals wieder. Beide waren in Dachau und Mühldorf inhaftiert, hatten sich aber aus den Augen verloren. Eine innige Freundschaft zweier Überlebender entsteht, die bis zum Tod von Max Mannheimer 2016 anhält. „My friend Max" wird für Leslie zum großen Vorbild als Holocaust-Educator, der ihm immer wieder neue Energie gibt.

Berührende Holocaust-Education

In Gesprächen mit der jungen Generation, die Leslie Schwartz oft als Heilungsprozess bezeichnet hat, entstand eine Atmosphäre höchster Aufmerksamkeit und intensiven Zuhörens. Die Diskriminierungen, die er als 14-jähriger Jude in seiner Heimat in Ungarn erlebte; seine Erzählung über die Angst an der Rampe in Auschwitz, von der alle wissen, dass es dabei um Leben und Tod ging; seine liebevolle Hinwendung zu den wenigen Menschen, die dem abgemagerten Jungen in Dachau und Mühldorf das Überleben ermöglicht hatten; und sein Lebensmut zum Beispiel in dem Moment, als ein Hitlerjunge ihm in Poing in den Nacken schießt, ihn töten will, wenn er nicht aufsteht, und er sich blutüberströmt aufrichtet – all das faszinierte die Jugendlichen. Es beeindruckte sie nicht nur aufgrund der vielen Einzelheiten, sondern wegen der Art und Weise, in der Schwartz erzählte, in der kein Hass sichtbar wurde, sondern die Botschaft: „Seht her – ich habe überlebt, denn ich wollte leben. Never again. Love is stronger than hate." In die Rolle als Erzähler über den Holocaust war Leslie Schwartz langsam, aber mit großer Überzeugung hineingewachsen – getragen von dem Gedanken, „that telling the world what happend is crucial for the future of mankind" (so Karen Thisted, seine dänische Koautorin, die ebenfalls dieses Jahr gestorben ist). Es waren Erzählungen, die uns fehlen werden.

Mit Leslie Schwartz vor der Menora auf dem Platz vor der Gedenkstätte der ehemaligen Liberalen Synagoge in Darmstadt.

Foto: privat

Foto: privat

Leslie Schwartz mit Schülerinnen im Neuen Gymnasium Rüsselsheim und Klaus Müller (l.).

Leslie Schwartz hat viele Hunderte von Jugendlichen – Schülerinnen, Schüler und Studierende –, aber auch Erwachsene zutiefst berührt und ihnen einen ganz besonderen Zugang zum Holocaust ermöglicht. Eine von ihnen ist Fatima Haji, die hier ihre persönlichen Erinnerungen an Leslie Schwartz festgehalten hat. ■

Klaus Müller ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen und Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Fátima Haji: Ein Wunsch von Leslie Schwartz

Ich lernte Leslie Schwartz im September 2016 kennen. Damals war ich 16 und hatte mich nie zuvor außerschulisch mit Erinnerungskultur auseinandergesetzt. Es war gerade ein Jahr her, dass wir die Nazi-Vergangenheit im Rahmen des Geschichtsunterrichts bearbeitet hatten. Mir war bewusst, welch grausames Schicksal manch Holocaust-Überlebender erlitten haben musste, aber nicht, wie es ihnen heute ergeht, wie sie ihr Leben zu meistern versuchen und wie sehr sie von ihrer schrecklichen Geschichte tagtäglich eingeholt werden.

Ich hatte wohl die Millionenzahlen vor Augen, aber ich sah nicht die Gesichter dahinter. Das alles änderte sich schlagartig durch die Begegnung mit Leslie Schwartz. Durch ihn bekam ich eine völlig andere Perspektive auf die NS-Geschichte Deutschlands. Einem Zeitzeugen begegnet man nicht alle Tage, und leider wird die Chance dafür immer geringer.

Foto: privat

Fátima Haji

Geschichtsbücher können solche Erfahrungen nicht vermitteln. Sie können nicht so greifbar erzählen wie Leslie Schwartz, wenn er zum Beispiel berichtet, wie er einen Schuss am Hals erlitt und schließlich von amerikanischen Truppen gerettet wurde.

Diese Geschichte lässt einen nicht gleichgültig bleiben. Es sind die Gefühle, die man niemals nachempfinden kann und die dieser Begegnung ihre Einzigartigkeit verleihen. Das und die liebenswürdige Persönlichkeit von Leslie Schwartz machten es mir von diesem Zeitpunkt an unmöglich, die Thematik eine rein theoretische sein zu lassen. Deshalb entschied ich mich, die Geschichten lebendig zu halten und sie über die Schule hinaus mit meinen Mitmenschen zu teilen.

Ich war und bin fasziniert von dem Mut und der Stärke, die Leslie Schwartz aufgebracht hat, um uns seine Geschichte zu erzählen. Auch vier Jahre später habe ich diesen Tag noch klar vor Augen und kann deutlich die menschliche Wärme spüren, die er ausstrahlte – trotz der erlittenen Kälte als Verfolgter des NS-Regimes in seiner Jugend. Seit diesem Moment habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, dabei zu helfen, etwas gegen die Gleichgültigkeit

Foto: Florian Schreiber

Leslie Schwartz nach einer Vortragsveranstaltung am Goethe-Gymnasium Bensheim.

Foto: Margit Sachse

Fátima Haji im Margit-Horvath-Zentrum in Mörfelden-Walldorf – eine Erinnerungsstätte an das KZ-Außenlager Walldorf bei Frankfurt

vieler Menschen zu tun. Eine theoretische Auseinandersetzung genügt bei Weitem nicht, um vor so einem grausamen Geschehen wie dem Holocaust in Zukunft bewahrt zu bleiben. Es braucht ein aktives Erinnern und viel Arbeit, um die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Leslie Schwartz hatte einen Wunsch. Er geht aus dem Gedicht „The Legacy" hervor, das er häufig vortrug: „Raise up your voice and then raise your fist. And tell the world: Never again!" (Erhebe deine Stimme und dann hebe deine Faust. Und sage der Welt: Nie wieder!") Dafür, diesen Wunsch zu erfüllen, sind viele engagierte Menschen nötig. ■

Fátima Haji, Abiturjahrgang 2019, studiert Jura an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und war Mitglied der Projektgruppe „Schüler gegen Vergessen – Für Demokratie" (SGVFD) an der Lichtenbergschule Darmstadt.
Auf der Seite schueler-gegen-das-vergessen.de ist ein Youtube-Video über das Projekt mit Leslie Schwartz verlinkt.

Edmund Mannes

Willi-Ohlendorf-Preis für Josef Pröll

Die SPD-Stadtratsfraktion Bobingen hat dem Dokumentarfilmer Josef Pröll den Willi-Ohlendorf-Preis 2020 verliehen. Josef Pröll erzählt und zeigt nicht zuletzt in seinen beiden Dokumentarfilmen „Anna, ich hab Angst um dich" und „Die Stille schreit" die Geschichte jüdischer Familien in Augsburg und Umgebung, die in der Nazizeit alles verloren haben. Er kämpft nicht nur gegen das Vergessen, sondern auch gegen einen wieder erstarkenden Judenhass und die fortgesetzte Diskriminierung von Juden seit dem Zweiten Weltkrieg.

Josef Pröll ist unter anderem Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau, Bildungsreferent der Jugend- und Erwachsenenbildung der IG Metall,

Foto: Elmar Knöchel, SPD Bobingen

Edmund Mannes überreicht Josef Pröll den Willi-Ohlendorf-Preis

Referent der KZ-Gedenkstätte Dachau und Mitglied im Verein Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. Er führt die Tradition des Widerstands fort und verschafft den Opfern von damals Gehör.

In Würdigung besonderer Verdienste im Einsatz für Meinungsfreiheit, Demokratie und Solidarität unter den Menschen und Völkern ehrt die SPD-Stadtratsfraktion Bobingen seit 2007 herausragende Persönlichkeiten mit dem von ihr gestifteten Willi-Ohlendorf-Preis. Die zu ehrenden Personen sollen sich durch besondere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Lebensraumes verdient gemacht haben: durch demokratisches Engagement und Zivilcourage, über politischen, gesellschaftlichen und »

» sozialen Einsatz oder in der historischen Forschung bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Dritten Reiches, insbesondere der Themenkreise Widerstand, Juden, Sinti und Roma, andere Verfolgte, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.

Willi Ohlendorf stellte sich bedingungslos gegen die nationalsozialistische Diktatur und den heraufziehenden Krieg. Er arbeitete als Ingenieur bei der IG-Farben-Fabrik in Bobingen und war Mitglied im „Internationalen Sozialistischen Kampfbund". 1938 wurde er nach einem Propaganda-Prozess zu sechs Jahren Zuchthaus mit Zwangsarbeit verurteilt. Danach kam er als Schutzhäftling über das KZ Dachau ins KZ Gandersheim-Brunshausen, wo er entkräftet und krank am 26. November 1944 starb.

Die Laudatio hielt Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Sie sagte, wie wichtig es sei, immer wieder an den Mut von Menschen zu erinnern, die dem Treiben der Nazis von Anfang an skeptisch gegenüberstanden. „Menschen, die ihre Überzeugung und Menschlichkeit über ihr eigenes Wohlergehen stellten. So ist der diesjährige Preisträger nicht nur ein würdiger Preisträger, sondern auch Stellvertreter für eine ganze Familie, deren Mitglieder alle diesen Preis verdient hätten." ■

Edmund Mannes ist Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Bobingen.

Im Einsatz für Versöhnung

Gedenken an das fast vergessene Massaker am Pont Lasveyras

Das Massaker von Pont Lasveyras in der Gemeinde Beyssenac im Limousin am 16. Februar 1944 gehört bisher zu den wenig beachteten deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich. Fritz Körber, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Altbürgermeister von Schwaig in Mittelfranken, hält seit Jahrzehnten einen engen Kontakt in die Region, in der auch Oradour sur Glane liegt. Während das Massaker von Oradour auch wegen der Aktivitäten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mittlerweile mehr Aufmerksamkeit in Deutschland erhalten hat, gilt dies für Pont Lasveyras nicht. Der Ort war im Februar 1944 Schauplatz eines Massakers an 34 jungen Franzosen, die sich hier versteckt hatten.

Auch in diesem Jahr war am Gedenktag neben der deutschen Generalkonsulin Verena Gräfin von Roedern aus Bordeaux und der französischen Staatssekretärin Geneviève Darrieussecq Fritz Körber zu den Gedenkfeiern eingeladen. In Abstimmung mit Bezirkstagspräsident Armin Kroder legte er am Mahnmal ein Blumenbukett für den Bezirk Mittelfranken nieder. 1983 war Körber zum ersten Mal als Bezirksrat ins Limousin gefahren. Den Kontakt ließ er seitdem nie abreißen. Mittlerweile nennen ihn einige deshalb „Außenminister des Bezirks Mittelfranken".

Foto: privat

Fritz Körber (l.) aus Schwaig bei der Gedenkfeier zum Massaker von Pont Lasveyras.

Fritz Körber sagte in diesem Februar: „Wir gedenken – das sagen wir heute, 76 Jahre später – mit tiefer Betroffenheit und Trauer an einem Ort, wo sich ein Schreckensszenario von außergewöhnlicher Grausamkeit vollzog. 49 junge Franzosen, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland gebracht werden sollten, hatten sich in der Mühle versteckt und wurden verraten. 34 junge Männer wurden an Ort und Stelle erschossen. Drei Männer konnten durch den eiskalten Fluss Auvézère fliehen, zwölf wurden nach Deutschland deportiert. Davon kamen nur sieben nach Kriegsende aus den Konzentrationslagern der Nazis zurück."

Fritz Körber sprach von „quälender Erinnerung", aber auch von der „Mahnung für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung", die von dem Massaker ausgehe. So großherzig diese Geste der Versöhnung für Körber auch ist, so könne sie ihn doch nicht „von dem tiefen Entsetzen befreien angesichts der großen Schuld, die Deutsche an diesem Ort auf sich geladen haben". Deswegen ist es auch für jeden Deutschen ein schwerer Gang, an die Mühle am Pont Lasveyras zu kommen. Egal wie viel Zeit auch immer vergangen ist. ■

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Macht oder Ohnmacht in Europas Mitte?

Die Berliner Republik: Rückblicke, Ausblicke und andere Perspektiven

Seit dem Jahr 2000 ist die in Atlanta/Georgia geborene Philosophin Susan Neiman die Direktorin des Einstein Forums in Potsdam. Das Einstein Forum ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Brandenburg und beschreibt seine Rolle selbst als „offenes Laboratorium des Geistes", das sich „mit einem innovativen, internationalen und multidisziplinären wissenschaftlichen Programm an die Öffentlichkeit wendet". Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gehört unter anderem der Themenkreis „Umgang mit der Vergangenheit" am Beispiel Deutschlands. In der Schwerpunktbeschreibung heißt es: „… in diesem Zusammenhang wird ausgerechnet Deutschland oft als vorbildlich bezeichnet." Ist dieses Modell der Vergangenheitsaufarbeitung „übertragbar auf andere Länder und Gesellschaften"? Die deutsche Beschäftigung mit der eigenen Geschichte – vorbildlich?

Schon sind wir mitten in der 575 Seiten starken Studie „Von den Deutschen lernen" von Susan Neiman, die die deutsche Aufarbeitung des Holocaust mit der US-amerikanischen Beschäftigung mit der Sklaverei in den Südstaaten und dem Rassismus-Erbe heute vergleicht. Es mag allein eine Frage der Generation sein, wenn ich nur zögerlich und mit spitzen Fingern zu diesem Band gegriffen habe: Zumindest aus der eigenen Jugend- und Schulzeit in den 1950er Jahren bis Mitte der 1960er Jahre spricht wenig für Vorbildhaftes in Sachen deutsche Historie. Und aus den Jahrzehnten danach bis heute noch längst nicht alles.

Festzuhalten bleibt vorweg: Susan Neiman benennt als wichtigste Vorbilder für ihren eigenen Umgang mit dieser deutschen Geschichte und allen moralischen Fragen dazu: Jean Améry und Hannah Arendt. Ihre Begründung: „Beide haben Maßstäbe für die Art von kritischem Denken gesetzt, das in einer Zeit, die Wissenschaft und Technik höher schätzt als intellektuellen Wagemut, nötiger ist denn je." Und: Susan Neiman präsentiert uns eine anregende und gut lesbare Arbeit, die zwischen wissenschaftlich festgehaltenen Erkenntnissen und ausführlichen Zusammenfassungen eher subjektiv geführter langer Gespräche mit Zeitzeugen und Beobachtern pendelt. Das tut sie zwischen den beiden Themenfeldern in Deutschland und den USA – inklusive Donald Trump! – natürlich auch. Dass diese etwas sprunghafte Verfahrensweise und die oft spontanen Wechsel zwischen sachlicher Analyse und ausschweifender Anekdote uns Lesende ab und an aus der Spur werfen und manche merkwürdige Schlussfolgerung produzieren, sei wenigstens kurz am deutsch-deutschen Beispiel belegt.

Susan Neiman drückt sich hier nicht um die inzwischen längst historischen Unterschiede zwischen Deutschland West und Deutschland Ost, im Gegenteil. Sie fächert die gesamte Palette auf: der 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung" oder als „Tag der bedingungslosen Kapitulation"; wesentlich frühere Denkmale Ost und wesentlich spätere Denkmale West – die bemerkenswertesten Mahnmale für die Opfer erst nach der Wiedervereinigung im Westen; antifaschistische Schulbücher in der DDR von Anfang an, eher verschämt Verschwiegenes in den westlichen Unterrichtseinheiten; die beiden Nationalhymnen und der sperrige Umgang mit ihnen auf beiden Seiten, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten; mehr NS-Verfahren und härtere, auch dauerhaftere Urteile im Osten als im Westen; oder die unterschiedlichen Höhen der „Wiedergutmachungen" aus Ost und West. Doch allerspätestens hier hinkt jeder Vergleich, bezieht man die (unfreiwilligen) Reparationen der SBZ/DDR an die Sowjetunion ein oder die westdeutschen Zahlungen an den Staat Israel und die Jewish Claims Conference; hier muss die DDR passen. So gut wie alle diese Vergleiche geraten irgendwann in leichte oder heftige Schieflage, da tröstet das Zwischenfazit von Susan Neiman nicht wirklich: „Es wird noch immer viel auf diesem Feld geforscht, und vielleicht liegen in zehn Jahren zuverlässige Zahlen vor. Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen diese Schätzungen auf der Grundlage der am wenigsten tendenziösen Quellen."

„Operation Legend"

Wenn schon im deutsch-deutschen Vergleich offensichtlich unerwartete Stolperfallen saubere Details ins Rutschen bringen – und die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte selbst ist dabei noch gar nicht recht berücksichtigt! –, dann werden der Vergleich Deutschland/Holocaust und USA/Sklaverei sowie ihre Analysen heute ein heftiges Unterfangen. So sehr sich Susan Neiman bemüht, uns diesen Teil der amerikanischen Geschichte handfest vorzuführen und verständlich zu machen: Wir bleiben ziemlich ahnungslose Zeitgenossen, die zu allem Überfluss noch überholt werden von den aktuellen Anti-Rassismus-Demonstrationen in den USA und der dagegen befohlenen „Operation Legend" – dem von Donald Trump angeordneten Einsatz von in Tarnanzügen anonymisierten Sondereinheiten des Heimatschutzministeriums in Portland, Atlanta, Kansas City, Chicago, »

» Washington … Die Proteste vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, einiger Gouverneure und unzähliger Demonstranten, die Zerstörung zahlreicher Denkmäler von einst ruhmreichen Südstaaten-Offizieren oder das endgültige Einholen der Südstaaten-Flagge – all diese Ereignisse aus jüngster Zeit belegen, die konkrete Aufarbeitung der amerikanischen Vergangenheit steht nach wie vor aus. Susan Neiman präsentiert eine Fülle älterer Belege und die Akteure dazu: Martin Luther King und John Lewis, den Bürgerrechtler und Kongressabgeordneten, der am 17. Juli 2020 im Alter von 80 Jahren starb. Drei ehemalige amerikanische Präsidenten: Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama gaben ihm das letzte Geleit. Barack Obama hielt die Trauerrede. Dem amtierenden Präsidenten Donald Trump war John Lewis kein Wort wert.

Susan Neimans „Von den Deutschen lernen" ist ein brandaktuelles Buch und eine beachtliche Fundgrube, nur: Deutschland als Vorbild für das Aufarbeiten der eigenen „bösen" Geschichte anderer Staaten zu anderen Zeiten? Eher nein, denke ich und lege Susann Neimans Fleißarbeit entschieden, doch mit nach wie vor etwas spitzen Fingern zur Seite. Eher nein, da ist hier bei uns noch immer viel zu viel zu tun, auch wenn wir selbst schon ziemlich historisch sind. Wie ich darauf komme?

Wenn Edgar Wolfrum, Zeitgeschichtler an der Universität Heidelberg, jetzt die „erste moderne und konzise Gesamtdarstellung" der Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute vorlegt, wie die Verlagswerbung etwas hochtrabend lobt, dann sind wir gemeint: Sie und ich, Sie und natürlich Sie auch als Zeitgenossen, als Handelnde, als Betroffene und als Leserinnen und Leser einer Arbeit, die selbst sprachlich ausschließlich in der Vergangenheit spielt, auch wenn die Geschichte in Teilen erst ein paar Monate zurückliegt und uns sehr gegenwärtig vorkommt, und wie! Sie werden sich daran gewöhnen und schnell feststellen, dieser subjektive Perspektivwechsel während der Lektüre hat einen hohen Reiz.

Edgar Wolfrum verzichtet auf jede chronologische Darstellung der historischen Abläufe, er zeichnet nicht einfach nach, was wann wo wie geschehen ist. Er greift sich die für unsere Gegenwart und unsere Zukunft entscheidenden Ereignisse in der Vergangenheit, sortiert sie zu eingängigen Themenkreisen in einer Art Frage- und Antwortspiel, garniert sie mit Alternativen, Wertungen, Kritik und zwischendurch leiser Ironie. Und er schreibt in einem tollen Stil: handfest, praktisch, gut, also offen, verständlich und überzeugend. Zweifel inklusive, bohrende Nachfragen ebenso. Edgar Wolfrum gibt nicht den allwissenden Historiker, er ist neben seiner Profession vor allem ein äußerst kritisch beobachtender Zeitgenosse.

Gestaltungsmacht Deutschland?

Was hat sich 1990 politisch, gesellschaftlich geändert auf dem so nie geplanten, blitzschnellen Sprung von der Bonner zur Berliner Republik? Welche außen- und innenpolitischen Folgen hatte dieser Aufstieg Deutschlands „in die erste Liga der Staatengemeinschaft", „wo es zuvor nur auf wirtschaftlichem Gebiet zu finden war"? Zweifel, Selbstzweifel, Verunsicherungen, bald aufbrechende Gegensätze im Inneren, unterschiedlich schwer zu verkraften und das nur mit Zeit, mit viel Zeit? Jede der folgenden Landtags- und Bundestagswahlen verschob die Gewichte der Parteien wie vorher in der alten Bundesrepublik so kaum je erlebt. Die Demokratie veränderte sich, verschärft durch die Weltfinanzkrise 2008 und die Flüchtlingskrise 2015. In den Jahren danach wurde die parteipolitische Landschaft Deutschlands mit dem rasanten Aufstieg der nationalistischen, populistischen AfD dem Parteienspektrum der meisten anderen europäischen Staaten immer ähnlicher – kein Grund zur Beruhigung, im Gegenteil.

Der Versuch, wenigstens beim deutschen Umgang mit Migration und Flucht nach Europa dauerhaft „Moral und Politik zu versöhnen", misslingt bis heute kläglich. Edgar Wolfrum wird deutlich: „Migration und Flucht sind die andere Seite der Globalisierung – an diesem Thema wird sich erweisen, wie es um europäische Werte bestellt ist und ob es sich nicht doch lohnt, Politik und Moral zusammen zu denken und danach zu handeln. Ist es nicht notwendig, das Eigene und das Fremde zu versöhnen, so schwierig es auch sein mag?"

Edgar Wolfrum weicht auch nicht aus, wenn es noch unbequemer wird. Victor Orbán, seine „illiberale Demokratie" und deutsche, europäische Halbherzigkeit als matte Reaktion. Und das, obwohl allen längst klar sein müsste: „Was in Polen und Ungarn von Nationalkonservativen mit demokratischen Mitteln ins Werk gesetzt worden war, hatte im Ergebnis mit Demokratie nicht mehr viel zu tun."

Deutsche Tornados im NATO-Angriff auf Serbien am 24. März 1999, ohne UN-Mandat, nicht gedeckt durch den NATO-Vertrag oder „die programmatische Beschlusslage der beiden Regierungsparteien, die noch in ihren Koalitionsvertrag vom Herbst 1998 hineingeschrieben hatten: ‚deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik'." Der Bundeskanzler damals: Ger-

Susan Neiman
Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können. Aus dem Englischen von Christiana Goldmann.
Hanser Berlin Verlag, München 2020
Gebundene Ausgabe, 576 Seiten
ISBN 978-3-446-26598-1 • 28,00 €

hard Schröder (SPD); der Vizekanzler und Außenminister: Joschka Fischer (Grüne) – Edgar Wolfrum merkt völlig zu Recht an: „An diesem Tag (…) ging für Deutschland die Nachkriegszeit zu Ende und das Einzige, was übrig blieb, war, dass die Moral vor das Recht gestellt wurde."

Nur wenige Seiten später ist der Irakkrieg 2002 Thema: Frankreich und Deutschland sind dort nicht dabei, die neue Achse Paris–Berlin–Moskau steht und hält. Condoleezza Rice, die amerikanische Sicherheitsberaterin, reagiert merkwürdig verworren: „Frankreich bestrafen, Deutschland ignorieren, Russland verzeihen." Es ist Sendepause zwischen den USA und Deutschland, nicht die erste und: Es wird nicht die letzte sein.

Je weiter man sich durch „Europa und den globalen Terrorismus", durch „Industrienation und Klimawandel" oder durch die neuen Welten von „Digitalisierung und Big Data" liest, desto irritierter bleibt man zurück. Irritierter, weil wir Lesenden betroffen begreifen müssen, wie wenig wir selbst im wirklichen Leben tatsächlich registriert und verarbeitet haben von dem, was Edgar Wolfrum sauber vor uns ausbreitet; wie wenig wir zur Kenntnis nehmen, wenn uns wieder eine neue alte Vergangenheit einholt, auch wenn sie uns, wie wir glauben, kaum zu betreffen scheint. Seit über fünf Jahren verhandelt Deutschland mit Namibia über Wiedergutmachung und eine offizielle Entschuldigung für deutsche Kolonialverbrechen Anfang des 20. Jahrhunderts in Afrika, für den Völkermord an den Herero und Nama mit seinen 80.000 Opfern: Männer, Frauen und Kinder. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Und dann wird sie urplötzlich hochaktuell, diese neue alte Vergangenheit. Am 12. August 2020 – ich lese gerade die letzte Korrektur meines Textes – meldet die „Tagesschau", Namibias Präsident Hage Geingob habe das Entschädigungsangebot Deutschlands in Höhe von zehn Millionen Euro als „nicht akzeptabel" abgelehnt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Mme Savoy, Humboldts Forum und Sönkes Koog

Apropos: Erinnern Sie sich an die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy? Expertin für die Restitution afrikanischer Kulturgüter aus europäischen Museen und 2017 krachend ausgetreten aus dem Expertenbeirat des Berliner Humboldt Forums, das sie wenig später in einem Interview so beschrieb: Eine „Bleidecke wie über dem Atommüll in Tschernobyl" liege schwer über dem Forum, auf dass nichts nach außen dringe über die Herkunft der Sammlungsobjekte aus dem kolonialen Erbe Deutschlands und Europas. Der Eklat war da.

Im Schlusskapitel seines Buches lädt uns Edgar Wolfrum völlig überraschend und ohne jede Vorwarnung ein in das Humboldt Forum. „Willkommen", schreibt er, und wir bleiben wieder einmal ratlos. Was wissen wir von unserem kolonialen Erbe, dem deutschen, dem europäischen? Das ist alles allertiefste … und so weit weg… und viel weiter ist das Nachdenken noch nicht, als zumindest in Norddeutschland der nordfriesische Sönke-Nissen-Koog in die Schlagzeilen gerät mit seinen großen Höfen – sieben davon sind nach Bahnstationen in Deutsch-Südwestafrika benannt.

Den Bau dieses weitläufigen, fruchtbaren Kooges seit 1923 hat der Eisenbahnbau-Ingenieur Sönke Nissen zu großen Teilen finanziert. Er ist in Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika unermesslich reich geworden, weil er sich beim kriegswichtigen Eisenbahnbau gleich noch die Rechte an den wie nebenbei geschürften Diamanten sicherte. Nissen setzte Zwangsarbeiter ein, ihre Sterberate war hoch; Ersatz gab es in seinen Lagern genug … Marco Petersen, Historiker an der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig in Flensburg, hat diese Geschichte vor einiger Zeit rekonstruiert, Ende Juli wurde sie zum Medienereignis. Spätestens seitdem mag niemand mehr so recht die Fahrt genießen durch den malerischen Sönke-Nissen-Koog im Nordfriesischen, vorbei an den großen weißen Höfen „Kalkfontein", „Karrasland", „Lüderitzbucht", „Kolmannskuppe", „Elisabethbay", „Keetmanshoop" oder „Seeheim" mit ihren weithin hellgrün leuchtenden Dächern. Soll es von Schlüttsiel aus zur Erholung auf die Halligen gehen oder nach Amrum, urplötzlich betrifft Geschichte uns schmerzhaft direkt.

Genau das meint Edgar Wolfrum, wenn er am Ende unseres Besuches an seiner Seite im Humboldt Forum einfach nur fragt: „Wird das Humboldt Forum zum Prüfstein dafür, wie Deutschland mit allen Seiten seiner Vergangenheit umgeht? (…) Wer sind die Deutschen, was wollen sie sein? Deutschland ist, Napoleon hat erneut Recht, wieder einmal auf der Suche."

„Wir sind die, auf die wir warten."

Nicht auf der Suche ist Roger de Weck. Der ehemalige Chefredakteur der Wochenzeitung ‚Die Zeit' und langjährige Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft ist nicht nur ein glänzender Publizist, sondern auch »

Edgar Wolfrum
Der Aufsteiger.
Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute.
Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2020
Gebundene Ausgabe, 368 Seiten
ISBN 978-3-608-98317-3 • 24,00 €

» einer der seltenen Meinungsmacher, die sehr genau wissen, wohin sie wollen und wie sie dahin kommen. Sein jüngstes Buch „Die Kraft der Demokratie" setzt Maßstäbe.

Gewidmet hat er es seinen Enkelkindern, es ist also in die Zukunft gerichtet. Das ist der erste Maßstab. Die ersten beiden Teile dieser flotten Studie beschreiben, analysieren und begründen europaweit und darüber hinaus (Donald Trump darf nicht fehlen!) die aktuelle Krawallstärke der populistischen Reaktionäre. Sie erklären die dann prompt einsetzende Dauerverunsicherung der Demokraten sowie den Kampf der Rechten gegen jede liberale Demokratie und andere Kulturen. Der dritte Teil ist ein kräftiges, überzeugendes Plädoyer für die Demokratie: Darstellung, Appell, Hoffnung und Liebeserklärung zugleich. Der vierte Teil geht von zwei Voraussetzungen aus, denen kaum zu widersprechen ist. Die erste: „Diktatoren sorgen sich Tag und Nacht um ihr Überleben." Die zweite: Die vornehmste Aufgabe der Demokraten sei es, ihre Demokratie „zukunfts- und aktionsfähig zu machen, sie zu modernisieren, Zutrauen zu wecken – damit die Demokratie ihre volle Kraft entfaltet". Oder kurz: Demokraten sorgen Tag und Nacht für das Überleben ihrer Demokratie. Punkt.

Und wer soll das tun? Wer schafft das? Wer ist für eine solche Daueraufgabe qualifiziert genug, so begeistert oder zu begeistern und ausreichend engagiert? „Die Bürgergesellschaft", antwortet Roger de Weck schon in seiner Einführung. Nicht das längst in Bequemlichkeit versunkene Establishment, schon gar nicht „Big Business" oder „Big Data", sondern allein die „Bürgergesellschaft". Und wer soll das sein? Roger de Weck wörtlich: „Wir sind die, auf die wir warten."

Eine bessere Schlagzeile und mehr Ansporn kann es kaum geben. Zur Stärkung der Demokratie hat unser Autor im Abschlusskapitel zwölf „Werkzeuge" im Gepäck – zwölf Vorschläge, „damit Gestrige nicht die Zukunft kapern". Her mit dem Optimismus dieses Roger de Weck! Worauf warten wir eigentlich noch?

„Handeln schafft Hoffnung."

Drei Voraussetzungen für eine demokratische Renaissance sind unerlässlich: Demokraten gehen in die Offensive; Demokraten sind bereit zum Risiko; die Bürgerinnen und Bürger sind mündig, ihnen ist zu vertrauen und ihrem „Willen zum Ausbau der Demokratie" sowieso. Das alles kann nicht funktionieren, solange die Wirtschaft die Politik bestimmt oder gar kontrolliert, solange Google, Facebook oder Amazon, solange Big Money und Big Data „Machtwirtschaft" praktizieren und der Primat der Politik langsam, aber sicher auf der Strecke bleibt.

Natur und Umwelt, notiert Roger de Weck unermüdlich, sind längst nicht angemessen vertreten in den gesellschaftlichen und politischen Gremien, die die Zukunft entscheiden. Ein „Rat der Umweltweisen" müsse her, parallel zum „Rat der Wirtschaftsweisen". Die Bundesumweltministerin müsse ähnlich wie der Finanz- und der Innenminister oder die Justizministerin ein Veto- und Initiativrecht haben, um Nachhaltigkeit in allen ökologischen Belangen durchsetzen zu können. Die deutsche Demokratie auf dem Weg zur Öko-Demokratie? Auch de Wecks Vorschlag, einen Europäischen Gerichtshof für die Rechte der Natur zu schaffen, parallel zum seit 1959 existierenden Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ist jede Diskussion wert: für eine nachhaltige europäische Umweltpolitik, für den Klimaschutz und gegen den Klimawandel, für unsere Zukunft.

Und dies noch: „Lügenpresse" als populistisches Schimpfwort ist so lächerlich aufreizend wie viele andere. Etwas völlig anderes ist dieses Zitat von Albert Camus, das de Weck ausgegraben hat: „Hassen ohne lügen geht nicht." Den Satz sollte man sich ebenso fest einprägen wie diese Zeilen de Wecks: „Die Medien sind Kinder der Aufklärung – die Demokratie auch. Wendet sich der Journalismus von der Aufklärung ab, lässt er die Demokratie im Stich – auf die er angewiesen ist. Dem sollten liberale Demokraten mit medienpolitischen Reformen wehren, statt auch Europa einer raumgreifenden Unfairness-Doktrin auszusetzen. (…) Das ist nicht nur eine medien-politische, es ist eine zentrale demokratiepolitische Herausforderung."

Es hilft nichts: Ich schließe Roger de Wecks Werkzeugkiste und lege seine zwölf Vorschläge für die Demokratie und ihre Zukunft in die Wiedervorlage. Man muss nicht jedem seiner Vorschläge zustimmen, nicht en detail und nicht en gros. Doch allein so viel Schwung und so viel Optimismus – unbedingt lesen! ■

Roger de Weck
Die Kraft der Demokratie.
Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2020
Gebundene Ausgabe, 326 Seiten
ISBN 978-3-518-42931-0 • 24,00 €

Ein Volk! – Persönliche Buchempfehlungen zum Jahrestag

Lothar Tautz

Wie stellt man ein Buch zu einem Jahrhundertthema vor, das 20 Autorinnen und Autoren vereint, die – auf sehr unterschiedliche Weise – etwas zum Thema zu sagen haben? Die Einleitung zumindest hat sich als Akt selbstständiger Spontaneität meines Unterbewusstseins ergeben: Ich habe ohne zu überlegen „Ein Volk!" in die Kopfzeile geschrieben. Genau das ist für mich die Antwort auf die Frage, die Freya Klier als Herausgeberin auf dem Cover stellt: „Wir sind ein Volk! Oder?"

Ja, wir sind ein Volk. Mögen das andere auch anders sehen. In der DDR hätten wir gesagt, die „ewig Gestrigen" werden nicht alle. Ich bekenne mich dazu in einem eigenen Beitrag für diesen Sammelband. Und wenn ich sie richtig verstehe, tun dies die anderen Autoren auch.

Das heißt nicht, dass wir immer einer Meinung wären. Unser Erfahrungshorizont spannt sich erlebnisreich von 1929 an auf, und die Perspektive reicht von Jena bis Vermont, von Neustrelitz bis Stuttgart. Man sieht gleich, Ost und West, Süd und Nord sind unter dem Buchdeckel versammelt, Alter und Sozialisation ganz unterschiedlich, aber doch gibt es Verbindendes.

Das macht die Lektüre spannend. Freya Klier (Jahrgang 1950, Dresden) hat Menschen um Beiträge gebeten, die DDR- und Alt-BRD-Zeiten, die Friedliche Revolution und die Jahre des Vereinigungsprozesses intensiv erlebt, ja an ganz verschiedenen Orten und Brennpunkten mitgestaltet haben. Und die gut lesbar davon berichten können.

Bei Reiner Kunze (Jahrgang 1933, Oelsnitz) versteht sich letztere Bemerkung von selbst, wenngleich beim Altmeister deutscher Lyrik das Verb „berichten" in keiner Weise angemessen ist. Wunderbar, dass es Klier gelungen ist, ihm zwei seiner Kleinodien und ein Interview zu entlocken. Schon deswegen lohnt sich das ganze Buch.

Zu den Promis unter den Autoren brauche ich nur wenig zu sagen, die Namen sprechen für sich selbst. Peter Tauber (Jahrgang 1974, Frankfurt am Main), integrer und von seiner vergleichsweise jungen politischen Biografie her überzeugender Christdemokrat, genauso wie der ältere Wolfgang Thierse (Jahrgang 1943, Breslau), bekennender Katholik und Sozialdemokrat. Und auch Norbert Lammert (Jahrgang 1948, Bochum), für mich immer ein überzeugendes Beispiel einer rar gesäten aufrechten westdeutschen Demokratengeneration, die den Einheitsprozess aus gesamtdeutscher Perspektive sah.

Doch lesenswert sind nicht nur die Texte der Promis. Leider kann ich nicht auf jede Autorin, jeden Verfasser und jeden Beitrag eingehen, so gern ich es täte. Deshalb lassen Sie mich im Folgenden einige Bemerkungen machen, die den Buchtitel „Wir sind ein Volk! Oder?" im Blick auf zunächst zusammenhanglos erscheinende Ereignisse kommentieren, die in den Beiträgen geschildert werden.

Gesine Keller (Jahrgang 1959, Hamburg) berichtet, wie sie im Januar 1990 mit ihrer Stuttgarter Theatertruppe durch die noch sehr rot gefärbte DDR reist. Im Zusammenhang mit einem Auftritt in Leipzig trifft sie mit der Regisseurin der kirchlichen Leipziger Spielgemeinde zusammen. Diese hat in der DDR über Jahrzehnte mutig Stücke inszeniert, die im staatlichen Theater nicht gespielt werden durften, im Altarraum einer Kirche aber schon. Ich füge hinzu: Ebendiese Regisseurin, Katrin Fischer, war 1973 die erste, die Reiner Kunzes gerade im Leipziger Reclamverlag erschienenes Buch „Brief mit blauem Siegel" auf die (Kirchen-) Bühne brachte und damit einem breiten Publikum zugänglich machte. Kunze hatte zuvor jahrelang Publikationsverbot und das Reclambändchen war so schnell vergriffen, wie es unter dem Ladentisch landete. Fischer und Keller und Kunze – ein Volk.

Im Herbst 1976 kursierten in der DDR Listen mit Namen von politischen Häftlingen, die wegen ihrer Proteste gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann festgenommen worden waren. Auf diesen Listen stand neben Jürgen Fuchs und Gerulf Pannach auch der Name von Doris Liebermann (Jahrgang 1953, Hildburghausen). Alle drei wurden zusammen mit anderen 1977 ausgebürgert, aber haben sich fortan vom Westen Deutschlands aus für die aufmüpfige Jugend in ihrer Heimat engagiert. Trotzdem waren sie uns unersetzlich. Ein großer Trost immerhin, als uns mit Stephan Krawczyk (Jahrgang 55, Weida) in den 1980er Jahren ein neuer Liedermacher Mut gab, in dessen Lieder wir einstimmen konnten. Liebermann, Fuchs, Krawczyk – ein Volk.

1983 war Lutherjahr, der 500. Geburtstag des Reformators, selbstverständlich in ganz Deutschland. In der DDR aber wurde er per Beschluss der SED zum Nationalhelden erhoben. Was nicht bedeutete, dass es in der Diktatur des Proletariats plötzlich liberaler zuging. Während die Evangelischen Kirchen im Lutherland ihren Gründer möglichst unpolitisch abfeierten, gründeten sich in ihren ehrwürdigen Gemäuern Friedens- und Umweltgruppen, die ihre Aktivitäten in eine deutsch-deutsche Perspektive stellten. In Wittenberg sprach Richard von Weizsäcker von der gemeinsamen Luft, die wir in beiden Deutschlands atmen, und Stefan Nau schmiedete ein Schwert zu einer Pflugschar um. In Halle hatte sich gerade mit Heidi Bohley (Jahrgang 1950, Görlitz) eine Frauenfriedensgruppe konstituiert. Eine Aktivistin saß bereits im Gefängnis, sodass in Wittenberg neben dem Schmiedefeuer eine Unterschriftenliste für die Freilassung der Hallenserin auslag. Weizsäcker, Nau, Bohley – ein Volk.

Wichtig bleibt, was Reiner Kunze schon 1990 sagte: „Man kann nur hoffen, dass es sehr bald genug Deutsche gibt, die es begreifen, dass wir genügend schöpferisch, genügend bescheiden und genügend dankbar sind." (im Buch Seite 155)

Aufruf zum Miteinander – Diskussion mit Hans-Jochen Tschiche

Der Buchtitel „Aufruf zum Miteinander" könnte nicht aktueller gewählt sein: Ge- »

» nau am Miteinander fehlt es nämlich derzeit in der Bundesrepublik Deutschland sehr. Das gilt nicht nur für die politischen Mandatsträger und die Parteien, sondern genauso für die Bevölkerung insgesamt.

Kein Wunder, dass dieser Aufruf von einem Pfarrer kommt, der ja sozusagen qua Amt dafür zuständig ist, gemeinschaftsbildend zu wirken. Ein kleines Wunder aber, weil dieser Pfarrer bereits im Jahr 2015 verstorben ist. Doch die Botschaft von Hans-Jochen Tschiche, dass jeder Mensch die Fähigkeit hat, „trotz kontroverser Überzeugungen im kooperativen Gespräch (mit anderen) zu bleiben", ist heute genauso wichtig wie vor fünf oder vor 50 Jahren.

So lange nämlich und länger hat Tschiche nach dieser Grundüberzeugung gelebt und sie als Vorbild Generationen von Orientierung suchenden jungen Menschen weitergeben, mich eingeschlossen.

Ein kleines Kollektiv aus Autorinnen und Autoren hat sich nun seiner Schriften angenommen. Entstanden ist ein Lesebuch, in dem jeweils Texte von Tschiche aus 50 Jahren Kommentaren von Zeitgenossinnen und Zeitgenossen gegenübergestellt sind.

So wird unter anderem auf eine „Eingabe zum Verfassungsentwurf" der DDR 1968 und den „Herbst 1989 in Magdeburg" zurückgeblickt sowie das Interview „Nie ein Schlussstrich unter die Zeit des Nationalsozialismus!" von 2005 abgedruckt. In der Mitte aber steht Tschiches Lebensprogramm „Teilhabe statt Ausgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung" aus dem Jahr 1988. Allein das, samt des Kommentars von Stephan Bickhardt, lohnt die Lektüre des Buches: als Erinnerung an die geistigen Grundlagen der Friedlichen Revolution und als Handlungsanweisung für heutiges zivilgesellschaftliches Engagement.

Das Buch sollte auf der Leipziger Frühjahrsmesse am Stand des Mitteldeutschen Verlages präsentiert und im Rahmen von „Leipzig liest" und bei „Halle liest mit" vorgestellt werden. Hoffen wir auf das nächste Jahr! ■

Lothar Tautz ist gelernter Maschinenbauer und Theologe und Mitglied im Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Er war in der DDR unter anderem Geschäftsführer des Evangelischen Kirchentages und Pfarrer in Weißenfels; dort initiierte er 1989 die Friedensgebete und moderierte den Runden Tisch. Als SDP-Mitglied übernahm er für die letzte DDR-Regierung Aufgaben im Bundeswirtschaftsministerium und der Magdeburger Staatskanzlei. Heute ist Tautz freiberuflich als politischer Bildner und Autor tätig.

Freya Klier
Wir sind ein Volk! Oder?
Die Deutschen und die Deutsche Einheit
Herder, Freiburg (erscheint im August) 2020
Gebundene Ausgabe, 224 Seiten
ISBN: 978-3-451-38837-8 • 20,00 €

B. Neumann-Becker, S. Bickhardt, A. Wilde, W. Tschiche (Hg.)
Aufruf zum Miteinander. 30 Jahre Friedliche Revolution 2019/20. Eine Diskussion mit Hans-Jochen Tschiche
Mitteldeutscher Verlag, Halle / Saale 2019
Taschenbuch, 192 Seiten
ISBN 978-3-96311-242-3 • 16,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

Gefördert durch:

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

www.gegen-vergessen.de